



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Tätigkeitsbericht 2006

Tätigkeitsbericht 2006

Halle (Saale), im Mai 2007

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH
Präsident: Professor Dr. Ulrich Blum

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60, Fax (03 45) 77 53-820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 66 66-0, Fax (03 45) 5 66 66-66

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über das IWH	9
Forschungsabteilungen und abteilungsübergreifende Forschungsschwerpunkte	19
Makroökonomik	20
Strukturökonomik	32
Industrieökonomik	43
Stadtökonomik	51
Forschungsschwerpunkt Internationale Integration	62
Forschungsschwerpunkt Wissen und Innovation	65
Forschungsschwerpunkt Prognosemethodik 2010	70
Forschungsschwerpunkt Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen	71
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge	73
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops	74
Gastvorträge	81
Gastaufenthalte	82
Forschungsaufenthalte	82
Publikations- und Vortragstätigkeit, Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	83
Publikationen des IWH	84
Referierte externe Journals	94
Weitere externe Journals.....	95
Monographien	98
Beiträge in Sammelwerken	99
Externe Working Papers	104
Veröffentlichungen im Internet	104

Lehrtätigkeit	105
Vorträge:	
Wissenschaftliche Tagungen, Workshops, Hochschulen	107
Politikberatung, Wissenstransfer	116
Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	126
Gutachtertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften	131
Sonstige Aktivitäten des IWH	132
Auszeichnungen	138
Organisation des IWH	139
Organisationsstruktur	140
Mitglieder des Vereins	141
Vorstandsrat	143
Wissenschaftlicher Beirat	144
Vorstand	144

Die Untersuchung der Bestimmungsgründe der Wirtschaftsentwicklung und damit von Wachstum, Konjunktur und Beschäftigung, von wirtschaftlicher Konvergenz und Divergenz, von Einkommens- und Chancenverteilung, von regionaler und sektoraler Arbeitsteilung oder von innovativen und kreativen Milieus einschließlich der zugehörigen Fragen staatlichen, fiskalischen Handelns und wirtschaftspolitischer Einflußnahme zählt zu den Kernbereichen der wissenschaftlichen Forschung am IWH. Für das Institut, das im Jahr 1992 in einem ostdeutschen Bundesland gegründet wurde, spielten und spielen die zugehörigen Fragestellungen in Bezug auf die ostdeutsche Wirtschaft und die Wirtschaft der östlichen



*Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident des IWH*

Reformländer eine herausragende Rolle in der Wahl der Forschungsthemen. Diese bilden im Vergleich mit ähnlichen Forschungseinrichtungen das besondere Profil des Instituts, ohne allerdings andere Regionen der Weltwirtschaft oder Länder aus der Forschung auszuschließen. Diese „Ostorientierung“ wird im Rahmen einer Anwendung von Theorien gesehen, die für Unternehmen, Sektoren und Regionen sowie deren makroökonomisches Umfeld entwickelt wurden, um beispielsweise allgemeine Wachstums- und Entwicklungsprobleme, Fragen der Beschäftigung oder des Wandels der Institutionen zu untersuchen. Tatsächlich wird die eigentliche Systemtransformation zunehmend überlagert von dem, was heute als Globalisierung der Wirtschaft bezeichnet wird. Diese beruht weitgehend auf der Konvergenz der Wirtschaftssysteme, der räumlichen Entgrenzung der Nationalstaaten und dem damit verbundenen weltweiten Verfall der Transport- und Informationskosten. Die Systemtransformation im engeren, d. h. historischen Sinne, spielt nur noch in wenigen Ländern eine Rolle. Eine bedeutende Frage lautet allerdings, wie die spezifischen Transformationsstrategien in ihren Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in den betreffenden Ländern und auf die Europäische Union und hierin auch Deutschland zu beurteilen sind. Faktisch bestehen innerhalb Deutschlands und innerhalb Europas bzw. der EU zwei Regionen, die noch mehr voneinander trennt als etwa Niedersachsen von Hessen oder Frankreich von Spanien. Den institutionellen Rahmenbedingungen dieser Entwicklung wird zunehmend Aufmerksamkeit zuteil. In der Institutionenökonomik

finden sie ihre theoretische Fundierung, und in Deutschland wird die Diskussion traditionell durch die Ordnungsökonomik beeinflusst.

Das IWH mißt diesem weltweit wirksamen Integrationsprozeß einen herausragenden Stellenwert bei, weil eine Vielzahl von ihm ausgelöster aktueller sowie zu erwartender Probleme Lösungen verlangt. Das IWH beteiligt sich an der Formulierung entsprechender wirtschaftspolitischer Empfehlungen. Mit dem Jahr 2006 hat das Institut seine wissenschaftliche Arbeit unter das Generalthema **„Institutioneller Wandel und globale Integration“** gestellt. Diese paradigmatische Erweiterung der bisherigen Transformationsforschung konkretisiert das IWH im Forschungsprogramm seiner Abteilungen und abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkte. Das Forschungsprogramm untersucht die Gestaltungskraft des Staates und seiner Institutionen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die wirtschaftspolitische Beratung zielt darauf ab, Maßnahmen und Instrumente anhand ökonomischer Effizienz- und Effektivitätskonzepte zu bewerten und zu empfehlen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf den Integrationsprozessen, die in Europa, seinen Nationalstaaten, ihren Regionen und Städten sowie Sektoren und Unternehmen wirksam werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ist in diesem Zusammenhang weiter von besonderem Interesse, weil sich hier die „Nachwehen“ der Systemtransformation, die weltwirtschaftlichen Integrationsprozesse und die fiskal- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der EU und der Bundesrepublik in besonderer Weise überlagern.

Seit Beginn 2005 hat das IWH seine Struktur diesem wissenschaftlichen Profil angepaßt und gliedert sich nunmehr formal in vier Forschungsabteilungen und vier Forschungsschwerpunkte. Dabei widmet sich die Abteilung „Makroökonomik“ den gesamtwirtschaftlichen Konvergenz- und Divergenzprozessen. Sie befaßt sich mit Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der Koordinierungsproblematik in der Wirtschaftspolitik. Die Abteilung „Strukturökonomik“ betrachtet ähnliche Probleme aus der mesoökonomischen Perspektive. Sie analysiert die wesentlichen Bestimmungsgründe des Strukturwandels, beispielsweise aufgrund demographischer Prozesse oder Innovationsaktivitäten, und bewertet dabei auch die Effektivität und Effizienz der vor allem auf dieser Ebene wirtschaftspolitischen Interventionen. Die weitergehenden wettbewerbstheoretischen und -politischen Fragestellungen finden sich in der Abteilung „Industrieökonomik“. Diese analysiert die Interdependenz von Technologien, institutionellen Arrangements und Wettbewerbsregimen. Dabei findet der Transaktionskostenansatz, der insbesondere die Risikoanalyse einschließt, ein besonderes Augenmerk. Die Forschung in der Abteilung

„Stadtökonomik“ greift die Bedeutung kreativer Milieus und der ökonomischen Gestaltungsräume der Stadtpolitik insbesondere vor dem Hintergrund des Stadtbbaus auf. Innerhalb der Abteilungen werden die jeweiligen Abteilungsfragestellungen durch Forschungsfelder untersetzt, die durch Projekte mit unterschiedlicher Laufzeit konkretisiert werden.

Um die Interdependenzen der Forschung an zentralen Stellen zu stärken, also Kohärenz sowie zusätzliche Synergieeffekte zu erzeugen und promovierten Nachwuchswissenschaftlern einen eigenständigen Gestaltungsraum zu bieten, wurden im Sommer 2006 abteilungsübergreifende Forschungsschwerpunkte geschaffen. Die gegenwärtige Regulierungsdiskussion (Basel II), die Konkurrenz unternehmensinterner und -externer Finanzmärkte sowie die Finanzmarktkrisenmodelle stellen wesentliche Untersuchungsgebiete des Schwerpunkts „Internationale Finanzintegration und -stabilität“ dar, wodurch industrie-, struktur- und makroökonomische Sichtweisen verbunden werden. Das Thema „Wissen und Innovation“ umspannt die Bedeutung des zentralen Produktionsfaktors Wissen für die wirtschaftliche Entwicklung, auch im Sinne der politischen Vorgaben im europäischen Integrationsprozeß (Lissabon-Agenda). Es besitzt industrieökonomische Bedeutung wegen der hohen Wettbewerbsrelevanz intellektueller Eigentumsrechte, umfaßt den strukturökonomischen Einfluß auf die sektorale und regionale Dynamik, verweist auf Städte als kreative Milieus und wirkt in die makroökonomische Wachstumstheorie hinein. Die Frage nach den Möglichkeiten, die Verlierer des Globalisierungs- und Integrationsprozesses aufzufangen und auch einen Kern des europäischen Sozialmodells aufrechtzuerhalten ist Gegenstand des Schwerpunkts „Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen“, der die Wirkungen globaler Veränderungen der Arbeitsteilung auf Wirtschaftsstrukturen und Individuen untersucht. Schließlich zielt der Forschungsschwerpunkt „Prognosemethodik 2010“ darauf ab, über die bisherige Prognoseaktivität hinaus methodische Kompetenzen weiterzuentwickeln und zusätzliche Impulse aus der Breite der Abteilungen des Instituts aufzunehmen.



Über das IWH

Gründungs- auftrag

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1992 gegründet und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt und verfolgt satzungsgemäß ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch. Gründungsziel war es, der Wirtschaftsforschung in Ostdeutschland im Hinblick auf die Transformationsprozesse, aber auch die gesamtwirtschaftliche Beobachtung, eine Heimat zu geben.

Wirtschaftliche Transformation

Das Forschungsprofil des IWH ist vor allem geprägt durch die Analyse und wirtschaftspolitische Begleitung der Transformation von der Zentralverwaltungswirtschaft des real existierenden Sozialismus zur Marktwirtschaft im Osten Deutschlands sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Der Wert dieser Forschung liegt in ihren Beiträgen zur Diskussion über die makroökonomische Stabilität Ostdeutschlands, zu sektoralen und regionalen Problemen des „Aufbau-Ost“, zu den fiskalischen Problemen der ostdeutschen Bundesländer oder über die Schwierigkeiten des Stadumbaues Ost insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, auch im Hinblick auf die fiskalische und währungstechnische Stabilität, stellt ein weiteres, bedeutendes Untersuchungsgebiet dar.

Gesamtwirtschaft- liche Analyse

Das IWH hat seit seiner Gründung an der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute mitgewirkt. Diese Aufgabe bündelt mikro- und makroökonomische Analysen sowie die zugehörige wirtschafts- und ordnungsökonomische Diskussion. Das IWH sieht diesen Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung als sehr bedeutsam an und hat daher die methodische Weiterentwicklung in einem Forschungsschwerpunkt konzentriert.

Forschungs- programm

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle untersucht die Bestimmungsgründe wirtschaftlicher Entwicklung vor dem Hintergrund einer institutionenökonomischen Perspektive. Durch das, was heute infolge des Verfalls

der Transport- und Informationskosten als Globalisierung der Wirtschaft bezeichnet wird, verbreitert sich die Aufgabenstellung, die für das IWH nun die Konvergenz der Volkswirtschaften und ihrer Wirtschaftssysteme, die räumliche Entgrenzung der Nationalstaaten als wissenschaftliches Forschungsthema und Gegenstand der wirtschaftspolitischen Beratung erfaßt. Unter dem Generalthema „*Institutioneller Wandel und globale Integration*“ gilt ein besonderes Augenmerk dabei den Integrationsprozessen, die in Europa, in den Nationalstaaten, den Regionen und Städten sowie den Sektoren und Unternehmen wirksam werden. In Ostdeutschland sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern überlagert dies die „Nachwehen“ der klassischen Systemtransformation.

Die Organisationsreform des IWH wurde mit dem 1. April 2006 abgeschlossen. Eine neue Abteilung „Industrieökonomik“ wurde eingerichtet, um die in der ökonomischen Forschung immer wichtiger werden- den Probleme des unvollkommenen Wettbewerbs aufzugreifen, wobei Technologien, Transaktionskosten und insbesondere Risiko die forschungsleitenden Aspekte darstellen. Die beiden Abteilungen „Mittel- und Osteuropa“ sowie „Arbeitsmarktforschung“ wurden thematisch und personell in die übrigen Abteilungen integriert. Die abteilungsübergreifende Forschung wird von promovierten und erfahrenen „Senior Economists“ wahrgenommen. Das Institut richtete eine Forschungsdirektion und einen Bereich „Formale Methoden und Datenbanken“ ein, um ein effektives Qualitätsmanagement zu ermöglichen und die Forschungsaktivitäten zu koordinieren und abzustimmen.

Organisations- entwicklung

Für das IWH gilt die Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung. Für die Wahl der Projektthemen besitzen die europäische Integration und ihre Folgewirkungen Vorrang. Hier erfolgen oft institutionelle Vorgaben, die im nationalstaatlichen Institutionensystem nicht oder noch nicht hinreichend absorbiert werden. Gleichzeitig wirkt diese Entwicklung auf die Länder und Regionen, deren Systemtransformation weitgehend abgeschlossen ist. Die Vorgaben der EU-Integration prägen die Weiterentwicklung der regionalen ostdeutschen Wirtschaft ebenso wie die der mittel- und osteuropäischen Länder. Der demographische Wandel hin zu Überalterung bei sinkender Bevölkerung betrifft fast alle europäischen Länder. Die Kombination von Integrationsfolgen und demo-

Forschungs- paradigma

graphischen Transformationsfolgen (Abwanderung, Emigration) lassen sich in Ostdeutschland als Labor mit prototypischem Charakter besonders eingehend studieren, so daß wirtschaftspolitische Empfehlungen auch für Westdeutschland formuliert werden können, wo sich eine ähnliche Kombination aus Integration und demographischem Wandel langsamer herausbildet.

Mitarbeiter Aufgrund von Berufungszusagen für den neuen Präsidenten des IWH zur Einrichtung einer neuen Forschungsabteilung wurde der Stellenplan des IWH im Jahr 2005 um 7,5 Wissenschaftlerstellen aufgestockt (fünf hiervon befristet) und umfaßte damit auch im Jahr 2006 68,75 Stellen. Für wissenschaftliches Personal standen somit 46 Stellen zur Verfügung.

Im Jahr 2006 verließen sechs Mitarbeiter, zwei aufgrund von Altersteilzeit, das Institut. Eingestellt wurden neun Wissenschaftler. Zum 31.12.2006 beschäftigte das IWH insgesamt – institutioneller und Drittmittelhaushalt zusammengenommen – 79 Mitarbeiter im Angestelltenbereich, davon 51 wissenschaftliche Mitarbeiter. Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter im Institut belief sich auf 42%, im Wissenschaftsbereich lag er bei 25%. Das Durchschnittsalter des Mitarbeiterstabs lag wie im vergangenen Jahr bei 40 Jahren, wobei das Durchschnittsalter der wissenschaftlichen Mitarbeiter 37 Jahre betrug.

Der Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich lag bei 65%. Neueinstellungen erfolgen grundsätzlich befristet. Altersteilzeit wurde im Jahr 2006 von drei wissenschaftlichen Mitarbeitern in Anspruch genommen.

Zum Stichtag 31.12.2006 beschäftigte das Institut 28 studentische Hilfskräfte, und 20 Studenten absolvierten im Berichtsjahr ein Praktikum am IWH.

Budget Der Gesamtetat (Ausgaben institutioneller und Drittmittelhaushalt) des Instituts belief sich im Jahr 2006 auf rund 5,03 Mio. Euro, davon 4,51 Mio. Euro institutionelle Förderung und 0,52 Mio. Euro aus Drittmitteln. Der Anteil der Personalausgaben blieb mit etwa 80% in der Größenordnung der Vorjahre und stellte damit nach wie vor den wesentlichen Ausgabenblock dar. Die Investitionsausgaben erreichten im Jahr 2006 eine Höhe von rund 70 000 Euro und kamen vorwiegend der EDV-Ausstattung sowie dem Erwerb von Daten zugute.

Mit der Formulierung von spezifischen jährlichen Forschungsplänen liegen die Voraussetzungen zur Einführung von Programmbudgets ab dem Jahr 2006 vor. Entsprechend den Richtlinien der Bund-Länder-Kommission (BLK) für die Institute der Leibniz-Gemeinschaft hat das IWH mit dem Haushalt 2006 Programmbudgets eingeführt. Daneben wird der bisherige Haushalt weitergeführt.

Das Institut veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung sowohl in institutseigenen Reihen als auch in verschiedenen externen Zeitschriften und Verlagen. Zu den institutseigenen Reihen gehören

Publikationstätigkeit

- die „Wirtschaft im Wandel“,
- die „IWH-Sonderhefte“ und
- die „IWH-Diskussionspapiere“.

Mit der Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* informiert das IWH kontinuierlich über Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung zu wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen, insbesondere auch über konjunkturelle, strukturelle, regionale und kommunale Entwicklungen in Ostdeutschland. Die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge werden einem internen Refereeverfahren unterzogen, um einen hohen theoretischen, empirischen und methodischen Gehalt zu sichern sowie eine abgestimmte gemeinsame IWH-Position nach außen zu vermitteln.

In den *Sonderheften* veröffentlicht das Institut sonstige Beiträge wie Gutachten, gemeinsame Berichte verschiedener Institutionen sowie Konferenzergebnisse und -materialien.

Über das Internet stellt das Institut einem fachlich interessierten Personenkreis seine *IWH-Diskussionspapiere* zur Verfügung. Die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge werden ebenfalls einem internen Reviewverfahren unterzogen. IWH-Diskussionspapiere stellen einen ersten Schritt zur Vorbereitung einer Veröffentlichung in einem referierten Journal dar.

Über die Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden gibt das IWH unter dem Titel *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle* eine eigene Buchreihe heraus. In ihr werden vorwiegend Dissertationen sowie empirische Untersuchungen, die einen größeren Umfang haben, publiziert.

Das Institut hat im Jahr 2006 insgesamt 158 Veröffentlichungen aufzuweisen, die etwa zur Hälfte in externen Verlagen erschienen sind. Gegenüber 2005 fiel die Zahl der Publikationen um sechs Prozent höher aus.

Von großer Bedeutung für das IWH ist die Präsenz seiner Forschungsergebnisse in akademischen, insbesondere internationalen Fachzeitschriften. Im Berichtszeitraum konnte die Anzahl der Veröffentlichungen in Zeitschriften mit einem SSCI Impactfaktor weiter erhöht werden.

Politikberatung und Wissenstransfer

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts haben in zahlreichen Vorträgen, Konsultationen und Gesprächen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften,

Arbeitgeberverbänden und ausländischer Botschaften über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts informiert. Bei Empfängen ausländischer Delegationen wurden zudem die Erfahrungen vermittelt, die das Institut im Prozeß der Transformation Ostdeutschlands und der osteuropäischen Länder von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft gesammelt hat.

Das Institut hat im Berichtszeitraum zum Wissenstransfer und zum Austausch von Forschungsergebnissen elf nationale und internationale Tagungen und Workshops durchgeführt. Dazu gehörten jährlich stattfindende Veranstaltungen wie der 3. Hallesche Workshop „Input-Output-Analyse“, der 3. IWH/IAB Workshop „Arbeitsmärkte und Mobilität“, der 4. Workshop „Monetary and Financial Economics“ und der 7. Workshop „Makroökonomie“ sowie Tagungen, die im Rahmen von Drittmittelprojekten gemeinsam mit den entsprechenden Partnerinstituten durchgeführt wurden. Zu letzteren zählt z. B. das EU-Projekt „Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union“.

Mitarbeiter(innen) des Instituts hielten Lehrveranstaltungen an den Universitäten Erfurt, Halle, Hamburg, Leipzig, Freiberg und an der Fachhochschule Merseburg ab.

Arbeitskontakte und Kooperationen

Das Institut unterhält Arbeitskontakte und Kooperationsbeziehungen zu einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden im In- und Ausland. Kooperationsbeziehungen mit dem Ausland bestehen vor allem mit wissenschaftlichen Einrichtungen in den Reformländern des Ostens, den westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada.

Wie in den Vorjahren stand die Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft (DIW Berlin,

ifo Institut, IfW, RWI, HWWA, ZEW) sowie mit dem IAB im Vordergrund.

Die langjährige gute Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde im Jahr 2006 fortgesetzt. Hierbei ist vor allem die Kooperation im Rahmen des seit dem Sommersemester 2004 laufenden Masterstudiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu nennen. Der Masterstudiengang verbindet die Kernkompetenzen der Fakultät in der ökonomischen Analyse mit der stärker praxisbezogenen Kompetenz des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, u. a. durch Praktika am IWH. Dieser Theorie-Praxis-Bezug ist ein wichtiger innovativer Aspekt des Studiengangs, der in dieser Form in Deutschland einmalig ist. Außerdem wurde bereits der 7. gemeinsame Workshop „Makroökonomie“ veranstaltet.

Weitere Kooperationsbeziehungen bestehen mit der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, mit der Universität Leipzig, der Technischen Universität Dresden und der Handelshochschule Leipzig, mit denen im Berichtszeitraum Verträge über die Zusammenarbeit in Lehre und Forschung abgeschlossen wurden. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Ökonomik in Jena wird vor dem Hintergrund der dortigen Profilbildung in Erwägung gezogen.

Daneben hat das Institut bestehende internationale Kooperationsbeziehungen weiter ausgebaut. Das trifft insbesondere auf die Zusammenarbeit mit der Universität Montreal und dem dort angeschlossenen Forschungsinstitut CIRANO (Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations) sowie der University of Sussex, Brighton, zu.

Umfangreiche und intensive Kooperationsbeziehungen bestehen im Rahmen von EU-Projekten (PRODGAP, ComPol, EFN, U-Know) mit Universitäten und Forschungseinrichtungen u. a. in den mittel- und osteuropäischen Ländern Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland, in Westeuropa Großbritannien, Italien, Spanien und Frankreich sowie in Südafrika.

Im Berichtsjahr wurden auch größere Kooperationsprojekte mit neuen Partnern begonnen. Dazu gehören insbesondere die Projekte „Globalisierung und Beschäftigung“ (gemeinsam mit dem IMK Düsseldorf) und „CO₂-Emissionshandel und Investitionsstrategien von Unternehmen“ (gemeinsam mit der TU Dresden und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg).

Lange Nacht der Wissenschaften

Das Institut hat sich auch im Jahr 2006 an der „Lange Nacht der Wissenschaften“, die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg alljährlich durchgeführt wird, beteiligt, und zwar mit folgenden Vorträgen:

- Die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Halle und des Ballungsraums Leipzig-Halle
- Was verbindet die moderne Theorie multinationaler Unternehmen mit dem mittelalterlichen Orden der Zisterzienser?
- Bewertung und Auswirkungen der Risiken von Unternehmen
- Hartz IV: zu wenig aus der Sozialhilfe gelernt?

Bibliothek

Der Bestandsaufbau der Bibliothek wurde im Berichtsjahr entsprechend den veränderten Forschungsschwerpunkten des IWH fortgesetzt. Dabei wurde insbesondere dem Informations- und Konsultationsbedarf der noch jungen Abteilung „Industrieökonomik“ sowie dem neuen Bereich „Formale Methoden und Datenbanken“ Rechnung getragen.

Die Bibliothek verfügte Ende 2006 über einen Gesamtbestand von rund 50 200 Titeln, alle elektronisch erfaßt und inhaltlich erschlossen. Das entspricht einem Jahreszuwachs von rund 3 700 Titeln/Quellen neuer bzw. retrospektiver Katalogisierung.

Darüber hinaus stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlreiche Zeitschriften, Fortsetzungen und Statistikreihen in Print- oder elektronischer Form zur Verfügung. 2006 wurden ca. 11 700 Aufsätze, Periodikahefte oder bibliographische Nachweise dem Bestand hinzugefügt bzw. mit dem OPAC verlinkt. Ende 2006 bot die Bibliothek über ihren OPAC den Zugriff auf 4 000 (2004: 2 985) Online-Dokumente an. Das Angebot wird durch zahlreiche Informationslinks ergänzt.

Da die Statistischen Ämter der Bundesrepublik seit 2004 ihr Online-Informationsangebot stark erweitert haben, hat sich auch die Bibliothek auf ein verstärktes statistisches Online-Angebot eingestellt. Diese Daten werden in die Metadatenbank digitaler statistischer Informationen eingearbeitet und stehen im Intranet zur Verfügung.

Auch 2006 beteiligte sich die Bibliothek am WGL-Konsortium „Blackwell Zeitschriften Volltextdatenbank; Teil Sozialwissenschaften“. Dieses komfortable Instrument der wissenschaftlichen Information wurde allen Mitarbeitern im Intranet zur Verfügung gestellt. Damit konnte die effektive wissenschaftliche Information am Institut auf eine neue Stufe gestellt und so-

wohl retrospektiv als auch aktuell wesentlich erweitert werden. Die Datenbank wurde im Institut intensiv genutzt. Des Weiteren stehen ausgewählte OECD-Dokumente im Volltext und die Datenbank EconLit zur Verfügung.

	2003	2004	2005	2006
Freihand/Magazin				
Nutzer	5 938	5 826	6 177	6 290
Entleihungen	7 321	7 631	8 029	8 280
Fernleihe				
Monographien	231	214	244	280
Kopien	223	267	251	690
Blackwell Datenbank				
Recherchen/Abstracts	-	-	858	1 320
Volltexte	-	-	473	1 180

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist im Internet unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de> zu erreichen. Hier stellt das IWH allgemeine Informationen über das Institut zur Verfügung, informiert über wissenschaftliche Veranstaltungen und veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, u. a. die Beiträge der Reihen *Wirtschaft im Wandel* und *IWH-Diskussionspapiere*.

Internet

Mit seinen *Newsletters* berichtet das IWH über seine neuesten Veröffentlichungen, über durchgeführte und geplante wissenschaftliche Veranstaltungen des Instituts, Stellenanzeigen sowie weitere das Institut und seine Mitarbeiter betreffende Fragen. Die IWH-Newsletter erscheinen monatlich und können von Interessierten direkt per E-Mail bezogen werden.

	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Sichtkontakte mit einzelnen Seiten	498 339	942 703	1 225 438	1 408 592
Anzahl der Besuche (zusammenhängende Abrufe)	137 851	276 757	453 306	472 623
Durchschnittliche Anzahl der abgerufenen Seiten pro Besuch	3,6	3,41	2,7	3,0
Durchschnittliche Anzahl von PageViews pro Tag	1 366	2 582	3 357	3 859
Durchschnittliche Anzahl von Besuchen pro Tag	378	758	1 242	1 294

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den wissenschaftlichen Arbeiten und aktuellen Informationen aus dem IWH ist 2006 weiter gestiegen. Neben einer verstärkten direkten Kontaktaufnahme zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigte sich das auch an der ständigen Erhöhung der Anzahl der Sichtkontakte sowie der Anzahl der Besucher.

Forschungsabteilungen und abteilungs- übergreifende Forschungsschwerpunkte

Makroökonomik

Leitung: Prof. Dr. Udo Ludwig

Die Abteilung hat neuere gesamtwirtschaftliche Entwicklungen sowie deren Konsequenzen für die Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik aufgegriffen und analysiert. Der Fokus lag auf dem europäischen und dem deutschen Wirtschaftsraum, wobei makroökonomische Entwicklungen Ostdeutschlands gesondert verfolgt wurden:

- Ihren wichtigsten Beitrag zur wirtschaftspolitischen Beratung der Bundesregierung leistete die Abteilung durch ihre Mitarbeit an der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mit Aussagen zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr und im Herbst 2006. Voraussetzung dafür waren regelmäßig abgegebene Institutsprognosen zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland, der Euroregion und in den USA.
- Neu aufgenommen in das Forschungsprofil wurden im Interesse der Schärfung des wirtschaftspolitischen Beratungsprofils Fragen zur Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens. Dies wurde erforderlich, weil die anstehende Gesundheitsreform keine ordnungspolitische Klarheit erkennen und Zielkonflikte in den ökonomischen Wirkungen vermuten läßt, die das Wirtschaftsgeschehen insgesamt beeinträchtigen werden. Es fehlen vor allem Maßnahmen, um die festgefügteten Verhandlungsstrukturen zwischen den Verbänden durch Wettbewerbsmechanismen zu ersetzen.
- Zur Unterstützung der Prognoseaktivitäten ist das makroökonomische Konjunkturmodell für Deutschland neu geschätzt und teilweise auch neu spezifiziert worden. Dies war erforderlich, da die amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland, die die wichtigste Datenquelle für makroökonomische Untersuchungen stellen, nach neuen statistischen Konzepten erstellt wurden.
- Fortgesetzt wurde die Erforschung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung in Polen und Rußland, zwei osteuropäischen Ländern, die eigene Wege der Transformation beschritten haben und ob ihrer wirtschaftlichen Lage und Potenzen von besonderer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft sind. Hervorzuheben sind bei Rußland der überragende Einfluß des Energiesektors auf die zentrale Steuerung der Wirtschaft und bei Polen die Wirkung des Regelwerks der Europäi-

schen Union auf die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse vor und nach dem Beitritt.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland war Gegenstand einer Konjunkturprognose sowie der vierteljährlichen Berechnung des Konjunkturbarometers. Hier fanden auch die Ergebnisse der monatlichen Erhebungen der Abteilung zur Industrie- und Baukonjunktur in den neuen Bundesländern Eingang. Die Meldungen der Unternehmen ließen frühzeitig Schlüsse auf die Beschleunigung des Produktionswachstums zu.
- Erneut aufgegriffen wurde das Beschäftigungsproblem von Frauen im innerdeutschen Vergleich. Fünfzehn Jahre nach der deutschen Vereinigung sind die Angleichungsprozesse, gemessen sowohl an der Erwerbstätigen- als auch der Erwerbsquote, weit vorangeschritten.

Mit neuen Untersuchungen zur wachsenden Bedeutung internationaler Finanzmarktinstitutionen für das nationale Wirtschaftsgeschehen wurde das Alleinstellungsmerkmal der Abteilung gegenüber anderen, ähnlich ausgerichteten nationalen Forschungsinstituten geschärft.

Finanzmärkte und Finanzinstitutionen

Dieses schon länger verfolgte Projekt konnte mit der Publikation in einer internationalen referierten Zeitschrift zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Dabei geht es um das Problem multipler Gleichgewichte auf Märkten für Währungen mit fixem Wechselkurs: Die Zentralbank kann den Wechselkurs nur dann verteidigen, wenn nicht zu viele Marktteilnehmer die Währung attackieren. Mit Hilfe der Theorie globaler Spiele ist in jüngerer Zeit gezeigt worden, daß die Multiplizität von Gleichgewichten bei Vorliegen von (relativ zur Präzision öffentlicher Information) ausreichend präziser privater Information verschwinden kann. In diesem Zusammenhang wird der wirtschaftspolitisch interessanten Frage nachgegangen, unter welchen Bedingungen eine erhöhte Transparenz der Zentralbank die Präzision privater Information erhöht und damit die Bedingungen für Eindeutigkeit des Gleichgewichts auf den Währungsmärkten verbessert, oder umgekehrt

Transparenz von Zentralbanken und die Eindeutigkeit von Gleichgewichten auf Währungsmärkten

durch eine Erhöhung der Präzision öffentlicher Information den Fall multipler Gleichgewichte wahrscheinlicher macht.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Lindner, Axel: Does Transparency of Central Banks Produce Multiple Equilibria on Currency Markets? *Scandinavian Journal of Economics* 108 (1), 2006, pp. 1-14.

Als Bestandteil eines Dissertationsprojekts wurden gesamteuropäische Aktienindizes auf ihre Effizienzeigenschaften untersucht. Hierfür wurde ein Untersuchungsansatz von Robert J. Shiller erweitert, der analysieren soll, ob die Volatilität von Aktienpreisen ineffizient hoch ist. Mit Hilfe neuerer multivariater Zeitreihenmethoden und eines für die Bedürfnisse des Projekts angepaßten Asset Pricing Modells wurde gezeigt, daß Preise und Dividenden in einer langfristigen Beziehung stehen, die Reaktion der Preise auf Änderungen in den Dividenden jedoch etwa um das Doppelte zu ausgeprägt ist. Ein gewisses Maß an Ineffizienz scheint auf Basis dieser Ergebnisse zu existieren.

**Effizienz europäischer
Finanzmärkte**

Ausgewählte Veröffentlichung:

Berneburg, Marian: Excess Volatility in European Equity Style Indices – New Evidence. IWH-Diskussionspapiere 16/2006.

In diesem Projekt wurde der Frage nachgegangen, inwieweit eine Regulierung der Kapitalstruktur von Banken die Effizienz von bankfinanzierten Auslandsinvestitionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Hintergrund sind die Neuregelungen der Mindesteigenkapitalanforderungen durch Basel II.

**Kapitalallokation durch
Multinationale Unternehmen**

Mit Hilfe eines dynamischen spieltheoretischen Ansatzes wird gezeigt, daß bankfinanzierte Multinationale Unternehmen einen Anreiz haben, zu wenig Kapital im Ausland zu investieren. Der Grund liegt darin, daß mit dieser Investitionspolitik das Kreditausfallrisiko gemindert werden kann, so daß die finanzierenden Banken sich in geringerem Umfang durch Eigenkapital refinanzieren müssen. Da Eigenkapital von Banken eine vergleichsweise teure Refinanzierungsform für Bankkredite darstellt, können die Unternehmen somit letztlich ihre eigenen Kreditkosten senken. Die

Vorgabe einer Mindesteigenkapitalanforderung für Banken mildert diesen Fehlanreiz, da durch sie eine Untergrenze für die Finanzierungskosten der Unternehmen gesetzt wird. Allerdings stellen sich die neuen Baseler Regeln als unzureichend heraus, um dieses Potential auszuschöpfen.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Dietrich, Diemo; Hauck, A.: Bank Lending, Bank Capital Regulation, and Efficiency of Corporate Foreign Investment. IWH-Diskussionspapiere 4/2007.

Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik

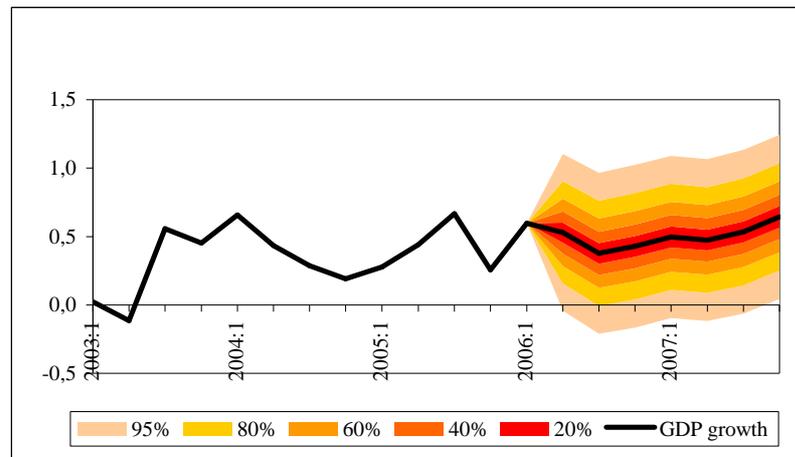
Im Rahmen des Europäischen Prognosenetzwerks (EFN) erstellt das IWH ökonomisch gestützte Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Im EFN kooperiert das IWH mit Universitäten aus Mailand, Florenz, Madrid, Barcelona und Cambridge sowie mit dem CEPII Institut (Paris) und Global Insight (Mailand). Die vierteljährlichen Berichte sind unter efn.uni-bocconi.it verfügbar. Zusätzlich zu den Punktprognosen werden Intervallprognosen generiert, um die Unsicherheit bei der Vorhersage zu quantifizieren. In Abbildung 1 sind die Quartalswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zusammen mit Konfidenzintervallen dargestellt, die den Prognosebereich für ein vorgegebenes Sicherheitsniveau bestimmen.

Konjunkturprognosen für den Euroraum/ USA/Weltwirtschaft

Der Fanchart vom Frühjahr weist für den Prognosezeitraum von 2006 bis 2007 einen moderaten Aufschwung aus, der im Verlauf leicht an Fahrt gewinnt. Die Quartalswachstumsraten steigen von 0,4% auf 0,6%. Bei Vorgabe einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 80% für die Prognose war das Risiko einer Rezession auszuschließen. Im dazugehörigen Text heißt es: „The Euro area economy will only gain more momentum if private consumption will recover. Against this stand the long term motives for the relatively high saving rate of private households, in particular old-age provisions in economies with unfavourable demographics. However, slightly improving labour markets will give some dynamics to private consumption. This, in addition to brisk export and investment activity, will result in growth rates which, by standards of the euro area, amount to a healthy upswing.“ Die Prognose hat sich im großen und ganzen bestätigt,

wenn die Stärke Dynamik auch unterschätzt wurde. Die EFN-Prognosen haben sich über die letzten Jahre hinweg als relativ robust erwiesen.

Abbildung 1:
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zum Vorquartal



Quelle: EFN 2006 spring report.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Lindner, Axel: European Forecasting Network: EFN Report on the Euro Area Outlook, Spring, Summer, Autumn and Winter 2006. Internet: efn.uni-bocconi.it.

Konjunkturprognosen für Deutschland

Die neu gewählte Bundesregierung hatte Anfang 2006 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das einschneidende Reformen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen vorsah. Im Mittelpunkt standen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die steuerliche Entlastung der Unternehmen und eine Reform des Gesundheitswesens. Dazu gehörten die Ankündigungen, den Regelsatz der Mehrwertsteuer ab dem 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte auf 19% zu erhöhen, die Lohnnebenkosten zu senken, bis zum Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform die Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter zu verbessern und die Arbeitsmarktreformen nachzubessern. Damit veränderte sich das politische Umfeld für Konjunktur und Wachstum in

Deutschland. Dem hatten die Konjunkturprognosen des IWH Rechnung zu tragen.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH und vorläufiges Ergebnis der amtlichen Statistik für 2006

	2006	
	Prognose März	Ist Statistik
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>	
Private Konsumausgaben	0,4	0,8
Staatskonsum	0,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,7	5,6
Ausrüstungen	5,5	7,3
Bauten	0,5	4,2
Sonstige Anlagen	3,5	5,9
Inländische Verwendung	1,2	1,6
Exporte	7,1	12,5
Importe	6,4	11,1
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,7
<i>Nachrichtlich:</i> USA	3,2	3,3
Euroraum	2,1	2,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>	
Arbeitsvolumen, geleistet	0,0	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,3	1,1
Effektivlöhne je Stunde	1,2	0,3
Lohnstückkosten ^a	-0,7	-1,8
Verbraucherpreisindex	1,8	1,7
	<i>in 1 000 Personen</i>	
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 875	39 106
Arbeitslose ^c	4 650	4 487
	<i>in %</i>	
Arbeitslosenquote ^d	10,7	10,3
	<i>in % zum nominalen BIP</i>	
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-1,7

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 08.03.2006).

Als zentrale Botschaft ergab sich: Der konjunkturelle Aufschwung beschleunigt sich im Jahr 2006 dank einer kräftigen Weltkonjunktur, die über den Export verstärkt auf die Investitionsaktivitäten in Deutschland übergreift und in diesem Bereich zusätzlich von den günstigen Finanzierungsbedingungen getrieben wird. Die Konsumnachfrage bleibt jedoch aufgrund der zögerlichen Ankoppelung des Arbeitsmarkts an den Produktionsanstieg vorerst dahinter zurück. Allerdings ziehen die privaten Haushalte zur Umgehung der Mehrwertsteueranhebung Käufe im Zusammenhang mit dem Eigenheimbau und bei der Anschaffung langlebiger, wertintensiver Konsumgüter vor. Da diese Ausgaben 2007 fehlen werden und Kaufkraft der Privaten aufgrund der Preisanhebungen entzogen wird, folgt eine Delle nicht nur im Konsum, sondern auch in der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.

Im großen und ganzen ist die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2006 diesem Konjunkturbild gefolgt. Allerdings hat die Stärke des Aufschwungs alle Prognostiker überrascht. Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht, wie beispielsweise vom IWH erwartet, um 1,7%, sondern um 2,7% gestiegen, die privaten Konsumausgaben nicht um 0,4%, sondern um 0,8%, die Ausrustungsinvestitionen nicht um 5,5%, sondern um 7,3% und die Exporte nicht um 7,1%, sondern gar um 12,5%.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Arbeitskreis Konjunktur: Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006, S. 6-26.

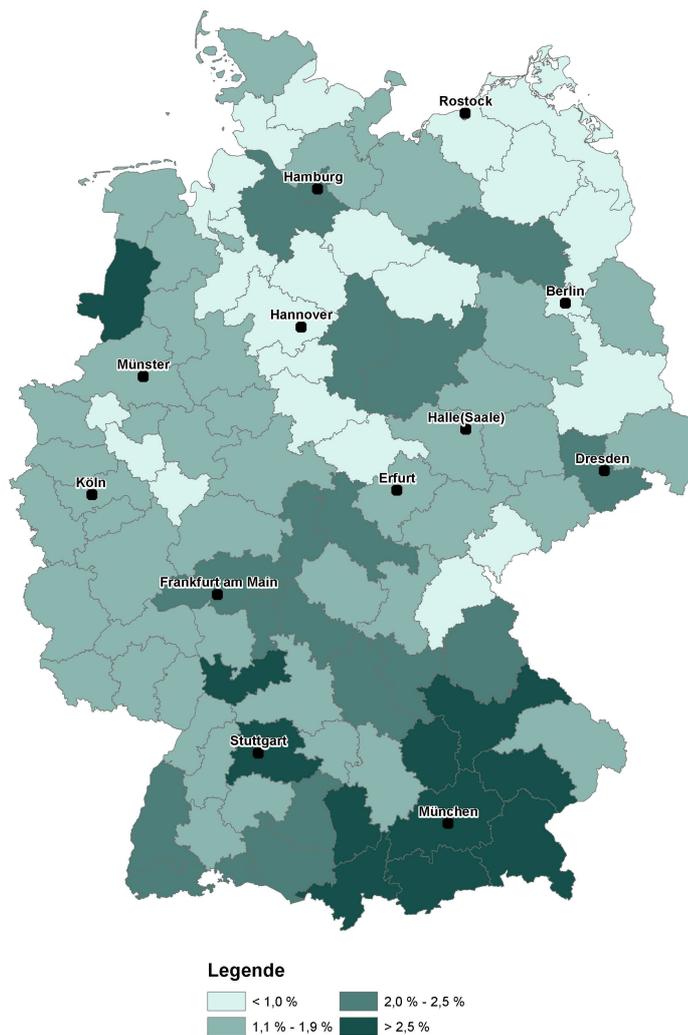
Im Kontext der Herausforderungen der fortschreitenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens und der in Deutschland allmählich sinkenden

Wirtschaftliche Langfristprojektion

Bevölkerungszahlen stellt sich für die öffentliche Hand die Frage nach dem effizienten Einsatz der verfügbaren Mittel bei der Instandhaltung und dem Ausbau vorhandener bzw. beim Bau neuer Anlagen der Verkehrsinfrastruktur. Solche Entscheidungen richten sich an langfristigen Entwicklungen aus und haben einen starken regionalen Bezug. Dieser Fragestellung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem neuen methodischen Konzept nachgegangen.

Prognosen über einen Zeithorizont von zehn Jahren und mehr sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Eine Orientierungshilfe bieten Bevölkerungs-

Karte:
Verteilung der Raumordnungsregionen nach dem jahresdurchschnittlichen prozentualen Wachstum der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 2010-2020



vorausberechnungen, die aufgrund der relativen Stabilität von Kenngrößen der Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Altersjahrgänge allgemein als robust gelten. Gestützt auf solche Informationen wurde die Entwicklung

der gesamtwirtschaftlichen Produktion für alle Raumordnungsregionen in Deutschland bzw. die Regierungsbezirke in seinen Nachbarländern mit einem panelökonometrischen Verfahren bis zum Jahr 2025 geschätzt. Bei einem Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland von knapp 2% ergab sich selbst für Regionen mit schrumpfender Einwohnerzahl eine Fortsetzung des Produktionsanstiegs. Allerdings bleibt das Gefälle zwischen wachstumsstarken und wachstumsschwachen Regionen groß (vgl. Karte).

Ausgewählte Veröffentlichung:

Ludwig, Udo; Dreger, C.; Zeddies, Götz: Regionalisierte Wirtschafts- und Außenhandelsprognose für die Verkehrsprognose 2025. Schlußbericht. IWH 2006, S. 1-41.

Die Partizipation von ostdeutschen Frauen am Erwerbsleben wird in der öffentlichen Diskussion unterschiedlich beurteilt: Zum einen wird behauptet, die ostdeutschen Frauen würden deutlich stärker am Arbeitsleben teilnehmen als die westdeutschen. Dem steht die Auffassung gegenüber, daß sich die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen weitgehend an die Verhältnisse im Westen angeglichen hat.

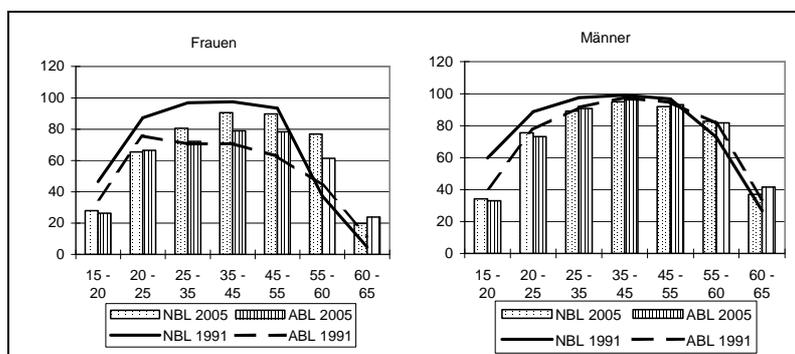
Frauenbeschäftigung

Für beide Aussagen lassen sich Belege finden. Vergleicht man die Beschäftigung von Frauen anhand der Erwerbstätigenquote, so ergibt sich folgender Befund: Zu Beginn des Vereinigungsprozesses waren 1991 in Ostdeutschland mit 66,8% noch deutlich mehr Frauen als in Westdeutschland (55,4%) erwerbstätig. Bis zum Jahr 2005 kam es allerdings zu einer weitgehenden Angleichung: Im Osten arbeiteten 58,8% und im Westen 59,7% der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Zu beachten ist jedoch, daß hier der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Frauen im erwerbsfähigen Alter deutlich höher war als in Ostdeutschland.

Greift man auf die Erwerbsquote zurück – sie mißt den Anteil der Erwerbspersonen, das sind die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen, an den Personen im erwerbsfähigen Alter – so zeigt sich ein Rückgang in Ostdeutschland von knapp 81,8% im Jahr 1991 auf 75,7% im Jahr 2005. Im gleichen Zeitraum stieg sie in Westdeutschland von 70,7% auf 73,2%. Obwohl die Erwerbstätigenquote in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Vergleichswert lag, war die Erwerbsquote der ostdeutschen Frauen höher als die der westdeutschen (vgl. Abbildung 2).

Die sozioökonomischen Ursachen für die höhere Erwerbsquote in Ostdeutschland sind vielschichtig: Zum einen können die ostdeutschen Frauen ihren Wunsch, erwerbstätig zu sein, bei deutlich günstigeren Bedingungen der Kinderbetreuung besser verwirklichen als im Westen. Dieses Verhaltensmuster setzt sich offensichtlich fort. Zum anderen „drückt“ auch das geringere Einkommensniveau im Osten die Erwerbsneigung „nach oben“.

Abbildung 2:
Erwerbsquote^a nach Altersgruppen und Geschlecht in Ost- und Westdeutschland^b
- in % -



^a Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose) an der Zahl der Personen in der entsprechenden Altersgruppe. – ^b 1991: Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West; 2005: Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus; Berechnungen des IWH.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Brautzsch, Ulrich; Lang, Cornelia: Ist die Frauenbeschäftigung im Osten höher als im Westen?, in: Bundesarbeitsblatt Nr.7/2006, S. 4-8.

Dynamik makroökonomischer Aggregate in Ostdeutschland

Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren den Abstand in der Pro-Kopf-Produktion gegenüber dem Westen nur marginal verringert. Dieser Prozeß wurde durch massive Förderaktivitäten des Bundes im Bereich von Wirtschaft und Technologie sowie Infrastrukturausbau unterstützt. Demgegenüber wur-

**Ostdeutscher
Aufholprozeß**

de von Vertretern der neoklassischen Theorie ein Angleichungsprozeß postuliert, der auf die Automatik der Marktprozesse setzt. Diese Konstellation wurde in einer gemeinsamen deutsch-amerikanischen Studie aufgegriffen. Die Autoren decken Unzulänglichkeiten in den Annahmen der Theorie und ihrer Übertragung auf die deutsche Realität auf.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Hall, J.; Ludwig, Udo: Economic Convergence across German Regions in Light of Empirical Findings, in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 30, No. 6, Nov. 2006, pp. 941 ff.

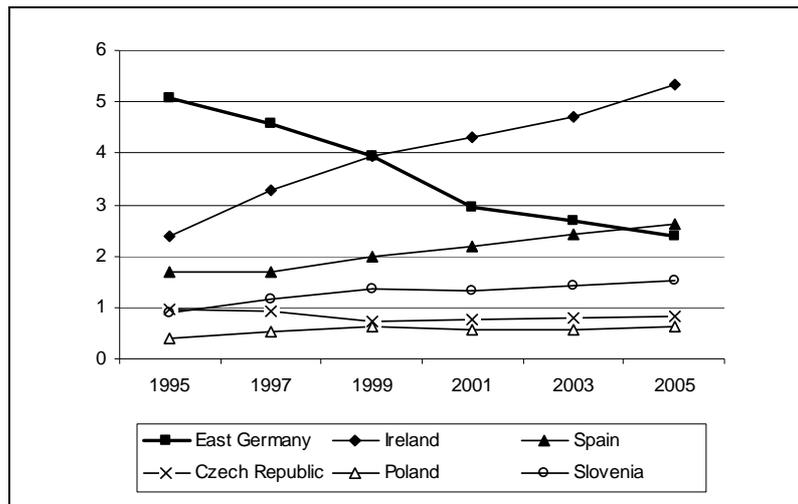
Das ostdeutsche Baugewerbe hat nach dem Ende des Baubooms einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Die Bauinvestitionen sind in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach 37% im Jahr 1995 auf zuletzt unter 15% gesunken. Diese Quote entspricht dem heutigen Stand in den Aufholländern Mitteleuropas. Gemessen an den seit 1991 kumulierten Bauinvestitionen ist der Vorsprung Ostdeutschlands jedoch

Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz

immer noch beträchtlich. Leerstände bei Gewerbe- und Wohnimmobilien, die rückläufige Einwohnerzahl sowie die schwachen Einkommensperspektiven signalisieren den Fortgang des Suchprozesses nach dem langfristig tragfähigen Platz des Baugewerbes im Branchengefüge der (ost)deutschen Wirtschaft.

Dabei beruht der Verbleib ostdeutscher Bauunternehmen am Markt im Kern auf einem Wettbewerbsvorteil auf der Kostenseite. Deutlich niedriger sind im innerdeutschen Vergleich die Arbeitskosten. Der Abstand verharrt seit Mitte der neunziger Jahre bei rund einem Viertel des Durchschnittsverdienstes eines Arbeitnehmers in den alten Bundesländern. In den von der Beseitigung der Flutschäden geprägten Jahren 2003 und 2004, in denen sich Arbeitskostenvorteil und Produktivitätsnachteil im innerdeutschen Vergleich die Waage hielten, erreichte die Umsatzrendite einen gleich hohen Stand wie im westdeutschen Baugewerbe. Gegenüber der Konkurrenz aus den osteuropäischen Nachbarländern besteht dieser Wettbewerbsvorteil aber nicht. Die Arbeitskosten in Ostdeutschland sind höher, und dieser Nachteil wird bislang nicht vom Produktivitätsvorteil wettgemacht. Die Erhaltung des Kostenvorteils im innerdeutschen Vergleich bleibt auf der Tagesordnung im Ringen um Anteile am Baumarkt.

Abbildung 3:
 Reale Pro-Kopf-Investitionen in Bauten von 1995 bis 2005 in ausgewählten europäischen Ländern mit nachholender Modernisierung
 - in 1 000 Euro zu Preisen von 2000 -



Quellen: Ameco, VGR der Länder; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Loose, Brigitte; Ludwig, Udo: Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bauwirtschaft und räumliche Entwicklung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10, 2006, S. 575-588.

Strukturökonomik

Leitung: Dr. Joachim Ragnitz

Die Forschungstätigkeit der Abteilung „Strukturökonomik“ richtete sich im Jahr 2006 auf drei Forschungsthemen: die Konvergenz benachteiligter Wirtschaftsräume, die Implikationen des zu erwartenden demographischen Wandels sowie Analysen zur Wirksamkeit ausgewählter wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Im folgenden soll zunächst ein zusammenfassender Überblick über diese Forschungsfelder gegeben werden; im Anschluß daran werden ausgewählte Ergebnisse der Arbeiten detaillierter dargestellt.

Im Rahmen der Konvergenzforschung wurde u. a. die Frage untersucht, inwieweit der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands (dem Musterbeispiel einer strukturschwachen Region in Deutschland) durch die unzureichende Verfügbarkeit von gut qualifiziertem Personal („Humankapital“) bedingt ist. Humankapital umfaßt die Fähig- und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist, und gilt als eine bedeutende Komponente für die nachhaltige Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft. Während hinsichtlich der formalen Qualifikationen eine zunehmende Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen ist, haben sich mit Blick auf die effektiven Qualifikationen die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen tendenziell verschärft. Grund hierfür ist neben der Entwertung formaler Ausbildungsabschlüsse aufgrund des Systemwechsels insbesondere die „unterwertige“ Beschäftigung eines großen Teils der ostdeutschen Erwerbspersonen. Als Gründe für die geringere Humankapitalintensität der Produktion in Ostdeutschland wurden zum einen die spezifische Branchenstruktur (höheres Gewicht von Wirtschaftszweigen mit typischerweise geringem Hochqualifiziertenanteil), zum anderen ein geringerer Hochqualifiziertenanteil in den einzelnen Branchen identifiziert. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Wirtschaftsstruktur immer noch zu einem erheblichen Teil die Nachwende-Historie widerspiegelt und sich Branchen, die einen hohen Anteil an hochqualifiziertem Personal benötigen, in der Erwartung von (quantitativen oder qualitativen) Fachkräfteproblemen in den neuen Ländern gar nicht erst angesiedelt haben. Es konnte gezeigt werden, daß auf Branchenebene ein gleichgerichteter Zusammenhang zwischen Humankapitalausstattung und (Umsatz-)Produktivität besteht. Branchen, die im Vergleich zu Westdeutschland einen hohen Anteil qualifizierten Personals beschäftigen, sind auch in der Produktivitätsangleichung weiter vorangekommen. Dies entspricht den

theoretischen Überlegungen und wirft ein negatives Bild auf die Möglichkeiten einer Produktivitätsangleichung in jenen Branchen, die durch verlängerte Werkbänke geprägt sind.

Der hier thematisierte Zusammenhang von Humankapitalbildung und Produktivität in Ostdeutschland wurde bislang kaum behandelt. Insoweit hat das IWH hier Neuland in der empirischen Forschung betreten. Die entsprechenden Arbeiten werden im aktuellen Forschungsplan fortgesetzt und sollen dazu beitragen, die Bedeutung institutioneller Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung herauszuarbeiten.

Das Forschungsfeld „Demographischer Wandel“ wurde vom IWH wegen seiner Aktualität – insbesondere in den neuen Bundesländern – in das Forschungsprogramm aufgenommen. Die Auswirkungen von Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung werden alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft betreffen und damit erhebliche institutionelle Wandlungsprozesse auslösen. Wegen des hohen Neuigkeitswerts der in diesem Forschungsgebiet erzielten Ergebnisse wird hierauf an späterer Stelle genauer eingegangen.

Im Forschungsfeld „Wirkungsanalyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen“ richteten sich die Forschungsaktivitäten der Abteilung vor allem auf eine Bewertung von ausgewählten Maßnahmen der Investitionsförderung für Ostdeutschland einerseits und auf finanzpolitische Anpassungsprozesse andererseits. Beides steht wegen der daraus ableitbaren Schlußfolgerungen für die künftige Ausgestaltung institutioneller Arrangements im unmittelbaren Zusammenhang zum globalen Forschungsthema des IWH.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Arbeit zu den interregionalen Ausstrahleffekten regional konzentrierter öffentlicher Leistungen. Zwar werden von der Statistik Informationen über die Verteilung „raumwirksamer Mittel“ zur Verfügung gestellt (formale Inzidenz), doch stellt sich die Frage, wo diese Mittel nach Abschluß aller Überwälzungsvorgänge einkommens- und beschäftigungswirksam werden (effektive Inzidenz). Hierzu wurde ein regressionsanalytischer Ansatz zur Abschätzung der räumlichen Wirkungen von finanziellen Mitteln des Bundes entwickelt, der die Trennung der räumlichen Effekte in Wirkungen innerhalb und zwischen funktional abgegrenzten Räumen ermöglichte. In diesem Modellrahmen ließen sich Spillover-Effekte zwischen den einzelnen Regionen als räumliche Autokorrelation zwischen den Untersuchungsregionen interpretieren. Mit Hilfe dieses Modells wurde eine Reihe von

Fördermaßnahmen des Bundes auf ihre regionalen Ausstrahleffekte hin untersucht – mit zum Teil überraschenden Ergebnissen.

Weitere Arbeiten in diesem Forschungsgebiet richteten sich auf Maßstäbe zur Beurteilung der öffentlichen Ausgaben eines Landes; hierauf wird an anderer Stelle genauer eingegangen.

Darüber hinaus waren Mitarbeiter der Abteilung in abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkten tätig. Hervorzuheben sind zudem mehrere Gutachten im Auftrag öffentlicher Institutionen, die Mitarbeit in wissenschaftlichen und politischen Beratungsgremien und eine starke Vortragstätigkeit von Mitarbeitern der Abteilung (teils im wissenschaftlichen, teils im politischen Raum).

Ausgewählte Forschungsergebnisse

Die Möglichkeiten einer Konvergenz von Wirtschaftsräumen ist nach den Ergebnissen wachstumstheoretischer Überlegungen eng mit der Verfügbarkeit von gut qualifiziertem Personal („Humankapital“) verbunden. Im Rahmen mehrerer Untersuchungen wurde der Frage nach dem Einfluß der Humankapitalausstattung Ostdeutschlands auf den Konvergenzprozeß der ostdeutschen Wirtschaft nachgegangen.

Implikationen des demographischen Wandels

Sowohl auf individueller als auch auf aggregierter Ebene stellt die formale Qualifikation der erwerbstätigen Bevölkerung eine zentrale Komponente des produktiven Humankapitals dar. Die Entwicklung dieses Indikators seit Beginn der 90er Jahre weist deutliche Veränderungen auf. In den vergangenen 15 Jahren ist es zu einer zunehmenden Angleichung der Qualifikationsstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland gekommen. Die selektive Abwanderung von Hochqualifizierten und die teilweise stark gesunkene Bildungsbeteiligung haben in Ostdeutschland zu Verlusten in der formalen Qualifikation der erwerbsfähigen Bevölkerung geführt, während in allen westdeutschen Bundesländern ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zu verzeichnen war und einige auch von der Zuwanderung Hochqualifizierter aus den neuen Bundesländern profitierten. Während die Qualifikationsstruktur zu Beginn der 90er Jahre sowohl im Osten als auch

im Westen sehr homogen war, gibt es nunmehr deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Der immer noch (relativ) günstigen formalen Qualifikationsstruktur der ostdeutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steht darüber hinaus ein starker, durch den Systemwechsel bedingter Humankapitalverlust gegenüber. Aus individueller Sicht waren die Systemtransformation und der Strukturwandel der ostdeutschen Wirtschaft mit einer Abwertung von system-, markt- und produktionspezifischem Humankapital verbunden. Lohnregressionen für das Jahr 2005 zeigen, daß die vor dem Systemwechsel erworbene Berufserfahrung keinen signifikanten Einfluß auf die individuellen Löhne hat (während die unter Marktbedingungen akquirierte Berufserfahrung in hohem Maße einkommensrelevant ist). Allerdings ist schon die bloße Herkunft aus Ostdeutschland mit einem Lohnabschlag von zehn Prozent verbunden. Erwerbstätige, die ihre Berufsausbildung in der ehemaligen DDR beendet haben, müssen darüber hinaus Lohnabschläge von ca. fünf Prozent hinnehmen. Während die Berufserfahrung und die Berufsausbildung vor dem Systemwechsel naturgemäß mit der Zeit an Bedeutung verlieren werden, scheint der Lohnabschlag, der mit der Herkunft aus Ostdeutschland verbunden ist, für persistente Nachteile dieser Bevölkerungsgruppe am Arbeitsmarkt zu sprechen.

Angesichts der sich abzeichnenden Verknappung jüngerer Arbeitskräfte stellt sich die Frage, welchen Einfluß das Lebensalter, aber auch die mit dem Alter zunehmende Akkumulation von Erfahrungswissen auf die Produktivität von Beschäftigten ausübt. Kognitionswissenschaftliche Ansätze sprechen für negative Alterseffekte, die durch den Zuwachs an Erfahrung aber zumindest teilweise kompensiert werden können. In sektoraler Differenzierung ist zu erwarten, daß in Betrieben mit einer hohen Innovationsneigung die negativen Alterseffekte den positiven Einfluß von Erfahrung dominieren, während die Kompensationswirkung von akkumulierter Erfahrung in traditionellen Branchen stärker ausgeprägt sein sollte.

Humankapitalausstattung und Produktivität

Zur Überprüfung dieser These hat das IWH den Linked-Employer-Employee-Datensatz des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (LIAB) als Datengrundlage herangezogen. Auf der Basis einer betrieblichen Produktionsfunktion ist mittels eines gestuften regressionsanalytischen Verfah-

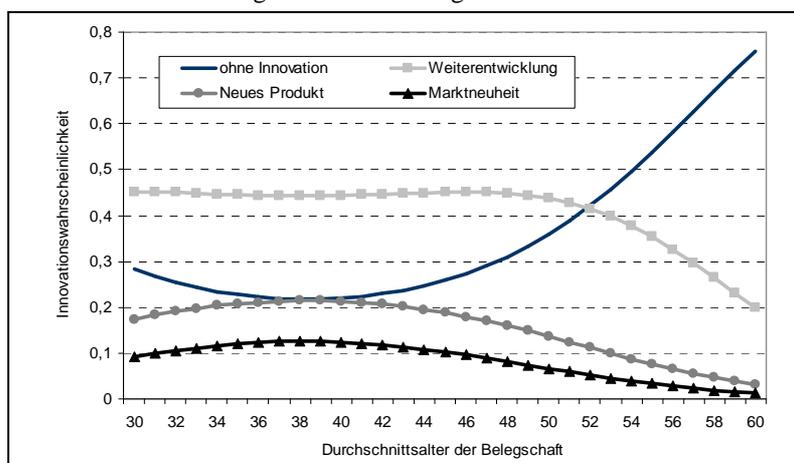
rens für ein Panel der Jahre 2000-2003 und getrennt für Low- und High-tech-Sektor getestet wurden, ob und wie sich Alter und Erfahrung der Beschäftigten eines Betriebs auf dessen Produktivität auswirken. Die realisierten Schätzungen lieferten klare Belege für einen umgekehrt u-förmigen Alters-Produktivitäts-Verlauf, wenn der Einfluß der Erfahrung konstant gehalten wird. Die mittlere Gruppe der 30- bis 50jährigen erbringt dabei den höchsten, die Gruppe der über 50jährigen den geringsten Produktivitätsbeitrag. Bestätigung fand sich auch für die These, daß Erfahrungsakkumulation die Leistung fördert. Indes zeigte sich, daß dieser Effekt zu schwach ist, um die Folgen der verschlechterten Alterszusammensetzung der Erwerbstätigen zu kompensieren. Im Gegensatz zu den Erwartungen zeigten sich jedoch keine nennenswerten sektoralen Unterschiede – das beschriebene Muster gilt mithin sowohl für technologieintensive Bereiche als auch für Betriebe des Lowtech-Sektors.

Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Innovationstätigkeit und demographischem Wandel untersucht. Das Wachstum in modernen Ökonomien ist wesentlich durch das Innovationsverhalten der Unternehmen bestimmt. Mit Blick auf demographische Einflüsse stellt sich die Frage, ob die absehbare Alterung der Arbeitskräfte das Innovationspotential einer Volkswirtschaft beeinflussen kann. Vor dem Hintergrund kognitionswissenschaftlicher Forschungen, aber auch humankapital- und evolutionstheoretischer Ansätze wäre ein mit dem Alter zurückgehendes Innovationsvermögen auf Ebene des einzelnen Individuums zu erwarten. Um diese Hypothese zu testen, wurde auf Basis des LIAB für die Zeitspanne von 2002-2004 untersucht, ob eine ältere Belegschaft die Fähigkeit eines Betriebs vermindert, Produktinnovationen zu generieren.

Das Vorgehen basiert auf einem Ordered-Logit-Ansatz, wobei das Innovationspotential eines Betriebs – gemessen über vier Kategorien der Innovationsintensität – auf deren Altersstruktur regressiert wird. In der Analyse zeigen sich signifikante Alterseffekte. Das geschätzte Alters-Innovations-Profil folgt einem umgekehrt u-förmigen Verlauf, es erreicht sein Maximum bei einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von ca. 38 Jahren. Darüber hinaus verdeutlichten die Schätzungen, daß die Altersheterogenität von Belegschaften deren Innovationsneigung eher vermindert. Eine gesonderte Schätzung enthüllt ferner, daß insbesondere das Alter der Ingenieure von Relevanz für das technologische Innovationspotential ist. Mit Blick auf diese Kerngruppe des Innovationsprozesses zeigt sich ebenfalls ein umgekehrt u-förmiges Alters-Innovations-Profil, das Maximum liegt bei 41 Jahren. Im Gegensatz zu den Ingenieuren scheint das Alter der

Manager keinen Einfluß auf die Innovationsfähigkeit der untersuchten Betriebe auszuüben.

Abbildung:
Geschätzter Einfluß des Alters der Beschäftigten auf die betriebliche Innovationswahrscheinlichkeit getrennt nach Kategorien der Innovationsintensität



Quellen: LIAB; Berechnungen des IWH.

Eine weitere, bisher wenig beachtete Konsequenz der zunehmenden Alterung liegt in der Verringerung der Humankapitalmobilität und damit der Anpassungsfähigkeit alternder Ökonomien an sich ändernde wirtschaftliche und technologische Bedingungen. Eine Dimension dieses Zusammenhangs betrifft die Mobilität der Arbeitskräfte, welche insbesondere zur Gewährleistung des Wissenstransfers innerhalb einer Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Überprüfung der aus der Humankapitaltheorie abgeleiteten Hypothese, daß Ältere weniger häufiger den Betrieb wechseln, da sie nach einem Betriebswechsel auf die Vergütung betriebsspezifischen Humankapitals verzichten müssen, welches sie sich im Verlauf ihrer vorherigen Beschäftigung sukzessive angeeignet haben. Um diesen Einkommenseffekt des Wechsels zu identifizieren, wurde auf ein mikroökonomisches Mehrgleichungsmodell zurückgegriffen, um zunächst für die Ermittlung des Einkommensdifferentials eines potentiellen Betriebswechsels selektionskorrigierte Lohngleichungen für Wechsler und Nicht-Wechsler zu schätzen. Im zweiten Schritt stand dann die Schätzung des Einflusses des Einkommensdifferentials auf die

Wechselentscheidung im Mittelpunkt der Analyse. Die Studie wurde anhand des Regionalfiles der IAB-Beschäftigtenstichprobe durchgeführt.

Im Ergebnis bestätigte sich zunächst die Vermutung, daß die Wechselwahrscheinlichkeit mit dem Alter abnimmt. Darüber hinaus zeigte sich, daß Ältere von einem Betriebswechsel monetär weniger profitieren als Jüngere. Außerdem verdeutlichte der zweite Schätzschritt, daß dieser verringerte Einkommenseffekt den Mobilitätsrückstand Älterer tatsächlich mitbedingt, allerdings erklärt dieser Effekt nicht die gesamte Streuung. Wechselkosten und Risikoaspekte sind für die sich mit dem Alter verminderte Wechselneigung mitverantwortlich.

Tabelle:
Geschätzte altersspezifische Lohndifferentiale eines Betriebswechsels

Alter	Fallzahl	Geschätztes Lohndifferential (logarithmiert)
15-24 Jahre	24 188	0,4895
25-34 Jahre	69 209	0,5408
35-44 Jahre	92 267	0,4892
45-54 Jahre	76 825	0,4604
55-64 Jahre	32 901	0,4295

Quellen: IABS; Berechnungen des IWH.

Wie Untersuchungen des IWH zusammen mit dem ifo Institut (Niederlassung Dresden) zeigen, führt der demographische Wandel vermutlich zu keiner Entspannung der Arbeitsmarktsituation für geringqualifizierte Personen; das Arbeitslosigkeitsrisiko wird hier überdurchschnittlich hoch bleiben. Die Betrachtung der Erwerbs- und Arbeitslosenquoten für Gesamtdeutschland 2003 zeigt, daß bei vergleichsweise geringer Erwerbsbeteiligung der Geringqualifizierten deren Arbeitslosigkeit relativ hoch ist. Auch wird im Zeitverlauf deutlich, daß es für Un- und Geringqualifizierte in den letzten drei Jahrzehnten immer schwieriger wurde, in Beschäftigung zu gelangen. Wichtig ist jedoch nicht nur die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, sondern auch deren Dauer, die bei Personen ohne Berufsausbildung überdurchschnittlich hoch ist.

Einer der Gründe hierfür ist, daß die Löhne ihre Rolle als Regulativ zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt nicht hinreichend ausfüllen

können. Als ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma gelten in der aktuellen Diskussion Lohnsubventionen.

In einem Projekt des IWH in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) wurde hingegen danach gefragt, welche Faktoren abseits der Löhne die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter beeinflussen. Die Analyse zeigte, daß formale Qualifikationsmerkmale wohl auch in Zukunft primäres Auswahlkriterium bleiben werden. Vor diesem Hintergrund sollte im wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs weiterhin die Erhöhung der Bildungsraten vorrangiges Ziel bleiben. Auch bedarf es einer fortgesetzten, breiten Debatte zu Modellen, die eine Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt erleichtern. Letztendlich ist eine gute Positionierung am Arbeitsmarkt aus qualifikatorischer Sicht vor allem durch drei Faktoren zu erreichen: Erstens ist dies eine möglichst hohe formale Bildung. Zweitens – im Falle der Un- und Geringqualifizierten – sind es Maßnahmen, die Berufserfahrung ermöglichen, und drittens Investitionen in die Vermittlung von *soft skills* wie etwa Beschäftigungsfähigkeit und soziale Kompetenz.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Gauselmann, Andrea; Wiekert, I.; Winge, S.: Verdrängt und vergessen? Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2007, S. 28-33.

Ragnitz, Joachim; Seitz, H.; Thum, M. u. a.: Demographische Entwicklung in Ostdeutschland, in: ifo Dresden Studien Nr. 41, Dresden 2007.

Schneider, Lutz: Sind ältere Beschäftigte weniger produktiv? Eine empirische Analyse anhand des LIAB. IWH-Diskussionspapiere 13/2006 (auch abgedruckt: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels (ZDWA) – Diskussionspapier 3/2006).

Schneider, Lutz: Zu alt für den Arbeitsmarkt? Der Einfluß des Alters auf die Produktivität, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2006, S. 330-337.

Zusammen mit Prof. Dr. Helmut Seitz (TU Dresden) wurde eine Analyse der fiskalischen Bedingungen in Sachsen-Anhalt auf der Landes- sowie der Gemeindeebene vorgenommen. Hintergrund der Analyse war die bereits heute angespannte Haushaltssituation im Land, die sich ohne sofortiges Umsteuern künftig noch verschärfen wird. Die wesentlichen Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen dabei im Abbau der ge-

Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen in Sachsen-Anhalt

gegenwärtig bereits bestehenden Ausgabenüberhänge gegenüber den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands (die den langfristigen „Benchmark“ darstellen) und in der Anpassung der Ausgaben an die rückläufigen Einnahmen infolge der Abschmelzung der Osttransferleistungen und der zu erwartenden Einnahmeausfälle aufgrund des demographischen Wandels.

Im Hinblick auf die Einnahmenausstattung des Landes Sachsen-Anhalt ist festzustellen, daß das Land und seine Gemeinden gegenwärtig über deutlich höhere (Pro-Kopf-)Einnahmen verfügen als die finanzschwachen Westflächenländer. Diese zusätzlich zur Verfügung stehenden Einnahmen werden (außer zur Finanzierung notwendiger Infrastrukturinvestitionen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen im Land) auch zur Finanzierung überdurchschnittlich hoher laufender Ausgaben verwendet.

Differenziert man die Ausgaben nach Aufgabenbereichen und berücksichtigt dabei spezifische Bedarfsfaktoren, die zum Beispiel aus der Zahl der Schüler (Schulbereich) oder der Kriminalitätsrate (Polizei und Justiz) resultieren, ergibt sich auf der Landesebene allein in den politisch steuerbaren Bereichen ein Ausgabenüberhang von ca. 730 Mio. Euro in der laufenden Rechnung. Etwa eine weitere Mrd. Euro an Mehrausgaben fallen in Bereichen an, die politisch nicht oder nur in der langen Frist zu beeinflussen sind (insbesondere Zinsen und Zuweisungen an die Kommunen). In einigen wenigen Aufgabenbereichen fallen auch Minderausgaben gegenüber den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands an, die sich aber auf einen Betrag von weniger als 450 Mio. Euro belaufen. Alles in allem beträgt der Ausgabenüberhang in der laufenden Rechnung auf der Landesebene damit 1 300 Mio. Euro.

Auch die sachsen-anhaltinischen Kommunen weisen Ausgabenüberhänge gegenüber den westdeutschen Vergleichsländern in nahezu allen Aufgabenbereichen auf. Diese lassen sich auf rund 170 Mio. Euro beziffern. Da diese Mehrausgaben zu einem erheblichen Teil durch Zuweisungen des Landes gedeckt werden müssen, impliziert dies, daß die Gemeinden in beachtlichem Umfang zur finanzpolitischen Schieflage des Landes insgesamt beitragen. Alles in allem belaufen sich die Mehrausgaben in der laufenden Rechnung (nach Verrechnung mit den Minderausgaben) auf der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene derzeit (Jahr 2004) auf ca. 1 Mrd. Euro.

Die genannten Zahlen beziffern aber lediglich den aktuellen Konsolidierungsbedarf. Betrachtet man die Entwicklung in den nächsten Jahren, so sind einnahmenseitig die Verluste aus dem Abbau der Osttransferleistun-

gen sowie des Bevölkerungsrückgangs zu beachten; darüber hinaus muß das Land bis zum Ende dieser Dekade das Haushaltsdefizit vollständig abbauen. Diese Faktoren bedingen einen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf. Insgesamt müssen die laufenden Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) auf der Landesebene bis zum Jahr 2010 um ca. 8,5% (oder 1 Mrd. Euro) reduziert werden. In den Jahren von 2010 bis 2020 sind die Primärausgaben um weitere 15,8% abzubauen. In welchen Aufgabenbereichen diese Kürzungen erfolgen, muß von politischer Seite entschieden werden. Wenn bestimmte Bereiche von Ausgabenkürzungen ausgenommen werden sollen, impliziert dies aber um so größere Einsparungen an anderer Stelle.

Eine zentrale Steuerungsvariable für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind die Personalbestände. Unter Berücksichtigung von Vergleichbarkeitsproblemen zwischen den einzelnen Ländern wurde für das Jahr 2005 auf der Landesebene ein Personalüberhang von ca. 18,5% und auf der Gemeindeebene ein Überhang von ca. 32% ermittelt. Hochgerechnet auf die Einwohnerzahl des Landes entspricht dies einem Personalüberhang von fast 8 100 Vollzeitäquivalenten auf der Landesebene bzw. 6 900 Vollzeitäquivalenten auf der Gemeindeebene. Auf der Landesebene betrifft dies insbesondere die Bereiche der zentralen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit (Polizei) sowie den Schulbereich. Auf der Gemeindeebene sind insbesondere drei Bereiche mit erheblichen Personalmehrausstattungen auffällig, nämlich der Kulturbereich mit ca. 2 000 Vollzeitäquivalenten, der Bereich der Gemeindeverwaltungen mit ca. 3 000 Vollzeitäquivalenten und der Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit ca. 1 400 Vollzeitäquivalenten.

Insgesamt muß das Land, ausgehend von einem Personalbestand von ca. 51 400 Vollzeitäquivalenten, bis zum Jahr 2012 das Personal bis auf ca. 40 000 und bis zum Jahr 2025 sogar auf ca. 35 200 Vollzeitäquivalente reduzieren. Auf der Gemeindeebene muß der Personalbesatz von gegenwärtig ca. 28 400 auf 20 300 bzw. 18 400 Vollzeitäquivalente im Jahr 2012 bzw. 2025 zurückgeführt werden.

Diese Arbeiten wurden ergänzt durch die Ableitung von Bewertungsmaßstäben, die für die Qualität der öffentlichen Ausgaben herangezogen werden. Üblicherweise wird in der Finanzstatistik nur zwischen „konsumtiven“ und „investiven“ Ausgaben differenziert; diese Unterscheidung liegt z. B. den Kreditaufnahmegrenzen des Grundgesetzes oder auch den Vereinbarungen zum Solidarpakt II zugrunde. Angesichts der offenkundigen Unzu-

länglichkeiten dieser Kategorisierung wurde in weiteren Arbeiten des IWH untersucht, welche alternativen Indikatoren zur Beurteilung der Qualität der öffentlichen Finanzen herangezogen werden können. Hierzu dient ein modifiziertes „WNA-Konzept“ (wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Ausgaben), das eine Klassifizierung der verschiedenen öffentlichen Aufgaben unabhängig von der Ausgabenart erlaubt.

Es konnte gezeigt werden, daß im Ländervergleich vor allem Thüringen und Sachsen einen relativ hohen Anteil ihrer Ausgaben für wachstumsrelevante Zwecke verwenden. Auffällig ist darüber hinaus, daß die ostdeutschen Länder wegen der für den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung gestellten Gelder einen höheren Anteil wachstumsrelevanter Ausgaben aufweisen als die (finanzschwachen) Westflächenländer.

Darüber hinaus wurde ein Ansatz entwickelt, dieses Konzept auch einem modifizierten Verwendungsnachweis im Rahmen des Solidarpakt II zugrunde zu legen. In den abschließenden Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern hat man sich allerdings auf einen anderen Lösungsweg verständigt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Ragnitz, Joachim; Seitz, H.: Ein Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen in Sachsen-Anhalt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2007 (Kurzfassung eines Gutachtens, erhältlich unter www.iwh-halle.de).

Ragnitz, Joachim: Zur Verwendung der Solidarpakt-Mittel durch die ostdeutschen Länder, in: Deutschland Archiv 2006.

Ders.: Grips und Beton, in: perspektive 21, Heft 31/2006.

Industrieökonomik

Leitung: Dr. Johannes Stephan

Die europäische Integration wirkt sich vor allem auf die europaweit bzw. global agierenden Unternehmen aus. Die Gestaltung eines einheitlichen Wettbewerbsrahmens und die in ihm möglichen regulierenden Eingriffe nationaler und europäischer Behörden werden zu wesentlichen Bestandteilen der europäischen Wirtschafts- und Integrationspolitik. Damit rücken die Institutionen der Wettbewerbs- und Regulierungsregime in das Aufgabenfeld der Abteilung, die zum 1. Mai 2005 gegründet wurde. Die Analyse fokussiert dabei auf die Erforschung der Interdependenzen zwischen Veränderungen des Ordnungsrahmens und des strategischen, risikoorientierten Verhaltens von Unternehmen. Dies erlaubt zum einen die Beratung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien bei notwendigen Veränderungen des wettbewerblichen Ordnungsrahmens im Gefolge der dynamischen Entwicklung von Marktstrukturen und -formen, wie z. B. einer zunehmenden Wissensbasiertheit der Märkte. Zum anderen läßt dies auch die Beurteilung der Auswirkungen implementierter oder geplanter Veränderungen des Ordnungsrahmens auf die Risiken und damit auf die Strategien von Unternehmen zu. Der Wandel von Marktstrukturen und -formen ist in Post-Transformationsökonomien besonders dynamisch, eine spezielle Berücksichtigung dieser Region erlaubt es ferner, an die Forschungserfahrungen im Institut aus der Vergangenheit anzuknüpfen.

Institutionen der Wettbewerbs- und Regulierungsregime

Dieser grundlegende Forschungsansatz gliedert sich in zwei komplementäre Forschungsfelder „Wettbewerb und Wettbewerbspolitik“ sowie „Regulierung und Risiko“. Im ersten Forschungsfeld konzentrierte sich die Forschung auf zwei Aspekte, zum einen die Rolle von Wettbewerb im Transformations- und Entwicklungsprozeß und zum anderen die Modernisierung der europäischen Wettbewerbspolitik. Im Rahmen des ersten Aspekts wurde einerseits quantitativ-empirisch untersucht, welche Determinanten die effektive Anwendung des Kartellrechts beeinflussen. Andererseits wurde anhand von Fallstudien der Frage nachgegangen, welche Strategien Transformations- und Entwicklungsländer nutzen können, um ihr Kartellrecht effektiv einzuführen. Anschließend an die Analyse der Einführung und effektiven

Wettbewerb im Transformations- und Entwicklungsprozeß

Umsetzung von Kartellgesetzen in Transformations- und Entwicklungsländern wurde der Frage, ob Wettbewerb als Entwicklungsinstrument effizient eingesetzt werden kann, in einem besonderen Teilaspekt nachgegangen. Entwicklungshilfe wird oft an Bedingungen geknüpft, deren gemeinsamer Charakter typischerweise die Liberalisierung ist, also darauf abzielt, wettbewerbliche Bedingungen in den Empfängerländern zu etablieren. In den untersuchten Fällen konnten jedoch eher negative Beiträge zu Wachstumsbedingungen, vermittelt über ihren Einfluß auf den Grad ökonomischer Freiheit, nachgewiesen werden.

Modernisierung der europäischen Wettbewerbspolitik

Veränderungen in der nationalen Institution des wettbewerblichen Ordnungsrahmens ergaben sich jüngst auch in Europa. So wurde das europäische Kartellrecht in den vergangenen Jahren mit der Verordnung 1/2003 umfassend, insbesondere auch gleichzeitig mit der EU-Osterweiterung, reformiert. Ein wesentliches Charakteristikum dieser Reform ist die sogenannte Legalausnahme. Die Ergebnisse zeigen, daß das Ziel, illegale Vereinbarungen zu unterbinden, zwar generell erreicht wird, daß aber ebenso innovative Vereinbarungen unterbunden werden. Es fehlt ein Kriterium, das zwischen unrechtmäßigen Übergewinnen und innovationsinduzierter Monopolstellung diskriminieren kann. Neben der Einführung der Verordnung 1/2003 wurde auch eine Kronzeugenregelung (*Leniency*) für diejenigen Mitglieder eines verbotenen Kartells eingeführt, die ihr Kartell gegenüber einer Wettbewerbsbehörde aufdecken und sich beim Kartellverfahren kooperativ durch Informationsweitergabe zeigen. Eine spieltheoretische Analyse im Zementfall zeigt, daß das Kronzeugenprivileg durch Kartellmitglieder genutzt wurde, um in zukünftigen Perioden den Wettbewerb einzuschränken. Sowohl die Ausgestaltung der Kronzeugenregelung als auch die Frage der Schadensersatzforderungen sind bisher ungelöst und bedürfen weiterer Forschung. Die bisherigen Reformen der europäischen Wettbewerbsgesetzgebung und seiner nationalen Gegenstücke zielen auf eine prominentere Berücksichtigung ökonomischer Kriterien bei juristischen Entscheidungen im Kartell- und Fusionsrecht ab. Dies wird in Europa unter dem Stichwort „*more economic approach*“ diskutiert und gereicht insbesondere mit Blick auf die relativ unerfahrenen Länder in Mittel- und Osteuropa besondere Brisanz. Mit Blick auf die anvisierte Lissabon-Strategie, welche für Europa auf technologische Überlegenheit als internationaler wettbewerblicher Vorteil im Globalisierungsprozeß zielt, ist jedoch weiter zu fordern, daß sich die Kartell- und Fusionspolitik auf eine stärkere Marktkonzentration im Zuge einer zunehmenden Wissensbasiertheit der europäischen Ökonomie einstellt. Dies

wurde im Rahmen eines durch die EU im 6. Rahmenprogramm geförderten Projekts analysiert. Hier gibt es enge Bezüge zum IWH-Forschungsschwerpunkt „Wissen und Innovation“.

Im Rahmen des zweiten Forschungsfelds „Regulierung und Risiko“ beschäftigte sich die Abteilung mit einer Auswahl derjenigen Branchen und Sektoren, in denen Marktversagen dergestalt vorliegt, daß eine sektorspezifische Regulierung notwendig wird. Hierbei hat sich die Abteilungsforschung zum einen auf den Finanzmarkt und die Basel II – Regulierung konzentriert. Hier gibt es enge Bezüge zu den IWH-Forschungsschwerpunkten „Internationale Integration“ und „Prognosemethodik 2010“, aber auch zu der Analyse von internen Kapitalmärkten in Multinationalen Unternehmen, die in der Abteilung Makroökonomik bearbeitet werden. Des weiteren hat sich die Abteilung auf die Regulierung in Netzsektoren konzentriert. In diesen ergeben sich besondere Anforderungen an Regulierungsregime, da es sich häufig um (natürliche) Monopole handelt und oft zusätzlich ein staatlicher Auftrag, wenn auch nur implizit, der Versorgung und seiner Sicherheit besteht. Darüber hinaus stellt die Regulierung in Netzsektoren oder auch nur ihre Androhung ein besonderes Problem für betroffene Unternehmen dar, indem sie das Risiko ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten erhöht. Sich hieraus ergebende Anpassungsstrategien von Unternehmen wurden exemplarisch an den Anwendungsbeispielen des deutschen Telekommunikationsmarkts und der Eisenbahnindustrie in Deutschland untersucht. Hier gibt es enge Bezüge zu dem Forschungsfeld „Lokale Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse“ in der Abteilung Stadtökonomik.

Anreizregulierung in Netzsektoren

Die Analyse der Risikowirkungen von Regulierungsregimen erfordert eine quantitative Bewertung von Risiken. Risiken von Unternehmen determinieren maßgeblich deren Entscheidungs- und Strategiefindung. Hier läßt sich jedoch feststellen, daß gerade zur quantitativen Bewertung von Unternehmensrisiken kaum Modelle zur Verfügung stehen. Die Abteilungsforschung entwickelt hierzu eine Methode auf der Ebene des Unternehmens, die sich auf den Einfluß des Risikos auf die Unternehmenssteuerung bezieht. Der Staat kann aktiv durch die Gestaltung des institutionellen Rahmens Einfluß auf das Risikoumfeld und damit auf Entscheidungen von Unternehmen ausüben. So wird derzeit ein „Forderungssicherungsgesetz“ erarbeitet, welches die Risiken aus Forderungsausfällen oder auch nur Zahlungsverzögerungen vermindern soll. Als besonderer An-

Quantitative Bewertung von Risiken

wendungsfall der Bewertung von Risiko auf Unternehmensebene und der sich aus dieser Bewertung ergebenden Anpassungsstrategien von Unternehmen konnte erfolgreich ein Drittmittelprojekt zur Bewertung des mit dem CO₂-Zertifikatehandel verbundenen Risikos eingeworben werden.

Die Abteilungsforschung konnte im Jahr 2006 für diese Untersuchungsgegenstände beachtliche Ergebnisse erzielen. Im nächsten Absatz wird exemplarisch von einem Teilprojekt ausführlicher berichtet.

Netzinvestitionen und Regulierungsandrohung: Vermeidung der Monopolbildung oder des Infrastrukturausbaus?

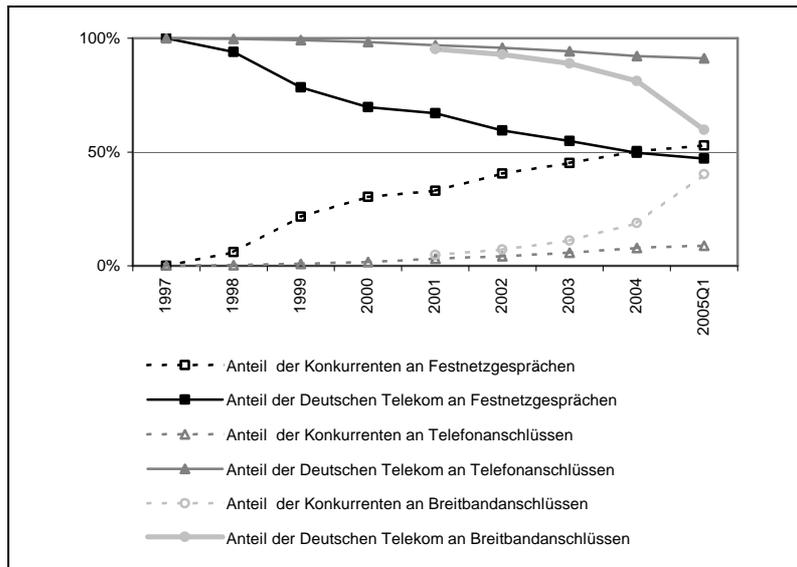
Die sich aus der Regulierung ergebenden Risiken wurden in der Abteilung exemplarisch am Telekommunikationsmarkt und an der Eisenbahnindustrie analysiert. Dazu fanden Modelle

Regulierungsregime im Telekommunikationsmarkt

der Risikotheorie Anwendung. Seit der Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes im Jahre 1998 ist die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegTP, seit 2005 Bundesnetzagentur) für dessen Regulierung zuständig. Diese Regulierung ermöglicht zum einen, daß andere Anbieter einen Zugang zum Netz der Deutschen Telekom erhalten. Für diese Nutzung der Netze müssen sie die Deutsche Telekom mit von der Bundesnetzagentur bestimmten Zusammenschaltungsentgelten entschädigen. Zum anderen greift die Regulierung in die Preisgestaltung des ehemaligen Monopolisten ein, indem Preisanpassungen von der Regulierungsbehörde zu genehmigen sind. Da die Telekom nur moderate Endverbraucherpreissenkungen (bei gleichzeitig beantragten höheren Durchleitungspreisen) gegenüber der Behörde durchsetzen konnte, sind ihre Preise für die Endverbraucher heute höher als die der neuen, in den Markt drängenden Konkurrenten. Die Wirkungen der Liberalisierung und Regulierung in diesem Markt lassen sich unter anderem in der Entwicklung der Marktanteile ablesen (vgl. Abbildung 1). So sank bis zum ersten Quartal 2005 der Anteil der Deutschen Telekom an den gesamten Festnetzgesprächen auf 47% und an den Breitbandanschlüssen auf 60%. Lediglich bei den Festnetzanschlüssen konnte die Telekom einen relativ hohen Marktanteil von 91% behaupten.

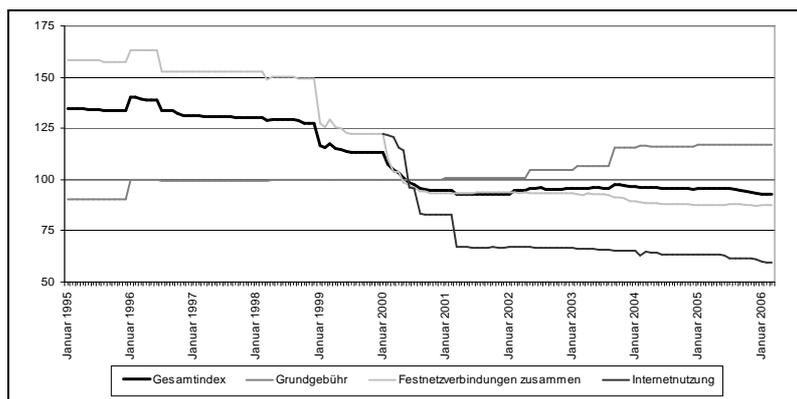
Aus Kundensicht ist diese neue Konkurrenzsituation kurzfristig durchaus vorteilhaft, wie an den deutlich gesunkenen Endpreisen für Telekommuni-

Abbildung 1:
Marktanteile der Deutschen Telekom und ihrer Konkurrenten 1997-2002



Quellen: Bundesnetzagentur „Jahresbericht 2005“, <http://www.bundesnetzagentur.de/media/archive/5278.pdf>, vom 07.02.2006; Darstellung des IWH.

Abbildung 2:
Entwicklung ausgewählter Preisindizes im Telekommunikationsmarkt
- Index 100 im Jahr 2000 -



Quellen: Genesis Online (Statistisches Bundesamt); Darstellung des IWH.

kationsdienste zu erkennen ist (siehe Abbildung 2). So sank etwa der Index für Festnetzverbindungen von Januar 1995 bis März 2006 um 47% und der Index für Internetnutzung von Januar 2000 bis März 2006 um 51%. Lediglich der Preisindex für die Grundgebühr – im Bereich der Anschlüsse hat die Telekom noch eine dominierende Marktstellung – stieg von Januar 1995 bis März 2006 um 29%. Unter dem Strich sank der Index für den gesamten Telekommunikationsmarkt von Januar 1995 bis März 2006 um 31%.

Investitionen ins Glasfasernetz

Im Sommer 2005 gab die Deutsche Telekom ihre Pläne für den Aufbau eines neuen Glasfasernetzes bekannt. Sie formulierte gleichzeitig die Bedingung, daß dieses Netz weder preislich noch hinsichtlich der Nutzung durch andere Anbieter (Netzzugang) reguliert werden sollte. Um die Investitionen zu sichern, einigte sich die Große Koalition im Koalitionsvertrag darauf, das neue Netz von der ex-ante Regulierung auszunehmen und diese Regulierungsfreiheit im Telekommunikationsgesetz zu verankern. Die Abteilung stellte sich nun die Frage, wie die Investitionen ermöglicht und gleichzeitig Wohlfahrtsverluste durch Monopolgewinne verhindert werden können.

Zur Beantwortung dieser Frage wurde in einem spieltheoretischen Modell die Anreiz- bzw. Entscheidungssituation des Regulierers und eines von der Regulierung bedrohten Unternehmens, das eine Investition in eine neue Infrastruktur plant, analysiert. Der Regulierer kann durch Intervention den Marktpreis (den sogenannten Regulierungspreis) festlegen. Aus den verfügbaren Informationen über das Unternehmen, die geplante Investition und die Marktgröße wird der Regulierungspreis unter Einbeziehung einer gewissen Toleranz gebildet. Der Regulierungspreis soll dabei gerade die gesamten Investitionskosten decken. Das spieltheoretische Modell beschreibt weiterhin die Optionen der Akteure und den zeitlichen Verlauf der Entscheidungen. Das Unternehmen erfährt vor der Investition nur den Regulierungspreis. Es kann aber auch (im-)perfekte Signale über die Toleranz des Regulierers auswerten, aus der die Wahrscheinlichkeit der Regulierung in Abhängigkeit des gesetzten Preises mündet. Die wahre Toleranzgrenze (der sogenannte Interventionspreis, ab dem der Regulierer eingreift), kann dem Unternehmen verheimlicht werden. Investiert das Unternehmen, entscheidet der Regulierer darüber, ob der gesetzte Preis eine Regulierung notwendig macht. Bei einer Regulierung würde dem Unternehmen lediglich ein geringerer Regulierungspreis gestattet.

Mit diesem Modell konnte gezeigt werden, daß eine Regulierungsbehörde mit steigender Unsicherheit über die erwarteten Kosten und Erträge einer Investition eine zunehmende Toleranz gegenüber Abweichungen von einem von ihr selbst ermittelten und festgelegten Regulierungspreis signalisieren sollte. Dann führt bereits allein die Androhung eines regulatorischen Eingriffs zu tolerierbaren Preisen, ohne daß eine tatsächliche Preisregulierung vorgenommen werden muß. Zukünftig sollte die Bundesnetzagentur allerdings Informationsasymmetrien reduzieren und damit das Niveau an Toleranz senken, um den Interventionspreis präziser zu bestimmen und damit die Regulierungsandrohung effektiver zu machen. Die Wirksamkeit einer solchen Regulierungsandrohung läßt allerdings deutlich nach, wenn der Gesetzgeber den Regulierer per Gesetz von der Nutzung dieses Instruments ausschließt. Insofern folgt, daß der Regula-tionsausschluß im Telekommunikationsgesetz nicht vollständig umgesetzt werden sollte.

Mit Blick auf Regulierungsrisiken in der Eisenbahnindustrie hat sich die Abteilung auch mit der Ausformung des geplanten Börsengangs der Deutschen Bahn beschäftigt. Derzeit wird nicht zuletzt auf europäischer Ebene die Frage der Trennung zwischen Netzbereitstellung und Dienstleistungserbringung auf diesem Netz

Regulierungsregime für die Eisenbahnindustrie

diskutiert. Diese in der Regulierungsdebatte als *unbundling* bezeichnete Methode kann viele Schattierungen annehmen: Für die (regionalen) Energiemonopole in Europa wurde in einem ersten Anlauf eine komplette Trennung mit „Enteignungskonsequenz“ durch die Europäische Kommission gefordert. Diese Entscheidung ist noch offen. Für die Eisenbahnmärkte wurde eine zumindest organisatorische Trennung zwischen Schieneninfrastruktur und Fahrbetrieb im Zuge der Liberalisierungsreformen der europäischen Eisenbahnindustrie durch die nationalen Regierungen Europas sowie durch die EU-Kommission entschieden. Vertikal integrierte Eisenbahnunternehmen, also Unternehmen, die sowohl das Schienennetz als auch den Transportbetrieb unterhalten, äußern jedoch die Befürchtung, daß eine solche Separierung Vorteile der vertikalen Integration (sogenannte Verbundvorteile oder *economies of scope*) vermindern würde und somit nicht geeignet sei, die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt zu erhöhen. Diese Frage hat die Abteilung exemplarisch mittels einer pan-europäischen Analyse der Produktivität europäischer Eisenbahnunternehmen untersucht. Unter Verwendung des Distanzfunktions-Ansatzes von Shepard wurde mittels der *Data Envelopment Analysis* (DEA) die relative technische Effizienz jedes Unternehmens im Verhältnis zu einer Referenzgruppe berechnet. In den modellbasierten Effizienzanalysen wurden damit etwaige

Verbundvorteile berücksichtigt, indem überprüft wurde, ob integrierte Eisenbahnunternehmen eine höhere technische Effizienz aufweisen als vertikal separierte Unternehmen.

Verbundvorteile vs. Unbundling

Die Analyse von 54 Eisenbahnfirmen aus 27 europäischen Ländern, die von 2000 bis 2004 über einen Zeitraum von fünf Jahren betrachtet wurden, liefert den ersten pan-europäischen Distanz-Funktions-Ansatz und weist explizit die Existenz von Verbundvorteilen im Eisenbahnsektor nach. Es konnte gezeigt werden, daß integrierte Eisenbahnunternehmen im Durchschnitt eine relativ höhere Effizienz aufweisen als spezialisierte Firmen; zudem gilt dieser Zusammenhang für eine eindeutige Mehrheit der betrachteten Eisenbahnfirmen (70%), womit Verbundvorteile im europäischen Schienenverkehr als bestätigt angesehen werden können. Hinsichtlich des geplanten Börsengangs der Deutschen Bahn AG bleiben die wirtschaftspolitischen Implikationen trotz dieser deutlichen Resultate ambivalent: Es existieren zwar in der Tat Verbundvorteile für eine Mehrheit der integrierten europäischen Eisenbahnunternehmen. Zukünftige Umstrukturierungen der Industrie sollten diese Tatsache berücksichtigen und einen unnötigen Anstieg von Transaktionskosten vermeiden. Andererseits führt die Beibehaltung integrierter Strukturen im Eisenbahnsektor zur Aufrechterhaltung von Diskriminierungsanreizen und verkompliziert zukünftige Regulierungseingriffe. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß über die Art, den Umfang und die Konsistenz der Regulierung neu generierte, nicht marktinduzierte Risiken entstehen. Im Falle der Netzsektoren generell und der Eisenbahnindustrie insbesondere haben regulatorische Risiken nicht nur massiven Einfluß auf die Kapitalkosten und -struktur der Unternehmen, sondern beeinflussen ebenfalls die Investitionspläne der Netzwerke der betroffenen Unternehmen. Eine fehlgeleitete Regulierung beinhaltet somit die Gefahr, den gewünschten Infrastrukturausbau oder auch nur ihre Erhaltung zu konterkarieren.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Blum, Ulrich; Growitsch, Christian; Krap, Niels: Network Investment and the Threat of Regulation – Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Construction? IWH Diskussionspapiere Nr. 7/2006.

Blum, Ulrich; Stephan, Johannes; Dannenberg, Henry; Günther, E.; Fritzsche, A.: Unternehmenssteuerung im klimapolitischen Umfeld (CO₂-Navigator), in: Dresdner Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre Nr. 121/06.

Growitsch, Christian; Wein, T.: Negotiated Third Party Access – an Industrial Organisation Perspective. *European Journal of Law and Economics*, 20 (2), pp. 165-83.

Stadtökonomik

Leitung: Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Die Politik der Länder, des Bundes und der EU wendet sich zunehmend der institutionellen Erneuerung von Städten und Stadtregionen zu. Es wird erwartet, daß den städtischen Ballungsräumen als Zentren von Innovationsprozessen aufgrund der dort möglichen Nutzung von Agglomerationsvorteilen sowie der Relevanz von Städten für die gesellschaftliche Stabilität eine wesentliche Rolle zur Bewältigung der Herausforderungen des globalisierten Wettbewerbs zukommt. Zugleich gibt es vielfältige Bestrebungen und Initiativen auf städtischer Ebene, die jeweiligen Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung sowie die institutionellen Arrangements für die eigene kommunale Leistungserstellung effizienter und effektiver als bisher zu gestalten. Zahlreiche Städte bemühen sich demgemäß um eine Modernisierung ihrer Tätigkeit als Anbieter und Produzenten von Leistungen der sogenannten kommunalen Daseinsvorsorge. Mit Hilfe von Effizienzsteigerungen soll die Attraktivität von Standorten erhöht und auch auf die Kritik von Seiten der Wettbewerbshüter reagiert werden, die bereits seit langem die bestehenden kommunalen Monopole im Bereich der Ver- und Entsorgung ins Visier genommen haben. Insbesondere institutionelle Regelungen auf EU-Ebene machen entsprechende Anpassungen auf kommunaler Ebene erforderlich. Teilweise versuchen die Städte allerdings auch, ihre Wirtschaftstätigkeit zu festigen oder sogar räumlich wie funktional auszubauen, was kritisch gesehen werden kann bzw. zumindest neue institutionelle Regelungen erforderlich macht. Darüber hinaus stehen viele Städte – vor allem im Osten Deutschlands – heute erstmals in der Moderne vor dem Problem, ihre zentralörtlichen Funktionen im Zusammenhang mit einer rückläufigen Zahl von Bewohnern erfüllen zu müssen.

Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Neuordnung städtischer Funktionserfüllung und der ihr zugrundeliegenden Institutionen erforderlich. Es ist das Anliegen der stadtökonomischen Forschung am IWH, diese Neuordnung mit Hilfe von geeigneten Untersuchungen zu unterstützen, und zwar mit einem speziellen Fokus auf die angedeuteten Problemlagen von Städten mit rückläufigen Einwohnerzahlen in Ostdeutschland. In der politischen Wirklichkeit können Maßnahmen zur Neuordnung städtischer Funktionserfüllung entweder innerstädtisch oder durch staatliche Eingriffe eingeleitet werden. Diesen beiden Möglichkeiten entsprechen auch die beiden strategischen Forschungsfelder der Abteilung: Das erste Forschungs-

feld befaßt sich mit „lokalen Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse“ (*Local Governance and Urban Economic Growth*). Hier wird untersucht, welche lokalen Bedingungen, speziell solche institutioneller Art, sich über welche Mechanismen positiv auf die Standortqualität der Städte aus Sicht der Unternehmen auswirken und inwieweit durch institutionelle Veränderungen dazu beigetragen werden kann, daß die Städte ihre Funktion als Wachstums- und Innovationsmotoren auch unter den eingangs genannten Bedingungen zukünftig besser ausüben können. Welcher Mix aus lokalen Faktoren und Institutionen ist am besten geeignet, um städtisches Wirtschaftswachstum und die Erfüllung zentralörtlicher Funktionen zukünftig zu gewährleisten? Welche Möglichkeiten verbleiben den politischen Akteuren vor Ort, um Einfluß auf die lokalen Faktoren zu nehmen? Hier gibt es enge Bezüge zum IWH-Forschungsschwerpunkt „Wissen und Innovation“, aber auch zu den grundsätzlichen Fragen der Regulierung, die in der Abteilung Industrieökonomik bearbeitet werden. Das zweite Forschungsfeld richtet sich auf den „Staatlichen Rahmen zur Förderung der Stadtentwicklung“ (*State-Local-Relations*), innerhalb dessen sich die städtische Wirtschaftsentwicklung abspielt. Institutionen (z. B. Finanzausgleichs- oder Förderprogramme) auf EU-, Bundes- und Landesebene wirken auf lokale Entwicklungen teilweise fördernd, teilweise aber auch eher hemmend ein. Auf der Basis von Untersuchungen zu den entsprechenden Effekten staatlicher Institutionen werden Vorschläge zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Städten erarbeitet. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Förderprogramme, wie z. B. das Bundes-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“, sowie Regelungen des Finanzausgleichs, mit welchen die finanziellen Spielräume der Städte begrenzt werden. Hierbei stellt sich die Frage nach erforderlichen institutionellen Veränderungen, um Wachstumsprozesse zu induzieren, und nach der Bewertung derartiger Maßnahmen.

Im Jahr 2006 konnten für einige der angedeuteten Fragestellungen wesentliche Erkenntnisfortschritte gewonnen werden. Die im Rahmen des ersten Forschungsfelds durchgeführten Arbeiten konzentrierten sich auf die Untersuchung verschiedener Aspekte von Ballungen und städtischen Strategien zur besseren Nutzung von Ballungsvorteilen sowie zur Aktivierung von finanziellen Ressourcen. Über zwei dieser Forschungsarbeiten wird im folgenden ausführlicher berichtet. Bei der ersten Forschungsarbeit ging es um die Frage, inwieweit in den (wenigen) städtischen Zentren des dünn besiedelten Landes Mecklenburg-Vorpommern die Voraussetzungen für eine Nutzung von Ballungsvorteilen gegeben sind. Bei der zweiten der im folgenden ausführlicher dargestellten Forschungsarbeiten ging es um

die bislang wenig erforschten Möglichkeiten der Städte, ihren finanziellen Handlungsspielraum mit Hilfe einer „impliziten Gebührenerhöhung“ zu erweitern.

Eine ebenfalls im Forschungsfeld „Lokale Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse“ angesiedelte Forschungsarbeit (im Rahmen eines Dissertationsprojekts) zu den langfristigen Effekten von Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland wurde im Jahr 2006 begonnen und wird 2007 sowie 2008 fortgeführt. Auch dieses Projekt ordnet sich in die Erforschung von städtischen Strategien zur besseren Nutzung von Ballungsvorteilen (insbesondere von Netzwerkvorteilen) ein, die auch im Jahr 2007 einen wichtigen Schwerpunkt der Abteilungsforschung bildet. Besondere Erwähnung verdient darüber hinaus noch eine Forschungsarbeit zu den Möglichkeiten, durch interstädtische Kooperationen im Rahmen einer sogenannten „Metropolregion“ eine Ballung von Faktoren zu erreichen, die den einzelnen in die Kooperationen einbezogenen Städten nicht zur Verfügung steht. Bei dieser Arbeit, die eine Fortführung einer bereits im Vorjahr durchgeführten Forschungsarbeit darstellte, wurden konkret die beiden ostdeutschen Metropolregionen Berlin und Halle/Leipzig-Sachsendreieck untersucht. Hinsichtlich der stark polyzentrisch geprägten Region Halle/Leipzig-Sachsendreieck kam die Untersuchung u. a. zum Ergebnis, daß diese Region selbst bei einer Zusammenfassung aller in den einzelnen Teilstädten der Metropolregion vorhandenen Potentiale an Zentralen von Firmen, Verbänden und Behörden speziell bei diesem Faktorbündel im Vergleich zu anderen deutschen Metropolregionen einen erheblichen Nachholbedarf aufweist.

Im zweiten Forschungsfeld („Staatlicher Rahmen zur Förderung der Stadtentwicklung“) wurde im Jahr 2006 ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zum Abschluß gebracht, welches sich mit der Politik des Zentralstaats zur Pflege der Ballungen und Wachstumszentren beschäftigte. Konkret wurde der Frage nachgegangen, inwieweit es durch fiskalische Eingriffe des Zentralstaats im Sinne eines Ressourcentransfers von (zumeist städtisch strukturierten) Wachstumszentren in Deutschland zugunsten von ökonomisch benachteiligten Regionen im Rahmen der sogenannten „Bundesstaatlichen Ausgleichspolitik“ in den „Geberregionen“ zu einer Minderung der Wachstumschancen kommen kann. Nach den ermittelten Befunden gibt es Indizien dafür, daß sich derartige Effekte im gegenwärtigen System der Ausgleichspolitik in Grenzen halten. Ein zweites wichtiges Projekt des Jahres 2006, das im Jahr 2007 abgeschlossen werden soll, befaßt bzw. befaßt sich

mit der Berücksichtigung städtischer Funktionen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Städtische Politik zur Förderung von Innovationen und wirtschaftlichem Wachstum ist gerade im Osten Deutschlands fast permanent mit finanziellen Restriktionen konfrontiert. Es besteht die Vermutung, daß der KFA aufgrund seiner primär ausgleichsorientierten Zielrichtung die wirtschaftspolitische Funktion von Städten und Ballungen unzureichend berücksichtigt. Erste Ergebnisse auf der Basis einer Ex-ante-Evaluierung der gegebenen institutionellen Regelungen des KFA deuten darauf hin, daß diese Vermutung zutreffen könnte. Diese Forschungsarbeit wird im Jahr 2007 fortgesetzt, und zwar auf der Basis von empirischen Daten für die Länder Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg.

Wie sind die Voraussetzungen für die Nutzung von Ballungsvorteilen in den Städten von Mecklenburg-Vorpommern?

Für die Regionalentwicklung in dünn besiedelten Regionen gelten die dort vorhandenen Städte als Hoffnungsträger. Dies setzt voraus, daß sie über ein entsprechendes Maß an wirtschaftlicher Ballung verfügen. Dabei ist allein die Ballung von Bevölkerung nicht hinreichend, damit von einer Stadt die gewünschten Entwicklungsimpulse ausgehen. Hinzutreten muß eine Ballung

Räumliche Ballungen in strukturschwachen Regionen als Hoffnungsträger der Wirtschaftsentwicklung

von Unternehmen, die vernetzt sind und durch ihre Innovationsaktivitäten zu einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können. Zu den Regionen, in denen an Städte als Orte wirtschaftlicher Ballung besondere Hoffnungen geknüpft werden, zählt auch das dünnbesiedelte Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Daher ist das IWH in einer Untersuchung der Frage nachgegangen, welche Strukturen die wirtschaftlichen Ballungen in den Städten Mecklenburg-Vorpommerns aufweisen. Die Analyse war auf die kreisfreien Städte des Landes – Rostock, Wismar, Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald – konzentriert, weil dort am ehesten dynamische Effekte von Ballungen vermutet werden können.

Bei der durchgeführten Untersuchung wurde auf eine Methodik zurückgegriffen, die bereits im Rahmen eines IWH-Gutachtens zu den „Innovativen Kompetenzfeldern, Produktionsnetzwerken und Branchenschwerpunkten der ostdeutschen Wirtschaft“, das im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erstellt wurde, zur Anwendung gekom-

men ist. Diese Methodik zielt darauf ab, wirtschaftliche Ballungen in Form sogenannter Ökonomischer Entwicklungskerne (OEK) zu identifizieren. Als konstituierende Elemente solcher Kerne werden das Vorhandensein eines räumlichen Branchenschwerpunkts mit zugehörigen Netzwerkaktivitäten und innovativen Kompetenzen angesehen (vgl. zur Untersuchungsmethodik Rosenfeld et al., 2006). Im Rahmen der hier vorgestellten Untersuchung wurde die Ausstattung der Städte in Mecklenburg-Vorpommern mit Branchenschwerpunkten und Unternehmensnetzwerken untersucht. Ein Branchenschwerpunkt wird als gegeben angesehen, wenn der entsprechende Standort (kreisfreie Stadt), gemessen an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 2-Steller der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003), zu den sieben wichtigsten Standorten innerhalb Ostdeutschlands gehört. Als Netzwerke wurden Kooperationen von Unternehmen (gegebenenfalls unter Einschluß von Wissenschaftseinrichtungen) erfaßt, die sich nach außen, formell, als Netzwerk zu erkennen geben, etwa durch das Benennen eines Netzwerkkoordinators oder durch eine Internet-Präsentation. Zur Erfassung der Unternehmensnetzwerke wurden Informationen aus den jeweiligen Internet-Auftritten ausgewertet. Über die Analyse dieser Ballungsmerkmale hinaus wurde untersucht, wie die genannten Städte generell mit Faktoren ausgestattet sind, die als wichtige regionale Wachstumsdeterminanten angesehen werden können. Hierzu zählen insbesondere die Ausstattung mit Sach- und Humankapital, die Sektoralstruktur und die Unternehmensdichte.

Die empirischen Befunde zeigen zunächst erwartungsgemäß, daß in den Städten im Vergleich zu den übrigen Teilräumen in Mecklenburg-Vorpommern eine vergleichsweise hohe Zahl von Branchenschwerpunkten und Netzwerkaktivitäten zu verzeichnen ist. Auch bezüglich der Wachstumsdeterminante Humankapital sind die Städte durchweg bessergestellt als der ländliche Raum. Aber bei der Unternehmensdichte ist dies nicht und bei den Industrieinvestitionen nur teilweise der Fall. Die ermittelten Branchenschwerpunkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind zu knapp zwei Dritteln (20 von 32) in den Städten konzentriert, von den Branchenschwerpunkten in Städten entfallen wiederum mehr als die Hälfte (12) auf Rostock, je zwei auf Schwerin, Wismar und Stralsund und je einer auf Greifswald und Neubrandenburg. Auffällig ist, daß die Branchen, die als Branchenschwerpunkte identifiziert wurden, mit Ausnahme der Gesundheitswirtschaft, jeweils nur relativ geringe Anteile an der Gesamtbeschäftigung

Geringe Ballungspotentiale innerhalb der Städte werden durch überregionale Netzwerke kompensiert

tigung in der betreffenden Raumordnungsregion aufweisen. Dies sollte aber nicht mit einer geringen Bedeutung der Branchenschwerpunkte gleichgesetzt werden. Auch kleine Ballungen bieten Chancen für einen Transfer von Wissen zwischen den ansässigen Unternehmen. Ferner gibt es auch wirtschaftliche Aktivitäten, etwa jene im Bereich der Biotechnologie, die sich wegen ihres „Querschnittscharakters“ nicht in der klassischen Branchengliederung niederschlagen, die hier zur Identifizierung von Branchenschwerpunkten herangezogen wurde.

Was die Unternehmensnetzwerke betrifft, so wurden für das Land insgesamt 29 ermittelt, von denen 25 ihren Sitz (oder zumindest einen der Sitze) in einer der betrachteten Städte haben. Die in den Städten vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen und wirtschaftsnahen Infrastrukturen (z. B. Technologie- und Gründerzentren) stellen günstige Bedingungen dafür dar, daß die Städte als Netzwerksitze fungieren. Typisch ist aber, daß die Mitglieder der Netzwerke in verschiedenen Landesteilen und auch außerhalb der Städte angesiedelt sind. Die Netzwerke werden offensichtlich genutzt, um Kooperationen und Wissenstransfer auch über größere Entfernungen gezielt zu „organisieren“ und damit das Fehlen von potentiellen Netzwerkpartnern in den Städten zu ersetzen. Ein Beispiel für diese Strategie ist die Biotechnologiebranche mit dem bekannten Netzwerk „BioCon Valley“, das sich zwar auf die Städte Rostock und Greifswald konzentriert, aber auch andere Schwerpunkttorte der Biotechnologie einbezieht.

Erwartungsgemäß sind die OEK sowie die betrachteten Wachstumsfaktoren ungleich zwischen den Städten verteilt. Rostock verfügt über die größte Zahl

***Rostock hat bei
Branchenschwerpunkten
und Netzwerken eine
dominierende Rolle***

von Branchenschwerpunkten (insgesamt 12, davon wiederum viele [9] mit einer Untersetzung durch Netzwerke) und weist – nicht zuletzt dank der vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen – eine günstige Humankapitalausstattung auf. Die Situa-

tion in den anderen Städten ist differenzierter. Schwerin ist stark auf die Funktion als Landeshauptstadt fokussiert, verfügt nicht über wirtschaftlich bedeutsame Branchenschwerpunkte und nur einen Netzwerk-Sitz. Wismar besitzt zwei industrielle Branchenschwerpunkte, neben dem Schiffbau bildet das Holzgewerbe einen relativ jungen Schwerpunkt. Die Vernetzungen gerade des letztgenannten Branchenschwerpunkts, nicht zuletzt mit der Hochschule in Wismar, sind, nach den zum Zeitpunkt der Untersuchung vorliegenden Informationen, vermutlich noch ausbaufähig. In Greifswald gibt es nur einen Branchenschwerpunkt: den Bereich Forschung und Entwicklung.

Dementsprechend verfügt der Standort über eine vergleichsweise gute Humankapitalausstattung. Wenig wissensbasiert scheinen bislang die wirtschaftlichen Strukturen in Stralsund zu sein, wenn man den Besatz mit Hochschulabsolventen und Ingenieuren heranzieht. Die kapitalintensiven Branchen Schiffbau und Schifffahrt bilden dort die Branchenschwerpunkte. Über einen Netzwerk-Sitz (bezogen auf die in der Untersuchung erfaßten Netzwerke) verfügt Stralsund nicht. Gleichwohl bietet die dortige Fachhochschule mit ihren Schwerpunkten in den Bereichen Elektrotechnik, Informatik und Maschinenbau durchaus Potentiale, durch Ausbildung und Forschung die im Land vorhandenen Kompetenzen weiter zu stärken. Neubrandenburg schließlich ist innerhalb der untersuchten Städte der Standort mit dem zweithöchsten Industriebesatz, dem zweithöchsten Besatz mit Datenverarbeitungsfachleuten und dem dritthöchsten Besatz mit Hochschulabsolventen. Das Profil der Fachhochschule in Neubrandenburg, mit den Bereichen Agrarwirtschaft und Landschaftsarchitektur, Gesundheit und Pflege sowie dem Kompetenzzentrum für Lebensmitteltechnologie, korrespondiert mit Branchenschwerpunkten in anderen Landesteilen, was die Bedeutung der Einbindung in überregionale Kooperationen unterstreicht.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Heimpold, Gerhard; Rosenfeld, Martin T. W.: Wie steht es in Mecklenburg-Vorpommern um die Ballung wirtschaftlicher Aktivitäten ? – Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Städte des Landes, in: Hans Pohle (Hrsg.), Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung, Heft 18. Netzwerke und Cluster – Neue Chancen für Regionen, 2006, S. 43-96.

Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Günther, Jutta; Heimpold, Gerhard; Kronthaler, Franz: Ökonomische Entwicklungskerne in ostdeutschen Regionen: Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und innovative Kompetenzfelder der Wirtschaft. Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). IWH-Sonderheft 5/2006.

Implizite Gebührenerhöhungen als Ausweg aus der kommunalen Finanzkrise?

Die Finanzprobleme der deutschen Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschärft. So sind laut Gemeindefinanzbericht 2006 zwischen 1992 und 2005 die bereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden in Westdeutschland um

***Kommunale
Finanzprobleme
drastisch verschärft***

13% (Ostdeutschland: -14%) angestiegen, während die Einnahmenentwicklung hier nur bedingt Schritt halten konnte. Größere finanzielle Schwierigkeiten konnten demnach nur durch eine Reduzierung der Sachinvestitionen (Westdeutschland: -38%, Ostdeutschland: -59%) sowie die verstärkte Aufnahme von Kassenkrediten verhindert werden. Dieses von den Kommunalverbänden gezeichnete düstere Bild ist allerdings mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren. Zum einen sind in den zitierten Zahlen aus der kommunalen Finanzstatistik alle kommunalen Einrichtungen mit kaufmännischem Rechnungswesen, d. h. mehr oder weniger vom Eigenbetrieb aufwärts, nicht enthalten. Angesichts der Tatsache, daß mittlerweile fast 50% der kommunalen Investitionen in diesen ausgelagerten Einrichtungen getätigt werden, liefert die Finanzstatistik nur noch eine stark verzerrte Darstellung der kommunalen Finanzsituation. Zum anderen ist die Höhe der gemeindlichen Ausgaben nicht notwendigerweise ein unabwendbares Schicksal, weil selbst bei den sogenannten „Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis“ oder den „Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises“ Spielräume zur Effizienzsteigerung und damit zur Ausgabenreduzierung bestehen.

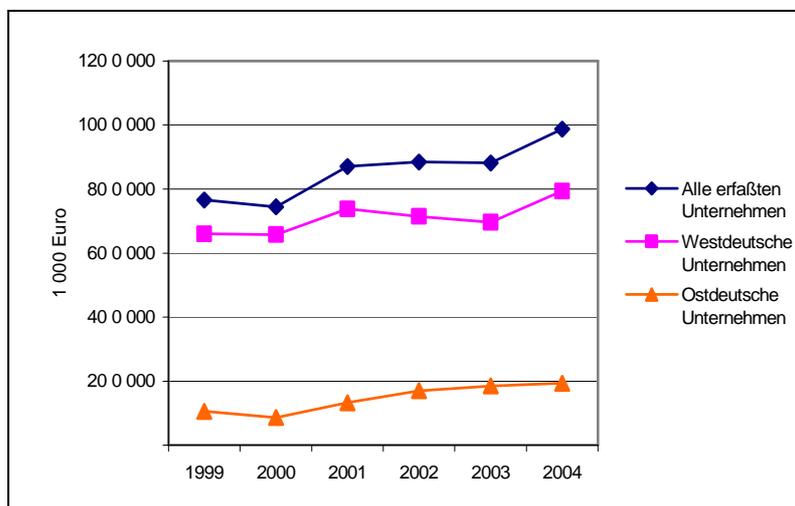
Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen untersuchte das IWH die Frage, ob Einnahmequellen, die aus Sicht der Public Choice-Theorie als besonders günstig für Kommunalpolitiker (Schaffung von Fiskalillusion, Möglichkeit der Kostenabwälzung auf Nicht-Gemeindebürger) gelten, im Zuge dieser Finanzkrisen tatsächlich verstärkt eingesetzt wurden. Daneben wurde untersucht, ob außerdem ein Zusammenhang zwischen kommunalem Ausgabenverhalten und der Verfügbarkeit von Finanzmitteln aus diesen Quellen besteht.

Was die erste Fragestellung betrifft, so stehen den Kommunen aus Sicht der politischen Ökonomie besonders attraktive Möglichkeiten wie zusätzliche Transfers von Bund oder Ländern bzw. Kreditaufnahmen aus verschiedenen Gründen nicht zur Verfügung. Zumindest in den deutschen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern wurden außerdem die als politisch sensibel empfundenen Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer seit 1992 nur mäßig (Ausnahme: ostdeutsche Städte) angehoben. Demgegenüber konzentrierten sich die Bemühungen der Kommunen bei der Erhöhung ihrer Steuereinnahmen darauf, eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, d. h. des Anteils des Gewerbesteueraufkommens, das an den Bund abzuführen ist, zu erreichen. So wird der effektive Anteil der Umlage am Gewerbesteueraufkommen nach dem Höhepunkt von 2003 (29,4%, Durchschnitt für Ost- und Westdeutschland) sukzessive auf durchschnittlich 17,6% (Westdeutschland 18,4%, Ostdeutschland 10,7%) bis 2008 sinken.

Von besonderer Bedeutung für die Finanzierung kommunaler Aufgaben sind die Gewinne kommunaler Energieversorgungsunternehmen, der Stadtwerke. Die Abbildung zeigt die zeitliche Entwicklung der anteiligen Gewinne der Kommunen für ausgewählte kreisfreie Städte (nahezu ausschließlich Großstädte mit über 200 000 Einwohnern). Die Darstellung ist somit zumindest für die Situation der deutschen Großstädte repräsentativ. Der Anstieg um knapp 30% (ostdeutsche Städte: +83%) ist neben Effizienzsteigerungen vor allem auf eine räumliche (überregionale und internationale Aktivitäten) und sachliche Ausweitung (z. B. Angebot von Telekommunikationsleistungen) der Unternehmensaktivitäten zurückzuführen. Insbesondere für die großen Stadtwerke gehören mittlerweile neben der Teilnahme am Stromgroßhandel auch das Engagement im Ausland ganz selbstverständlich dazu. Möglicherweise ist aber für die Folgejahre aufgrund der zunehmend wirksamer werdenden Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte mit einer Abflachung dieses Gewinnrends zu rechnen.

Gewinne städtischer Unternehmen als attraktive Form der Einnahmenerzielung

Abbildung:
Aggregierte Gewinne ausgewählter kommunaler Energieversorgungsunternehmen



Anmerkung: Enthalten sind die anteiligen Gewinne (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) der Kommunen in 36 kreisfreien Städten (Westdeutschland: 26, Ostdeutschland: 10).

Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen; Berechnungen des IWH.

**Ökonometrische
Schätzung der kommunalen
Ausgabenfunktion**

Außerdem wurde im Rahmen des Projekts eine ökonometrische Schätzung der kommunalen Ausgabenfunktion für ein Panel aus 49 (von 114) kreisfreien Städten für die Jahre 2001-2003 vorgenommen. Als problematisch erwies sich dabei, daß es keine umfassende Theorie zur Erklärung des kommunalen Ausgabenverhaltens gibt. Das

z. B. für einige skandinavische Länder in der Forschung angewandte Medianwähler-Modell ist nach herrschender Meinung für deutsche Gemeinden u. a. wegen des Fehlens einer Kommunalsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage (und damit eines fehlenden Bewußtseins für den „Steuerpreis“ lokaler öffentlich bereitgestellter Güter) nicht geeignet. Da außerdem kein Markt-Preis-Mechanismus für die meisten kommunalen Leistungen zur Koordination von Angebot und Nachfrage existiert, wurden sowohl Angebots- als auch Nachfragedeterminanten simultan in die Schätzgleichung einbezogen. Als Theoriebasis für die Erklärung des Nachfrageverhaltens dienten u. a. Komponenten des Medianwähler-Modells (primär das Haushaltseinkommen), das „Brechtsche Gesetz“ (Einfluß der Bevölkerungsdichte) oder das Lobbygruppenmodell von Becker. Bestimmungsgründe des Angebots wurden u. a. aus Niskanens Bürokratiemodell abgeleitet. Daneben gingen weitere regionalspezifische, politische, sozioökonomische und Finanzvariablen, insbesondere die verfügbaren Gewinne der kommunalen Unternehmen oder die empfangenen Transferzahlungen, in die Schätzung ein. Die Ergebnisse sind als erste Indizien für einen möglichen positiven Zusammenhang zwischen Ausgabenverhalten der Kommunen und Gewinnträchtigkeit ihrer Stadtwerke zu interpretieren.

Im Rahmen künftiger Forschungsarbeiten sollen – unter der Bedingung hinreichender Datenverfügbarkeit – die Resultate für ein größeres Panel und einen längeren Zeitraum unter Berücksichtigung sämtlicher kommunaler Nebenhaushalte überprüft werden. Dabei wird es von zentraler Bedeutung sein, nicht nur die Gesamtausgaben/-aufwendungen und -investitionen zu betrachten, sondern auch nach einzelnen kommunalen Aufgabenbereichen zu differenzieren.

Die bisherigen Ergebnisse des Projekts machen vor allem zwei Dinge deutlich: Zum einen sind die Gewinne kommunaler Unternehmen ein in vielerlei Hinsicht problematisches Instrument zur Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben, beispielsweise wenn sie zum Ausgleich der Verluste des ÖPNV eingesetzt werden. Eine Reform der Kommunalfinanzen vor allem mit dem Ziel einer besseren Ausstattung mit eigenen Steuer-

quellen ist daher unerlässlich, entsprechende Vorschläge dazu liegen bereits seit Jahren vor. Zum anderen zeigen die praktischen Schwierigkeiten mit den vorliegenden empirischen Daten die dringende Notwendigkeit der von vielen Bundesländern bereits in Angriff genommenen Reform der Finanzstatistik mit dem Ziel einer „Wiedervereinigung“ des kameralistischen Kernhaushalts und der zahlreichen kommunalen Betriebe mit kaufmännischer Buchführung.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Haug, Peter; Nerré, Birger: Revenue Boosting Instruments in Municipal Finance from a Public Choice Perspective, in: Diamond, J. (ed.), Proceedings. 98th Annual Conference on Taxation, Miami, Florida, November 17-19, 2005, and Minutes of the Annual Meeting of the National Tax Association, Thursday, November 17, 2005. Washington (D.C.) 2006, pp. 207-216.

Forschungsschwerpunkt Internationale Integration

Leitung: Dr. Diemo Dietrich

Im Forschungsschwerpunkt „Internationale Integration“ werden am IWH Arbeiten koordiniert, welche die weltwirtschaftliche Integration über Multinationale Unternehmen und international operierende Banken thematisieren. Von besonderem Interesse sind unternehmensinterne grenzüberschreitende Allokationsprozesse sowie institutionelle Arrangements zu deren Regelung (Basel II, UNCITRAL, Wechselkursregimes etc.) mit besonderem Blick auf die Finanzstabilität. Es wurden zur Jahresmitte 2006 drei mittelfristig angelegte Forschungsfelder definiert, für die auch bereits vorbereitende Arbeiten geleistet wurden: Wechselkurskrisenmodelle der dritten Generation vor dem Hintergrund integrierter Finanzsysteme, Finanzmarkt- und Bankenstabilität in integrierten Wirtschaftsräumen sowie Ressourcenallokation innerhalb Multinationaler Unternehmen. Zur Bearbeitung dieser Forschungsfelder werden bestehende Kompetenzen aus den Abteilungen Makroökonomik, Industrieökonomik und Strukturökonomik synergetisch genutzt.

Wechselkurskrisenmodelle der dritten Generation vor dem Hintergrund integrierter Finanzsysteme

Im Rahmen dieses Forschungsfelds wurden zwei Einzelthemen untersucht. Als erstes wurde ein Wechselkurskrisenmodell der dritten Generation entwickelt, um die Wirkungsweise des als Erbsünde bezeichneten Phänomens zu untersuchen. Hierbei geht es darum, daß geringe Abwertungen das Einkommensniveau eines Schwellenlandes kurzfristig erhöhen können, während massive Abwertungen drastisch negativ auf das Volkseinkommen wirken, wenn die Wirtschaftssubjekte in ausländischer Währung verschuldet sind. Es wurde hierauf aufbauend ein Vorschlag zur Prävention von Währungskrisen diskutiert. Als zweites wurden Strategien aufgegriffen, die darauf abzielen, die gesamtwirtschaftlichen Folgen von Währungskrisen zu mildern. Eine Gegenüberstellung verschiedener Vorschläge zur Implementierung eines *International Lender of Last Resort* (ILOLR) zeigte, daß direkte Interventionen des ILOLR zur Unterstützung der betroffenen Währung zu bevorzugen sind. Dazu sollte der IWF eigene Res-

sourcen verwenden und sein Recht auf weitere Ziehungen im Bedarfsfall ausüben.

Finanzmarkt- und Bankenstabilität in integrierten Wirtschaftsräumen

Aspekte der Finanzstabilität wurden in zwei Arbeiten thematisiert. So wurde mit Hilfe eines dynamischen spieltheoretischen Ansatzes untersucht, wie Eigenkapitalregulierungen die Internationalisierungsstrategien von Banken beeinflussen und welche Implikationen sich hieraus für die Stabilität des internationalen Bankensystems ergeben. Es konnte gezeigt werden, daß die mit länderspezifischen Liquiditätsschocks verbundenen Stabilitätsrisiken tendenziell stärker sind, wenn international operierende Banken ihre Bankgeschäfte statt direkt über die Konzernzentrale weitgehend über selbständig finanzierte Auslandstöchter abwickeln. Mindesteigenkapitalvorschriften für Banken können hierbei die Attraktivität von Auslandstöchtern erhöhen und so die Stabilität des Finanzsystems unter Umständen gefährden. In einer empirischen Arbeit wurde am Beispiel der 1997 in Südkorea aufgetretenen Finanzkrise untersucht, welche Effekte Basel II auf die Transmission von Währungskrisen zu Banken Krisen gehabt hätte, wenn diese Regulierung bereits in Kraft gewesen wäre. Es wird gezeigt, daß die regulatorischen Kapitalanforderungen aufgrund der guten Kreditratings im Vorfeld der Krise geringer gewesen wären als unter Basel I. Dies läßt vermuten, daß Basel II die Krise tendenziell verschärft hätte.

Ressourcenallokation innerhalb Multinationaler Unternehmen

Im Rahmen dieses Forschungsfeldes wurde, basierend auf der Theorie unvollständiger Finanzverträge, der Frage nachgegangen, welche Rückwirkungen die Mittelverwendung innerhalb eines Multinationalen Unternehmens auf dessen Kreditwürdigkeit hat. Hierbei wurde nach der Art der unternehmensexternen Finanzierung differenziert. Als ein Ergebnis zeigte sich, daß bankkreditfinanzierte Unternehmen zwar mehr finanzielle Mittel extern aufnehmen können. Dies ist aber nur möglich, weil sie sich verpflichten, vornehmlich in solchen Ländern zu investieren, in denen die Banken im Falle eines Kreditausfalls vergleichsweise viel durch eine Liquidation der verpfändeten Wirtschaftsgüter erzielen können. Konsequenz ist eine ineffiziente Allokation des Kapitals über Länder. Hingegen stehen Unternehmen, die sich über die Ausgabe von Wertpapieren finanzieren,

einer tendenziell schärferen Kreditbeschränkung gegenüber; sie investieren die verfügbaren Mittel jedoch effizient. Ausgehend hiervon wurde des weiteren gezeigt, daß die Regulierung der Kapitalstruktur der finanzierenden Banken Einfluß auf das Ausmaß der Ineffizienz von bankfinanzierten Auslandsinvestitionen hat. Allerdings schöpfen die Basel II-Regelungen dieses Potential nicht aus.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dietrich, Diemo: Asset Tangibility and Capital Allocation within Multinational Corporations. IWH-Diskussionspapiere 4/2006.

Dietrich, Diemo; Vollmer, U.: Banks' Internationalization Strategies: The Role of Bank Capital Regulation. IWH-Diskussionspapiere 18/2006.

Dietrich, Diemo; Hauck, A.: Bank Lending, Bank Capital Regulation, and Efficiency of Corporate Foreign Investment. IWH-Diskussionspapiere 4/2007.

Knedlik, Tobias: Implementing an International Lender of Last Resort. IWH-Diskussionspapiere, 20/2006.

Knedlik, Tobias; Ströbel, J.: The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II. IWH-Diskussionspapiere 21/2006.

Lindner, Axel: Original Sin – Analysing Its Mechanics and a Proposed Remedy in a Simple Macroeconomic Model. IWH-Diskussionspapiere 11/2006.

Forschungsschwerpunkt Wissen und Innovation

Leitung: Dr. Jutta Günther

Eine dynamische Innovationsfähigkeit ist für global integrierte Ökonomien ein entscheidender Faktor im internationalen Wettbewerb. Wachstum, Strukturwandel, Konvergenz und Marktstrukturen werden wesentlich durch Wissens- und Innovationsprozesse bestimmt. Im Forschungsschwerpunkt werden mittels empirischer Analysen das Hervorbringen und Verbreiten von Wissen und Innovationen untersucht, wobei institutionellen Einflußfaktoren der sozio-kulturellen, rechtlichen und förderpolitischen Ebene eine besondere Beachtung zukommt. Untersuchungsobjekte sind Unternehmen – vor allem Unternehmen im Internationalisierungsprozeß – sowie Wissenschaftseinrichtungen und die zwischen ihnen bestehenden Verbindungen im Sinne von *science-industry linkages*. Derzeitige geographische Schwerpunkte sind Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, und Länder der EU 25, insbesondere in Ostmitteleuropa.

Eine Vielzahl der im Forschungsschwerpunkt durchgeführten Forschungsarbeiten erfolgt in enger Anlehnung an das von der EU im 6. Forschungsrahmenprogramm geförderte Projekt *Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union* (U-Know). Das Projektkonsortium, bestehend aus dreizehn Einrichtungen aus neun Ländern, wird vom IWH koordiniert. Die Laufzeit des Projekts ist von März 2006 bis Februar 2009.

Ausländische Investitionen in Ostmitteleuropa und lokale Zulieferbeziehungen

Aus theoretischer Sicht ergeben sich durch die Präsenz ausländischer Unternehmen nicht nur realwirtschaftliche Effekte auf Produktion und Beschäftigung, sondern auch ein Potential für technologische Entwicklung durch den Wissenstransfer zu einheimischen Unternehmen. Dieser Wissenstransfer ist abhängig von dem Grad der Verflechtung des ausländischen Unternehmens mit der einheimischen Wirtschaft. Dabei kommt der Beziehung zwischen ausländischen Investoren und einheimischen Zulieferunternehmen eine zentrale Bedeutung zu, denn Multinationale Unternehmen haben ein strategisches Interesse daran, lokale Effizienzvorteile auszu-

schöpfen. Es wurde ein Modell entwickelt, in dem unterstellt wird, daß sowohl die Ausbildung von Zulieferbeziehungen als auch das Potential für Wissenstransfer zum einen von organisatorischen Faktoren im ausländischen Unternehmen und zum anderen von der lokalen Wissensbasis und der lokalen technologischen Leistungsfähigkeit abhängig sind. Dieser Zusammenhang wird anhand eines Datensatzes von 434 ausländischen Tochterunternehmen aus fünf mittel- und osteuropäischen Ländern getestet. Die Ergebnisse zeigen, daß sowohl die Intensität von Zulieferbeziehungen als auch das Potential für Wissenstransfer steigt, wenn Tochterunternehmen als Joint Venture geführt werden sowie Eigenverantwortung in den Bereichen Logistik und Zulieferung besitzen. Die technologische Leistungsfähigkeit des heimischen Sektors fördert sowohl die Intensität von Zulieferbeziehungen als auch das Potential für Wissenstransfer. Zusätzlich steigert die absorptive Kapazität der einheimischen Zulieferbetriebe das Potential für Wissenstransfer. Will man verhindern, daß ausländische Investitionen auf einer „Insel“ inmitten der einheimischen Wirtschaft operieren und keine Wissenseffekte generieren, dann bietet die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen ausländischen Investoren und lokalen Mittel.

***Corporate Governance* und Exportintensität ausländischer Tochterunternehmen in Ostmitteleuropa**

Die Untersuchung widmet sich der Frage, inwiefern ein Zusammenhang besteht zwischen ausländischer Unternehmensbeteiligung, strategischer Abhängigkeit vom Mutterkonzern und der Exportintensität ausländischer Tochtergesellschaften. Die Analyse basiert auf Mikrodaten von Unternehmen aus fünf neuen EU-Mitgliedsstaaten Ostmitteleuropas. Es wird angenommen, daß ausländische Investoren einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, wenn Tochtergesellschaften in Mittel- und Osteuropa als Exporteure auf internationale Absatzmärkte ausgerichtet sind, im Gegensatz zu Tochterunternehmen, die auf dem einheimischen Markt präsent sind. Dies kann auf Überlegungen aus der Principal-Agent-Theorie in Verbindung mit einer institutionsökonomischen Sicht zurückgeführt werden. Die Forschungsergebnisse zeigen, daß die Höhe der ausländischen Unternehmensbeteiligung positiv auf die Exportintensität wirkt. Ferner kann man beobachten, daß eine starke Kontrolle von Schlüsselgeschäftsfunktionen wie strategischer Unternehmensplanung und Marketing durch den ausländischen Investor mit der Exportintensität positiv assoziiert ist. Darüber hinaus ergänzen sich ausländische Unternehmensbeteiligung und direkte Kontrolle durch

den Investor positiv in ihrer Wirkung auf die Exportintensität. Letzteres trifft insbesondere auf Tochterunternehmen zu, welche den größten Anteil ihrer Exporte direkt an den Mutterkonzern im Ausland liefern, d. h., es handelt sich hierbei um Tochtergesellschaften, welche Schlüsselfunktionen als Lieferanten im internationalen Produktionsnetzwerk des Konzerns darstellen.

Wissensintensität und Marktstrukturen im erweiterten europäischen Wirtschaftsraum

Die Marktstruktur wird in der Literatur typischerweise als Ergebnis von Determinanten wie Skalenökonomien, versunkenen Kosten, Marktgröße, Unternehmensorganisation oder historischer Entwicklung gesehen. Im Rahmen einer empirischen Analyse wird untersucht, inwieweit die Wissensintensität eine weitere Determinante darstellt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der Lissabon-Strategie, nach deren Plänen die Europäische Union zu einer wissensbasierten Ökonomie entwickelt werden soll, wichtig. Die wissenschaftliche Diskussion um den Zusammenhang von Marktstruktur und Wissensintensität wiederum wird dominiert von der Kontroverse um die Kausalitätsrichtung: Bestimmt die Marktstruktur die Wissensintensität oder wird die Marktstruktur durch die Wissensintensität beeinflusst? Dies wird häufig im Rahmen von Schumpeters Innovationstheorie („Schumpeter-Hypothese“) untersucht. Damit wäre Innovation auf hohe Gewinne und somit auf geringen Wettbewerbsdruck zurückzuführen. Hier wird auf die entgegengesetzte Kausalität fokussiert. Durch hohen Einsatz in der Forschung können Innovationen erzielt werden, die wiederum zu geringerem Wettbewerbsdruck führen.

In einem ersten Schritt konnte basierend auf regressionsanalytischen Untersuchungen unter Verwendung von Daten für eine Reihe von EU-Ländern gezeigt werden, daß die Marktstruktur durch Wissensintensität teilweise erklärt werden kann: Die Marktkonzentration steigt mit stärkerer Innovationstätigkeit, wobei in sehr forschungsintensiven Branchen dieser Effekt wieder abgemildert wird. Um die Kausalitätsrichtung umfassend zu klären, werden in weitergehender Forschung Unternehmen befragt, ob sie durch die Marktstruktur zu Innovationen gedrängt bzw. befähigt werden oder Marktstruktur ein Ergebnis der Forschungstätigkeit ist.

Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Die Innovationstheorie weißt unter dem Stichwort *capitalization of knowledge* darauf hin, daß die Austauschbeziehungen zwischen Wissenschaft und Industrie, insbesondere der Transfer von Wissen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit von zunehmender Bedeutung sind. Der Wissenstransfer kann in der Praxis sehr unterschiedlich ausgestaltet sein und wird wesentlich durch die institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Die Forschungsarbeiten des IWH zu diesem Themengebiet beschäftigen sich zum einen mit Innovationskooperationen von Unternehmen und zum anderen mit der Rolle von Technologietransferstellen der Hochschulen.

Empirische Ergebnisse zeigen, daß deutsche Unternehmen im europäischen Vergleich eine deutlich geringere Kooperationshäufigkeit aufweisen, vor allem im Vergleich zu skandinavischen Ländern. Anders als im EU-Durchschnitt stehen für deutsche Unternehmen die Hochschulen als Partner im Rahmen von Innovationskooperationen an erster Stelle – ein Befund, der auch mit der Ausgestaltung der förderpolitischen Institutionen zusammenhängen dürfte. Ostdeutschland liegt in der Kooperationshäufigkeit weiterhin vor den alten Bundesländern. Anders als bisher zeigen die kooperierenden Unternehmen im Osten nunmehr auch die zu erwartenden Produktivitätsvorteile gegenüber nicht-kooperierenden Unternehmen. Die Frage, ob und inwiefern dies ein nachhaltiger Tatbestand ist, bleibt weiteren empirischen Untersuchungen vorbehalten.

Basierend auf einer umfassenden Literaturstudie wurde die Rolle der Patentverwertungsagenturen an Hochschulen betrachtet. Mit der Abschaffung des Hochschullehrerprivilegs und der Errichtung von Patentverwertungsagenturen soll in Deutschland der Wissenstransfer aktiviert werden. Aus der Studie ergeben sich folgende innovationspolitische Vorschläge: Die Fokussierung auf Patente sollte einer allgemeinen Betrachtung des Wissenstransfers weichen und Patentverwertungsagenturen daher stärker zu Serviceeinrichtungen rund um den Wissenstransfer werden. Alternativ ließen sich die Transferstellen an den Hochschulen, die bislang eher beratend arbeiten oder sich auf Existenzgründungen konzentrieren, ausbauen. Da sich der Nutzen des Wissenstransfers erst auf gesamtwirtschaftlicher Ebene voll entfaltet, ist eine dauerhafte staatliche Unterstützung der Transferstellen an den Hochschulen notwendig. Das oft zitierte Vorbild der Patentverwertung in den USA läßt sich aufgrund der vielen Unterschiede in den institutionellen Rahmenbedingungen nicht auf Europa übertragen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Günther, Jutta; Rosendahl, C.: Wie kooperativ sind innovative deutsche Unternehmen? Ein europäischer Vergleich, in: Bertelsmann Stiftung et al. (Hrsg.), Netzwerktechnik 2006. Forschungsthemen, Schwerpunktbereiche, praktisches Know-how. Kleine Verlag: Bielefeld 2006, S.143-163.

Günther, Jutta: New Insights into Innovation Cooperation in East Germany, in: Ukrainian Academy of Sciences (ed.), Knowledge-based Society: New Challenges for Science and Scientists. Fenix: Kiev 2006, pp. 271-277.

Jindra, Björn; Stephan, Johannes: Unter welchen Bedingungen profitieren einheimische Zulieferunternehmen von ausländischen Direktinvestitionen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2006, S. 290-96.

Stephan, Johannes; Jindra, Björn; Klugert, I.: Industry Level Technology Gaps and Complementary Knowledge Stocks as Determinants of Intra-MNC Knowledge Flows. East-West Journal of Economics and Business, Vol. VIII, Nr.1 & 2, 2006, pp. 135-156.

Von Ledebur, Sidonia: Patentverwertungsagenturen und der Wissenstransfer von Hochschulen – ein Literaturüberblick, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2006.

Von Ledebur, Sidonia: A Game Theoretic Analysis of the Conditions of Knowledge Transfer by New Employees in Companies. IWH-Diskussionspapiere 3/2006.

Forschungsschwerpunkt Prognosemethodik 2010

Leitung: Dr. Axel Lindner

Der Forschungsschwerpunkt „Prognose 2010“ koordiniert seit Mitte 2006 Arbeiten, welche die abteilungsübergreifende Weiterentwicklung der Prognoseaktivitäten am IWH zum Inhalt haben. Dabei werden auch neue Themenfelder einbezogen, die außerhalb der klassischen relativ kurzfristig orientierten Konjunkturforschung liegen, deren Bedeutung aber in den kommenden Jahren wohl zunehmen wird. So sollen mittelfristige Prognoseinstrumente sowohl der Arbeit in der Abteilung Makroökonomik als auch in der Strukturökonomik-Abteilung zugute kommen.

Im Jahr 2006 wurden vorbereitende Arbeiten zu drei für das Jahr 2007 vorgesehene Projekte geleistet: „Integration von Vermögenspreisen als Erwartungsindikatoren in die IWH-Konjunkturmodelle“, „Ein Modell für die mittel- und langfristige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland“ und „Theoretisch fundierte Quantifizierung von Währungskrisenrisiken“.

Theoretisch fundierte Quantifizierung von Währungskrisenrisiken

Das IWH hat speziell für Mitteleuropa einen Signalansatz zur Prävention von Währungskrisen entwickelt. Er hat sich in den vergangenen Jahren (und auch im Jahr 2006; siehe Gabrisch/Lösel in *Wirtschaft im Wandel* 8/2006) als nützliches Instrument zur Identifizierung von Risiken im Rahmen internationaler Konjunkturprognosen bewährt. Zugleich kann er auch der Industrieökonomik-Abteilung Hinweise darauf geben, welche Wege der Finanzmarktregulierung bei der Prävention und Bekämpfung von Währungskrisenrisiken erfolgversprechend sind.

Der Signalansatz wurde im Berichtsjahr erfolgreich auf seine Robustheit getestet, indem er auf Währungskrisen in Südafrika angewendet wurde (Knedlik 2006). Das bei dieser Arbeit entstandene Diskussionspapier wurde im Oktober 2006 auf der „1st Conference on Macroeconomic Policy Challenges for South Africa“ der South African Reserve Bank in Pretoria vorgestellt.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Knedlik, Tobias: Signaling Currency Crises in South Africa. IWH-Diskussionspapiere 19/2006.

Forschungsschwerpunkt Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen

Leitung: Dr. Herbert S. Buscher

Die Thematik steht in einem engen Zusammenhang mit den Folgen der Globalisierung der Volkswirtschaften und ihren Auswirkungen auf bestimmte Teile der Bevölkerung. Technologischer Fortschritt, mehr wissensbasierte Arbeitsplätze, kürzere Produktlebenszyklen, verstärkter Wettbewerb unter den Unternehmen, lebenslanges Lernen und sich rasch ändernde Erwerbsformen zwingen die Betroffenen, sich schneller und flexibler veränderten Erwerbsbedingungen anzupassen. Dies wird einem Teil der Bevölkerung besser gelingen als dem anderen, so daß es beständig Gewinner und Verlierer derartiger Prozesse geben wird. Der Forschungsschwerpunkt Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen befaßt sich verstärkt mit den „Verlierern“ dieser Prozesse und fragt nach den Mechanismen, die zu einer Überwindung dieser Situation führen können.

Die zentralen Fragestellungen in diesem Forschungsschwerpunkt sind:

- Welche Personengruppen befinden sich verstärkt in prekären Einkommens- und Beschäftigungsgruppen wieder (hinsichtlich der Qualifikation, des Geschlechts, der räumlichen Umgebung, des Alters und Familienstands etc.) und wie lange dauert im Durchschnitt der Verbleib in einer prekären Einkommenslage?
- Wie reagieren die von prekären Lebenslagen betroffenen Personengruppen auf ihre Situation und welche Beschäftigungsformen weisen ein hohes Risiko auf, in eine solche Lage zu geraten?
- Wie wirken soziale Transfers und ökonomische Anreizsysteme (Mindestlohn, Kombi-Lohn, Workfare) auf die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme und als Motor, um aus einer prekären Lebenslage zu entkommen?
- Sind prekäre Lebenslagen eher ein temporäres Phänomen für die Betroffenen oder bilden sie eine dauerhafte Falle, der man praktisch nicht entfliehen kann?

- Welche Rolle spielen Unternehmen für den Niedriglohnbereich durch ihre spezifische qualifikatorische Arbeitsnachfrage?

Der 2006 konstituierte Forschungsschwerpunkt begann mit einer Analyse der Einkommensverteilung, untergliedert nach West- und Ostdeutschland. Untersucht wurde die Verteilung äquivalenz-gewichteter Einkommen in den Jahren 1998 und 2002 mit Hilfe des Mikrozensus. Ein wesentlicher Fragenkomplex befaßte sich mit dem Thema der relativen Armut und möglichen Faktoren, die Lebensgemeinschaften temporär oder dauerhaft in prekäre Lebenslagen bringen können. Weitere Themen, die sich in Bearbeitung befinden, sind die Frage nach Wert und Verwertbarkeit von Bildung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt (Eva Reinowski), die Untersuchung von Veränderungen qualifikationsadäquater Beschäftigungschancen (Andrea Gauselmann), die Finanzierung beruflicher Weiterbildung bei befristeter Beschäftigung (Jan Sauer mann und Eva Reinowski) sowie Fragen zum Wandel der Erwerbsformen.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Buscher, Herbert S.; Parys, J.: Prekäre Einkommenslagen in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, in: Allgemeines Statistisches Archiv 90 (4), 2006, S. 597-618.

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops

„Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde des Forschungsprojekts ‚Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung‘“

Experten-Workshop am 30. Januar 2006, Berlin

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik

Am 30. Januar 2006 fand in den Räumen des BMVBS in Berlin der Workshop „Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde des Forschungsprojekts ‚Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung‘“ statt, bei dem es darum ging, die vorläufigen Ergebnisse einer Studie vorzustellen und zu diskutieren, die das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) in Kooperation mit dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturentwicklung, Erkner, (IRS) und der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, hatte die Aufgaben,

- den Umfang der wichtigsten durch die bundesdeutsche interregionale Ausgleichspolitik induzierten Finanzströme und die räumliche Verteilung der Geber- und Nehmerregionen darzustellen,
- die durch die Ausgleichspolitik in den Geber- und Nehmerregionen induzierten bzw. unterbliebenen regionalökonomischen Effekte zu ermitteln,
- mögliche Alternativen zur heutigen Ausgestaltung von ausgleichspolitischen Maßnahmen zu diskutieren.

Auf der Grundlage der vorläufigen Projektergebnisse wurden im Rahmen des Workshops wissenschaftlich begründete Empfehlungen zu einer Gestaltung interregionaler Ausgleichspolitik vorgestellt. Abschließend wurden in einer größeren Expertenrunde Perspektiven für Reformen im Bereich der interregionalen Ausgleichspolitik diskutiert.

„Input-Output-Analyse“

3. Workshop am 16. und 17. Februar 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Am 16. und 17. Februar fand in Halle am Institut für Wirtschaftsforschung das dritte Treffen von Input-Output-Experten aus dem deutschsprachigen Raum statt. Die Referenten aus dem Statistischen Bundesamt und aus dem Statistischen Amt der Europäischen Union berichteten über aktuelle Entwicklungen bei der Erstellung nationaler Input-Output-Tabellen sowie über ihre amtliche Nutzung in Deutschland. Ergänzt wurden diese Beiträge um die Diskussion eines Grundsatzproblems der Deflationierung monetärer Größen bei realer Rechnung mit Vorjahrespreisen sowie um die Präsentation der Ziele und Probleme bei der Abbildung stofflicher Ströme in physischen Einheiten im Input-Output-Zusammenhang. In weiteren Beiträgen wurden die Fortschritte bei der Arbeit an einer historischen Input-Output-Tabelle für das Deutsche Reich im Jahr 1936, die Arbeiten an einem internationalen Projekt zur Produktivitätsmessung mit der Input-Output-Methode, eine Studie über die konsuminduzierten Verkehrsleistungen sowie neuere Ergebnisse aus der Analyse der Exportaktivitäten in Verbindung mit ihrer wachsenden Durchdringung mit Vorleistungsimporten („Basarökonomie“) präsentiert.

„Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union“

EU-STREP Kick-off Conference am 7. und 8. März 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Johannes Stephan, Leiter der Abteilung Industrieökonomik

Am IWH wurde am 7. und 8. März eine Eröffnungskonferenz für ein neu eingeworbenes EU-Antragsprojekt gehalten. Insgesamt diskutierten 30 Wissenschaftler aus West- und Osteuropa, den USA und Japan über die Implikationen des Übergangs zu einer wissensbasierten Wirtschaft in Europa.

Das Projekt mit dem Titel „Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union“ startete im März 2006, hat eine Laufzeit von drei Jahren und mobilisiert ein Budget von knapp 2 Mio. Euro.

Nähere Informationen zu dem Projekt finden sich unter: <http://www.iwh-halle.de/projects/uknow/index.html>

„*Money in Business Cycles – MiB*“

Workshop des internationalen Forschungsnetzwerks „Money in Business Cycles – MiB“ am 19. Mai 2006, Frankfurt am Main

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Makroökonomik, *PD Dr. Albrecht Michler*, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Die Mitglieder des internationalen Forschungsnetzwerks „Money in Business Cycles – MiB“ trafen sich am 19. Mai 2006 zu ihrem dritten Workshop in Frankfurt am Main. Die Veranstaltung wurde vorbereitet und geleitet durch die Initiatoren des Netzwerks, Dr. Diemo Dietrich (IWH) und PD Dr. Albrecht Michler (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Es wurden aktuelle Forschungsprojekte des Netzwerks diskutiert, die sich mit Fragen der Transmission geldpolitischer Impulse befassen. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag von Herrn Professor Dr. Hermann Remspurger (Deutsche Bundesbank), der als Gastredner zu „Geldpolitik und globale Ungleichgewichte“ referierte.

Weitere Informationen: Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

„*1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop – HEPAW*“

Workshop des IWH und des IAMO am 20. und 21. Juni 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Christian Growitsch (IWH), *PD Dr. Heinrich Hockmann* (IAMO)

Am 20. und 21. Juni 2006 veranstaltete das IWH gemeinsam mit dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einen Workshop zu den Themen Effizienz- und Produktivitätsanalysen, den „1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop – HEPAW“. Ziel des Workshops war die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre und verwandten Gebieten. Die vorgestellten theoretischen und empirischen Arbeiten behandelten dabei Aspekte wie den Zusammenhang von Produktprei-

sen und -qualität, die Effizienz von deutschen Universitäten und regionalem ÖPNV, der deutschen Elektrizitätswirtschaft wie der europäischen Eisenbahnindustrie. Außerdem wurde aktuelle internationale agrarwirtschaftliche Forschung vorgestellt. Als Keynote Speaker konnten die international ausgewiesenen Wissenschaftler Prof. Tim Coelli, University of Queensland, und Prof. Subal Kumbhakar, Binghamton University, gewonnen werden, die auf beeindruckende Weise neueste theoretische Erkenntnisse aus dem Bereich der Effizienzanalyse vorgestellt haben.

„Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“

2. Forum am 23. und 24. Juni 2006, Tutzing

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Ulrich Blum, Präsident des IWH, *Professor Dr. Heinrich Oberreuter*, Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Die Tagung „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“, die bereits zum zweiten Mal mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung in Zusammenarbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing stattfand, thematisierte in diesem Jahr neben der historischen und ordnungspolitischen Bedeutung des Werks von J. S. Mill auch grundlegende Fragen der Wirtschaftsethik sowie der Wirtschafts- und Sozialordnung. Dabei kamen im Spannungsfeld zwischen „Liberalismus, Sozialismus und Sozialstaat“ zahlreiche Meinungsbilder der verschiedenen Teilnehmer des vielschichtigen Publikums zum Ausdruck. Es wurde im allgemeinen die Wichtigkeit dieser Thematik insbesondere in der heutigen Zeit hervorgehoben. Dies äußerte sich auch in den Gesprächen am Rande der Tagung. Folgende Personen konnten als Vortragende gewonnen werden: Herr Rodenstock (Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft), Frau Stewens (Staatsministerin, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), Herr Professor Dr. Abländer (Universität Kassel), Herr Professor Dr. Sutor (Katholische Universität Eichstätt), Herr Dr. Pfister (Chefvolkswirt der BayernLB), Herr Professor Dr. Kromphardt (TU Berlin), Herr Professor Dr. Pysz (Hochschule für Finanzen und Management Bialystok), Herr Professor Dr. Dyba (Wirtschaftsminister der Tschechischen Republik a. D.) und Herr Professor Dr. Blum (Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle).

Die Beiträge sind als Tagungsband im IWH Sonderheft 1/2007 erschienen.

„Monetary and Financial Economics“

Workshop des IWH, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und des Volkswirtschaftlichen Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank am 29. und 30. Juni 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Makroökonomik

Der bereits zum vierten Mal in Halle durchgeführte internationale Workshop wurde wieder gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erstmals auch mit dem Volkswirtschaftlichen Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank organisiert. Dieser Workshop richtet sich an Nachwuchswissenschaftler und bietet diesen ein Forum, ihre Forschungsergebnisse zur Diskussion zu stellen und einer kritischen Bewertung durch ausgewiesene Hochschullehrer und erfahrene Wissenschaftler zu unterziehen. Es wurden unter anderem Arbeiten vorgestellt, die sich mit Fragen der praktischen Geldpolitik, der Funktionsweise von Bankensystemen oder auch mit Problemen der monetären Makroökonomik befaßten.

Weitere Informationen: Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

„Time Series Analysis and Economic Forecasting“

Workshop am 14. Juli 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
PD Dr. Joachim Wilde, Chefökonometriker des IWH

Das IWH veranstaltete am 14. Juli 2006 einen Workshop zur Zeitreihenanalyse und makroökonomischen Prognose. Gegenstand waren zum einen moderne Testverfahren, die auch bei schwacher Identifikation noch zuverlässige Ergebnisse lieferten. Zum anderen wurde das makroökonomische Prognosemodell des IWH vorgestellt und Weiterentwicklungsmöglichkeiten desselben diskutiert.

„Arbeitsmärkte und Mobilität“

3. IWH-IAB Workshop am 9. und 10. November 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

PD Dr. Joachim Wilde, Chefökonometriker des IWH

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) führten ihren dritten Workshop zur Arbeitsmarktpolitik durch. Das Thema lautete „Arbeitsmärkte und Mobilität“. Der Schwerpunkt der Analysen lag auf der Untersuchung der Bedeutung der räumlichen Mobilität sowie des Wechsels zwischen Berufen und/oder Betrieben für die Überwindung der Arbeitslosigkeit und für eine effizientere Arbeitskräfteallokation. Diese Fragestellungen wurden sowohl aus ökonomischer als auch aus soziologischer Sicht diskutiert und die Ergebnisse für die Bewertung aktueller politischer Thesen genutzt.

„Halle Forum on Urban Economic Growth“

Tagung am 23. November 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik

Das IWH veranstaltete unter Federführung der Abteilung Stadtökonomik am 23. November 2006 einen international besetzten Workshop mit dem Oberthema „Determinanten des städtischen Wirtschaftswachstums und relevante Entwicklungen in urbanen Räumen“. Die vorgestellten wissenschaftlichen Beiträge behandelten die Themenbereiche Wissensspillovers und Agglomerationsvorteile, innerstädtische Wohnortwahl und Stadtstruktur, Größenvorteile in der kommunalen Wasserversorgung, informelle Ökonomie und Bereitstellung öffentlicher Räume sowie die Frage der Ausrichtung der Regionalpolitik in den neuen EU-Mitgliedsländern auf die Förderung von Agglomerationsräumen. Abgerundet wurde die Tagung durch einen Vortrag zur derzeitigen Praxis der Stadtentwicklungspolitik in Sachsen-Anhalt.

„Makroökonomie“

7. Workshop am 7. und 8. Dezember 2006, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

PD Dr. Joachim Wilde, Chefökonometer des IWH

Am 7. und 8. Dezember 2006 fand am Institut für Wirtschaftsforschung Halle der 7. Makroökonomische Workshop statt. Der Workshop wurde gegenüber den Vorjahren durch die Gewinnung international renommierter Keynote Speaker aufgewertet. Die Sitzungen zu den Themen „Forecasting Evaluation in Macroeconomics“ (Keynote Speaker: Prof. Lutz Kilian), „Structural Models and Forecasting“ (Keynote Speaker: Prof. Helmut Lütkepohl) und „Structural Models and New Philipps Curves“ (Keynote Speaker: Prof. Jean-Marie Dufour) sowie eine abschließende Diskussionsrunde der Keynote Speaker zu der Frage „Is Macroeconomics Back?“ zeigten aktuelle Entwicklungen der makroökonomischen Forschung und deren Bedeutung vor dem Hintergrund der Verbreitung von Gleichgewichtsmodellen auf.

Gastvorträge

„Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme im Mittleren Westen der USA unter besonderer Berücksichtigung der Städte“

Frau Marianne Windholtz, Ohio, USA, 25. April 2006.

“Does Export Openness Increase Firm-level Volatility?”

Professor Dr. Claudia Buch, Eberhard-Karls-Universität Tübingen,
19. Juni 2006.

„Der Stadtbau in Ostdeutschland – Versuch einer kritischen Überprüfung der Subventionierung des Abrisses“

PD Dr. Kristof Dascher, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder
19. Juli 2006.

„Grassroots NGO Volunteer Activity Programme and Rural Economic Development: A Case of Hill-tribe Villages in Thailand“

Professor Tatsuhiko Kawashima, Gakushuin Universität Tokio,
5. Oktober 2006.

„ROXY-index Analysis of Spatial Cycles: Recent Re-centralization Processes of Population in the Tokyo Metropolitan Area“

Professor Tatsuhiko Kawashima, Gakushuin Universität Tokio,
10. Oktober 2006.

„Wettbewerbspolitik in Deutschland – Der Fall Springer – Pro7/Sat1“

Dr. Andreas Arndt, Monopolkommission, 13. Oktober 2006.

„The Slow Death of East Germany – Regional Labor Markets, Network Externalities and Migration“

Professor Dr. Harald Uhlig, Humboldt-Universität zu Berlin,
4. Dezember 2006.

Gastaufenthalte

Frau Marianne Windholtz aus Ohio, USA, war vom 27. März bis 31. Mai 2006 zu Gast in der Abteilung Stadtökonomik. Frau Windholtz schrieb ihre Master-Thesis zum Thema „Microenterprise Development in the US and Eastern Germany: A Comparative Model“ und beschäftigte sich speziell mit Microloans. Hierbei untersuchte sie u. a. die unterschiedlichen Ansätze der Wirtschaftsförderung auf der Länder- und der kommunalen Ebene. Hinsichtlich der USA konzentrierte sie sich auf die Länder Ohio, Michigan, Kentucky und Tennessee.

Professor Jean-Marie Dufour, Université de Montréal, Kanada, war im Rahmen des Konrad Adenauer-Forschungspreises der Alexander von Humboldt-Stiftung in der Zeit vom

3. bis 16. Juli,

3. bis 21. Oktober und

5. bis 16. Dezember 2006 Gastprofessor am Institut.

Forschungsaufenthalte

Dr. Diemo Dietrich hatte vom 10. bis zum 30. Juli 2006 einen Forschungsaufenthalt beim Deutsche Bundesbank Economic Research Centre (Frankfurt/Main). Gemeinsam mit Dr. Falko Fecht (Deutsche Bundesbank) forschte er hier unter der Leitung von Professor Dr. Heinz Herrmann zum Thema „Multinationale Banken und Finanzstabilität“.

Dr. Jutta Günther war in der Zeit vom 7. bis 18. August 2006 als Gastwissenschaftlerin am NIFU STEP (Norwegian Institute for Studies in Research and Education/Centre for Innovation Research) in Oslo. NIFU STEP ist Partner in dem vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle koordinierten EU-Projekt (STREP) „U-know“.

Publikations- und Vortragstätigkeit,
Wissenschaftliche Beratung,
Mitarbeit in Organisationen

Publikationen des IWH

Wirtschaft im Wandel

- 1/2006 Editorial
Hubert Gabrisch
- Aktuelle Trends:
Tarifbindung in der ostdeutschen Industrie weiter auf dem Rückzug
Sophie Wörsdorfer
- Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf
Arbeitskreis Konjunktur
- Bedingungen der Wissensweitergabe von neuen Mitarbeitern in Unternehmen – eine spieltheoretische Analyse
Sidonia von Ledebur
- IWH-Bauumfrage im Dezember 2005:
Aufhellung hält bis zum Jahresende an
Brigitte Loose
- 2/2006 Editorial
Ulrich Blum
- Rente mit 67? – ein Kommentar
Herbert S. Buscher
- Ineffiziente Strukturen in der deutschen Kommunalwirtschaft?
– Das Beispiel der Trinkwasserversorgung in Ostdeutschland
Peter Haug
- Hartz IV: zu wenig aus der Sozialhilfe gelernt
Joachim Wilde
- Neue Orientierung für die deutsche Raumentwicklungspolitik?
– ein Bericht über einen Workshop im IWH
Gerhard Heimpold
- IWH-Bauumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2006:
etwas stabilere Ertragslage, Erwartungen weniger pessimistisch
Brigitte Loose

IWH-Industrienumfrage im Januar 2006:
Optimistische Erwartungen heizen das Geschäftsklima an
Sophie Wörsdorfer

3/2006 Editorial
Udo Ludwig

Aktuelle Trends: Anteil der ausschließlich geringfügig
Beschäftigten in einigen Berufsbereichen stark angestiegen
Cornelia Lang

Konjunktur aktuell: Frühjahr 2006: Weltwirtschaft:
Weiter im Aufschwung – Deutschland: Politik löst temporären
Nachfrageschub aus
Arbeitskreis Konjunktur

Wachstumsorientierte Neuausrichtung des Solidarpakts II
Joachim Ragnitz

Wissenskomplementarität und Produktivitätswachstum in
ausländischen Tochterunternehmen in Mittel- und Osteuropa
Björn Jindra

Das deutsche Anerkennungs- und Akkreditierungssystem vor
neuen Herausforderungen
Ulrich Blum, Isabelle Jänchen

IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt
2006: Umsatzprognose auch 2006 ohne Beschäftigungseffekte
Sophie Wörsdorfer

IWH-Baumfrage im Februar 2006:
Stimmungsaufschwung trotz anhaltend kalten Winters
Brigitte Loose

4/2006 Editorial
Johannes Stephan

Wie gut sind die deutschen Wasserversorger?
Einige kritische Anmerkungen zum „Branchenbild der
deutschen Wasserwirtschaft“ – ein Kommentar
Peter Haug

Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung
des Reformkurses

Martina Kämpfe

Die Arbeitszeitgestaltung in der EU aus Sicht der Beschäftigten:
Ergebnisse des ad hoc labour market surveys

Cornelia Lang

VGR – Revision attestiert den neuen Bundesländern stärkeres
Wachstum der Produktion

Udo Ludwig

IWH-Industrienumfrage im März 2006: Hochstimmung hält an

Cornelia Lang

5/2006 Editorial

Udo Ludwig

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft mit schwachem Start

Udo Ludwig

Netzinvestitionen und Regulierungsandrohung: Vermeidung
der Monopolbildung oder des Infrastrukturausbaus?

Christian Growitsch, Niels Krap

Langfristige Entwicklung der Gesamtkapitalrenditen
– eine empirische Panelanalyse

Olaf Neubert

Fiskalische Einsparpotentiale einer Kreisstrukturreform
in Sachsen-Anhalt

Simone Scharfe

IWH-Bauumfrage im April 2006: Kräftige Frühjahrsbelebung

Brigitte Loose

6/2006 Editorial

Joachim Ragnitz

Aktuelle Trends: Importgehalt der in Deutschland produzierten
Exportgüter gesunken

Hans-Ulrich Brautzsch

Konjunktur aktuell: Trotz steigender Abwärtsrisiken
legt die Binnenkonjunktur in Deutschland vorübergehend
einen höheren Gang ein
Arbeitskreis Konjunktur

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage
Hans-Ulrich Brautzsch

Ich-AG, Überbrückungsgeld und der neue Gründungszuschuß
– Effizientere Förderung oder nur Haushaltssanierung?
Herbert S. Buscher

Eine Methode zur Bewertung peripherer Einzelhandelsstandorte
dargestellt am Beispiel des Einkaufsparks Nova Eventis
Alexander Kubis, Maria Hartmann

IWH-Industrienumfrage im Mai 2006: Stimmungsaufschwung
erreicht die mittelständischen Unternehmen
Cornelia Lang

7/2006 Editorial
Hubert Gabrisch

Aktuelle Trends:
Jeder zweite Zusatzjob wird im Osten angeboten
Hans-Ulrich Brautzsch

Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt
erneut im Ost-West-Vergleich zurück
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

Entwicklungen in der Effizienz- und Produktivitätsforschung
– ein Bericht über den 1st Halle Efficiency and
Productivity Analysis Workshop
Christian Growitsch, Heinrich Hockmann

IWH-Baumfrage im Juni 2006: Stimmung anhaltend gut
Brigitte Loose

8/2006 Editorial
Ulrich Blum

Gesundheitsreform: Einnahmenerhöhung statt Strukturreform
Ingmar Kumpmann

Wachsende Heterogenität in der Humankapitalausstattung
der Bundesländer

Bianca Brandenburg

Verbundvorteile für den Börsengang der Deutschen Bahn
ausreichend berücksichtigt?

Christian Growitsch, Heike Wetzel

IWH-Signalansatz: Das gegenwärtige Finanzkrisenpotential in
ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas und der Türkei

Hubert Gabrisch, Simone Lösel

IWH-Industrienumfrage im Juli 2006: Geschäftslage stabil,
Geschäftserwartungen leicht eingetrübt

Cornelia Lang

9/2006 Editorial

Ulrich Blum

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer: Höhepunkt
der konjunkturellen Beschleunigung im Jahr 2006 erreicht

Udo Ludwig

Konjunktur aktuell:

Deutsche Binnenkonjunktur nur 2006 in Schwung

Arbeitskreis Konjunktur

Patentverwertungsagenturen und der Wissenstransfer
von Hochschulen – ein Literaturüberblick

Sidonia von Ledebur

Produktivitäts- und Beschäftigungseffekte
der Mitarbeiterbeteiligung

Ulrich Blum

IWH-Bauumfrage im August 2006:

Stimmungsverbesserung flacht ab

Brigitte Loose

10/2006 Editorial

Hubert Gabrisch

Aktuelle Trends: Warenexport:

Motor der Industriekonjunktur in den neuen Bundesländern

Udo Ludwig

Unter welchen Bedingungen profitieren einheimische
Zuliefererunternehmen von ausländischen Direktinvestitionen?
Björn Jindra, Johannes Stephan

Internationale Rankings der Wettbewerbsfähigkeit
von Volkswirtschaften:
geringer diagnostischer und prognostischer Aussagegehalt
Harald Lehmann

Treiben Immobilienpreise die gesamtwirtschaftliche
Konsumnachfrage?
Marian Berneburg, Axel Lindner

IWH-Industrienumfrage im September 2006: Lagehoch
überschritten, Geschäftserwartungen weiterhin im Aufwind
Cornelia Lang

11/2006 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends: Rendite in der ostdeutschen Industrie auch
2004 höher als im Westen
Hans-Ulrich Brautzsch

Hochschulpolitik vor wichtiger Entscheidung:
Wachstumschancen der ostdeutschen Hochschulstädte dürfen
nicht verbaut werden! – ein Kommentar
Peter Franz

Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand:
Die Geber- und Nehmerregionen und ihre Wirtschaftsleistung
Gerhard Heimpold, Peter Franz

Zu alt für den Arbeitsmarkt?
Der Einfluß des Alters auf die Produktivität
Lutz Schneider

Entwicklungshilfe und ökonomische Freiheit:
Besteht ein Zusammenhang?
Tobias Knedlik, Franz Kronthaler

IWH-Baumfrage im Oktober 2006:
Tendenzwende beim Geschäftsklima
Brigitte Loose

12/2006 Editorial

Ulrich Blum

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Kräftiges Produktionswachstum hält bis Jahresende an

Udo Ludwig

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage

Hans-Ulrich Brautzsch

Polen: Gute Konjunktur trotz politischer Unsicherheiten

Martina Kämpfe

Schwierigkeiten der Investitionsförderung
– Der Fall CargoLifter AG

Mirko Titze

IWH-Industrienumfrage im November 2006:

Lageeinbruch wieder wettgemacht

Cornelia Lang

1. Sonderausgabe 2006

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Frühjahr 2006 –

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e.V., Berlin:

DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
Halle, RWI Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 26. April 2006

2. Sonderausgabe 2006

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Herbst 2006 –

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e.V., Berlin:

DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
Halle, RWI Essen

Abgeschlossen in München am 17. Oktober 2006

IWH-Sonderhefte

- 1/2006 *Udo Ludwig*
Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels
– Tagungsband –
Beiträge zum Workshop des IAB und IWH 2005
- 2/2006 *Walter Komar*
Kooperationsverhalten, Vernetzung und einzelwirtschaftliche
Effekte von Unternehmen der Kunststoff- und Biotechnologie-
branche in Mitteldeutschland
- 3/2006 Menschenwürdige Wirtschaftsordnung – Beiträge zur Tagung
2005 in Tutzing
- 4/2006 *Diana Roth*
Die Wissenschaftseinrichtungen als Standortfaktor:
eine handlungsorientierte empirische Untersuchung über das
Wissenstransferpotential in einer Region, dargestellt am Beispiel
der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle
- 5/2006 *Martin T. W. Rosenfeld, Peter Franz, Jutta Günther,
Gerhard Heimpold, Franz Kronthaler*
Ökonomische Entwicklungskerne in ostdeutschen Regionen:
Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und
innovative Kompetenzfelder der Wirtschaft. Gutachten im
Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung
(BBR)
- 6/2006 *Martin Wengler*
Wechselwirkungen zwischen der finanzintermediatorischen
Tätigkeit kommunaler Kreditinstitute und dem kommunalen
Raum – Eine institutionenökonomische und empirische Untersu-
chung am Beispiel der Sparkassen in den neuen Bundesländern

Schriften des IWH Nomos-Verlagsgesellschaft

- Bd. 23 *Joachim Wilde*
Determinanten des Sozialhilfebezugs
– Ökonometrische Studien zu Anreizethik und Simultanität
der sozialen Grundsicherung –
- Bd. 24 *Ulrich Heilemann, Harald Lehmann, Joachim Ragnitz (Hrsg.)*
Länder-Rankings und internationale Wettbewerbsfähigkeit.
Eine kritische Analyse
- Bd. 25 *Peter Haug, Martin T. W. Rosenfeld (Hrsg.)*
Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft
– Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft 2005 –

IWH-Diskussionspapiere

- Nr. 1/2006 Ein Konzept der Anreizethik zur Weiterentwicklung
der sozialen Grundsicherung nach Hartz IV
Joachim Wilde
- Nr. 2/2006 Prekäre Einkommenslagen in Deutschland:
Ein Ost-West-Vergleich 1996 bis 2002
Herbert S. Buscher, Juliane Parys
- Nr. 3/2006 A Game Theoretic Analysis of the Conditions of Knowledge
Transfer by new Employees in Companies
Sidonia von Ledebur
- Nr. 4/2006 Asset Tangibility and Capital Allocation within
Multinational Corporations
Diemo Dietrich
- Nr. 5/2006 Economies of Scope in European Railways:
An Efficiency Analysis
Christian Growitsch, Heike Wetzel

- Nr. 6/2006 Progressivity and Flexibility in Developing an Effective Competition Regime: Using Experiences of Poland, Ukraine, and South Africa for Developing Countries
Franz Kronthaler, Johannes Stephan
- Nr. 7/2006 Network Investment and the Threat of Regulation – Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Construction?
Ulrich Blum, Christian Growitsch, Niels Krap
- Nr. 8/2006 Forced to Freedom? Empirical Relations between Aid and Economic Freedom
Tobias Knedlik, Franz Kronthaler
- Nr. 9/2006 „Arbeitsplatzausstattung“ und „Arbeitsplatzlücke“ nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland
Hans-Ulrich Brautzsch, Johann Fuchs, Cornelia Lang
- Nr. 10/2006 Die Verlustverteilung des unternehmerischen Forderungsausfallrisikos
– Eine simulationsbasierte Modellierung
Henry Dannenberg
- Nr. 11/2006 Original Sin – Analysing its Mechanics and a Proposed Remedy in a Simple Macroeconomic Model
Axel Lindner
- Nr. 12/2006 Vertical Intra-Industry Trade between EU and Accession Countries
Hubert Gabrisch
- Nr. 13/2006 Sind ältere Beschäftigte weniger produktiv?
Eine empirische Analyse anhand des LIAB
Lutz Schneider
- Nr. 14/2006 Who Invests in Training if Contracts are Temporary?
– Empirical Evidence for Germany Using Selection Correction
Jan Sauermann
- Nr. 15/2006 Möglichkeiten und Grenzen des Matching-Ansatzes
– am Beispiel der betrieblichen Mitbestimmung
Birgit Schultz

- Nr. 16/2006 Excess Volatility in European Equity Style Indices
– New Evidence
Marian Berneburg
- Nr. 17/2006 Microeconomic Evaluation of Selected ESF-funded
ALMP-Programmes
Eva Reinowski, Birgit Schultz
- Nr. 18/2006 Banks' Internationalization Strategies:
The Role of Bank Capital Regulation
Diemo Dietrich, Uwe Vollmer
- Nr. 19/2006 Signaling Currency Crises in South Africa
Tobias Knedlik
- Nr. 20/2006 Implementing an International Lender of Last Resort
Tobias Knedlik
- Nr. 21/2006 The Role of Banking Portfolios in the Transmission from
Currency Crises to Banking Crises
– Potential Effects of Basel II
Tobias Knedlik, Johannes Stöbel

Externe Publikationen

Referierte Journals

- Buscher, Herbert S.; Parys, J.:* Prekäre Einkommenslagen in Deutschland.
Ein Ost-West-Vergleich, in: Allgemeines Statistisches Archiv 90
(4), 2006, S. 597-618.
- Dreger, Christian; Kosfeld, R.:* Threshold for Employment and Unem-
ployment. A Spatial Analysis of German RLM's 1992-2000.
Papers in Regional Science, Vol. 85 (2006), No. 4, pp. 512-534.

- Gabrisch, Hubert; Buscher, Herbert S.:* The Relationship between Unemployment and Output in Post-Communist Countries. *Post-Communist Economies*, Vol. 18 (2006), No. 3, pp. 261-276.
- Growitsch, Christian; Schade, K.-D.; Schwarze, R.; Schwintowski, H.-P.; Wein, T.:* Risikoorientierte Prämiendifferenzierung in der Kfz-Haftpflichtversicherung: mehr Prämiengerechtigkeit und weniger Verkehrsunfälle? *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, Vol 95 (2), S. 225-249.
- Lindner, Axel:* Does Transparency of Central Banks Produce Multiple Equilibria on Currency Markets? *Scandinavian Journal of Economics* 108 (1), 2006, pp. 1-14.
- Ludwig, Udo; Hall, J.:* Economic Convergence Across German Regions in Light of Empirical Findings, in: *Cambridge Journal of Economics*. Oxford University Press, 2006, pp. 941-953.
- Knedlik, Tobias:* Estimating Monetary Policy Rules for South Africa. *South African Journal of Economics*, Vol. 74 (2006), No. 4, pp. 626-641.
- Knedlik, Tobias:* Are Botswana and Mozambique ready for CMA Enlargement?, in: *Botswana Journal of Economics*, 3 (6), pp. 61-70, September 2006.
- Nerré, Birger:* The Concept of Tax Culture, in: *Intereconomics/Review of European Economic Policy*, Vol. 41, No. 4, 2006, pp. 189-194.
- Reinowski, Eva:* Mikroökonomische Evaluation und das Selektionsproblem, in: *Zeitschrift für Evaluation* 2/2006, S. 187-226.
- Schultz, Birgit:* Mikroökonomische Evaluation der ökonomischen Wirkungen betrieblicher Mitbestimmung – Möglichkeiten und Grenzen des Matching-Ansatzes. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 2006, S. 519-536.
- Stephan, Johannes:* Firm-specific Determinants of Productivity Gaps between East and West German Industrial Branches. *East West Journal of Economics and Business*, Vol. VII, No. 2, 2006, pp. 11-38.

Nichtreferierte Journals

- Blum, Ulrich:* Das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftsunternehmen und Stadt. Die Wohnungswirtschaft, Vol 59, No. 3, 2006, S. 66-67.
- Blum, Ulrich; Gleißner, W.:* Unternehmensbewertung, Rating und Risikobewältigung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, Vol. 55, Heft 3-4, 2006, S. 113-122.
- Brautzsch, Hans-Ulrich; Lang, Cornelia:* Ist die Frauenbeschäftigung im Osten höher als im Westen?, in: Bundesarbeitsblatt 7/2006, S. 4-8.
- Dannenberg, Henry:* Hausgemachte (Forderungsausfall)-Risiken – IWH Studie: Kreditoreneigenschaften beeinflussen die Liquidität, in: inForm Magazin für Risikomanagement, Ausgabe 32, März 2006, S. 6-9.
- Dannenberg, Henry:* Können Kreditoreneigenschaften das Forderungsausfallrisiko bestimmen? Teil 1, in: Der Credit Manager, 2/2006, S. 27-30.
- Dannenberg, Henry:* Können Kreditoreneigenschaften das Forderungsausfallrisiko bestimmen? Teil 2, in: Der Credit Manager, 3/2006, S. 21-24.
- Dannenberg, Henry:* Erkennen und Bewerten von Mitarbeiter Risiken. Entwicklung einer Verteilungsfunktion des Mitarbeiter Risikos, in: Risiko Manager, 23, 2006, S. 1-7.
- Dannenberg, Henry; Stephan, Johannes; Günther, E.; Blum, Ulrich; Fritzsche, A.:* Unternehmenssteuerung im klimapolitischen Umfeld (CO₂-Navigator), in: Dresdner Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre, Nr. 121/06, 2006.
- Dietrich, Diemo:* Die Bedeutung interner Kapitalmärkte für die Organisationsform von Unternehmen, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium – WiSt, 35. Jahrgang, Heft 1. Verlag Vahlen: München 2006, S. 8-13.

- Kumpmann, Ingmar:* Das Grundeinkommen – Potentiale und Grenzen eines Reformvorschlages, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 86 (2006), Heft 9, S. 595-601.
- Loose, Brigitte; Ludwig, Udo:* Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bauwirtschaft und räumliche Entwicklung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10, 2006, S. 575-588.
- Ragnitz, Joachim:* Investivlöhne – Ein Instrument, kein Ziel, in: Wirtschaftsdienst, Heft 2/2006.
- Ragnitz, Joachim:* Schrumpfende Regionen in Ostdeutschland – Bleibt die Angleichung der Lebensverhältnisse eine Illusion?, in: Berliner Debatte Initial, 6/2005, S. 4-12.
- Ragnitz, Joachim:* Zur Verwendung der Solidarpakt-Mittel durch die ostdeutschen Länder, in: Deutschland-Archiv, Nr. 4/2006, S. 581-585.
- Ragnitz, Joachim:* Grips und Beton, in: perspektive 21, Heft 31/2006, S. 47-60.
- Ragnitz, Joachim:* Falsche Prioritäten. Finanzpolitische Probleme der neuen Länder, in: Forschung und Lehre, 4/2006, S. 190-191.
- Reinowski, Eva; Steiner, C.:* Armut von jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 75 (1), 2006, S. 89-107.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* Interregional Support Policy for East German Regions, in: German Annual of Spatial Research and Policy, Volume 1 (2006), S. 79-89.
- Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard:* Wo liegen die ökonomischen Entwicklungskerne Ostdeutschlands? Ergebnisse einer Untersuchung zu den Branchenschwerpunkten, Unternehmensnetzwerken und innovativen Kompetenzfeldern in den ostdeutschen Regionen, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Regionale Strukturpolitik – quo vadis? Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9, 2006, S. 495-504.

Scharfe, Simone; Tautenhahn, K.: Vielfältigkeit eines Hybridberufes: Mechatronikfacharbeiter nach der Ausbildung, in: *Wirtschaft und Berufserziehung* 08/2006, Franz Steiner Verlag: Stuttgart, S. 21-24.

Titze, Mirko; Cezane, W.; Weber, L.: Revision des neoklassischen Wachstumsmodells – Sind alle Lehrbücher falsch?, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 9/2006, S. 482-489.

Zeddies, Götz: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Förderung regenerativer Energien, insbesondere der Biomasse – Eine kritische Beurteilung vor dem Hintergrund modelltheoretischer Konzeptionen, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 2/2006, S. 183-205.

Monographien

Blum, Ulrich; Müller, S.; Weiske, A.: Angewandte Industrieökonomik: Theorien, Modelle, Anwendungen. Gabler-Verlag: Wiesbaden 2006.

Gabrisch, Hubert; Hölscher, J.: The Successes and Failures of Economic Transition. Palgrave Macmillan: Hundsmill, Basingstoke and New York 2006.

Günther, Jutta; Jajesniak-Quast, D.: Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 11. Berliner Wissenschafts-Verlag: Berlin 2006.

Knedlik, Tobias: Optimierung der Geldpolitik in Schwellenländern durch einen International-Lender-of-Last-Resort, in: *Europäische Hochschulschriften, Reihe 5 Volks- und Betriebswirtschaft, Band 3202*. Peter Lang: Frankfurt am Main, 2006.

Knedlik, Tobias; Wohlmuth, K.; Gutowski, A.; Meyn, M.; Burger, P. (eds): Africa – Escaping the Primary Commodities Dilemma, in: *African Development Perspectives Yearbook, No. 11*. LIT: Münster, Hamburg, London 2006.

Nerré, Birger: Steuerkultur und Steuerreform, in: LIT: Münster et al. 2006.

Wagner, Kerstin: Gründungsausbildung in Netzwerken – eine komparative Analyse in deutschen Hochschulregionen, in: DUV: Wiesbaden 2006.

Weiß, Dominik; Lo, V.; Wolf, B.; Koschatzky, K.: Förderung von Forschung und Entwicklung bei Wachstumsträgern in benachteiligten Regionen, in: Evaluation des BMWi-Programms INNO-WATT. Fraunhofer IRB-Verlag: Karlsruhe 2006.

Beiträge in Sammelwerken

Blum, Ulrich; Ludwig, Udo: Deutschland – ein Hochlohnland, in: S. Empeter, R. V. Vehrkamp (Hrsg.), Wirtschaftsstandort Deutschland. VS-Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 263-278.

Blum, Ulrich; Hirschman, A. O.: Exit Voice and Loyalty, in: D. Herz (Hrsg.) Lexikon ökonomischer Werke. Verlag Wirtschaft und Finanzen. Verlag Schäffer-Poeschel: Stuttgart 2006, S. 201.

Blum, Ulrich; Krugman, P.: Geography and Trade, in: D. Herz (Hrsg.) Lexikon ökonomischer Werke. Verlag Wirtschaft und Finanzen. Verlag Schäffer-Poeschel: Stuttgart 2006, S. 255-256.

Blum, Ulrich; Gleißner, W.: Risikomanagements als Werttreiber: Volks- und betriebswirtschaftliche Perspektive, in: N. Schweickart, A. Töpfer (Hrsg.), Wertorientiertes Management. Springer: Heidelberg 2006, S. 157-178.

Dannenberg, Henry: Management von Mitarbeiterisiken in Unternehmen, in: W. Gleißner (Hrsg.), Risikomanagement im Unternehmen Praxisratgeber für die Einführung und Umsetzung, Kapitel 12-7, Kognos-Verlag: Augsburg 2006, S. 1-25.

Dannenberg, Henry: Gläubigerprofil und Forderungsausfallrisiko, in: Pütz, Schneider-Maessen, Weiß (Hrsg.), Forderungsmanagement im Unternehmen. 32. Aktualisierung Economica Verlag, 2006, S. 1-21.

Dannenberg, Henry: Sind Kreditoreneigenschaften als Indikatoren zur Quantifizierung der Höhe des Forderungsausfallrisikos nutzbar?,

in: W. Gleißner (Hrsg.), Risikomanagement im Unternehmen Praxisratgeber für die Einführung und Umsetzung. Kognos-Verlag: Augsburg 2006.

Franz, Peter: Wissensbasierte Ökonomie und Stadtentwicklung in Deutschland – Knowledge-Based Economy and Urban Development in Germany, in: R. Sonnabend, R. Stein (Hrsg.), Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010 – The other Cities, Bd. 4: Profilierung von Städten – Urban Distinctiveness. Edition Bauhaus, Bd. 22. Berlin 2006 (Jovis), S. 160-169.

Günther, Jutta: Neubeginn der ausländischen Direktinvestitionen nach 1990 – eine Einführung, in: J. Günther, D. Jajesniak-Quast (Hrsg.), Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 11. Berliner Wissenschafts-Verlag: Berlin 2006, S. 215-232.

Günther, Jutta; Jajesniak-Quast, D.: Direktinvestitionen in der Zwischenkriegszeit und nach 1990 – erste Ergebnisse eines nicht ganz einfachen Vergleichs, in: J. Günther, D. Jajesniak-Quast (Hrsg.), Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 11. Berliner Wissenschafts-Verlag: Berlin 2006, S. 341-358.

Günther, Jutta; Rosendahl, C.: Wie kooperativ sind innovative deutsche Unternehmen? Ein europäischer Vergleich, in: Initiative für Beschäftigung OWL e. V., Universität Bielefeld SURVEY GmbH & Co. KG, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Netzwerktechnik 2006. Forschungsthemen, Schwerpunktbranchen, praktisches Know-how. Kleine Verlag: Bielefeld 2006, S. 143-163.

Haug, Peter; Nerré, Birger: Revenue Boosting Instruments in Municipal Finance from a Public Choice Perspective, in: J. Diamond (ed.), Proceedings. 98th Annual Conference on Taxation, Miami, Florida, November 17-19, 2005, and Minutes of the Annual Meeting of the National Tax Association, Thursday, November 17, 2005, Washington (D.C.) 2006, pp. 207-216.

Haug, Peter: Comment on „Incentive-Compatible Grants-in-Aid-Mechanisms for Federations with Local Tax Competition and Asymmetric Information“ by Martin Altemeyer-Bartscher and Thomas Kuhn, in: J. Diamond (ed.), Proceedings. 98th Annual Conference on Taxation, Miami, Florida, November 17-19, 2005, and Minutes of the Annual Meeting of the National Tax Association, Thursday, November 17, 2005, pp. 205-206.

Heimpold, Gerhard; Kawka, Rupert: Grenzregionen als Unternehmensstandorte – Entwicklungsstand, regionale Einflußfaktoren und Unternehmensnetzwerke, in: K. M. Born, T. Fichtner, S. Krätke (Hrsg.), Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial der ARL Nr. 321. Hannover 2006, S. 1-33.

Heimpold, Gerhard; Rosenfeld Martin T. W.: Wie steht es in Mecklenburg-Vorpommern um die Ballung wirtschaftlicher Aktivitäten? – Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Städte des Landes, in: H. Pohle (Hrsg.), Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, Heft 18. Netzwerke und Cluster – Neue Chancen für Regionen, 2006, S. 43-96.

Knedlik, Tobias: Interventions to Improve Africa's Position in the Global Value Chain, in: K. Wohlmuth, A. Gutowski, T. Knedlik, M. Meyn, P. Burger (eds), African Development Perspectives Yearbook, No. 11. LIT: Münster, Hamburg, London 2006, pp. 175-186.

Knedlik, Tobias: Book Review: C. Wyplosz (ed.), The Impact of EMU on Europe and the Developing Countries, 2001, Oxford: Oxford University Press, in: Wohlmuth et al. (eds), African Development Perspectives Yearbook, No. 11, pp. 471-473, LIT: Münster, Hamburg, London 2006.

Kubis, Alexander: Intermediate central communities in Rural Regions – A qualitative Instrument for Analysis, in: Staatliche Universität Voronezh (ed.), Theoretische Grundlagen und Erfahrungen der strategischen Planung der Entwicklung von Regionen. Voronezh 2006, S. 212-217.

Loose, Brigitte; Ludwig, Udo: Can Export Activities of Firms Contribute to the Catching-Up Process of Transitional Economies?, in: Can

the Transitional and Development Economies ever Catch up? The Materials from The International Scientific Conference Cracow. The School of Economics and Computer Science in Cracow and the University of Northampton. Cracow 2005, pp. 109-128.

Lang, Cornelia: Institutionelle Kinderbetreuung. Erschwinglich für alle?, in: W. Bien, T. Rauschenbach, B. Riedel (Hrsg.), Wer betreut Deutschlands Kinder? Weinheim und Basel 2006, S. 105-121.

Nerrè, Birger: Exit, Voice, and Loyalty – Gedanken eines Wanderers zwischen den Welten: in: I. Pies, M. Leschke (Hrsg.), Albert Hirschmans grenzüberschreitende Ökonomik. Mohr: Tübingen 2006, S. 90-94.

Ragnitz, Joachim: Der Aufbau Ost: Beratungsresistente Politik?, in: R. Sturm, H. Pehle (Hrsg.), Wege aus der Krise? – Die Agenda der zweiten Großen Koalition. Sonderheft 1-2006 der Zeitschrift „Gesellschaft. Wirtschaft. Politik“ (GWP), S. 187-202.

Ragnitz, Joachim: Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (erschienen in koreanischer Sprache).

Rosenfeld, Martin T. W.: Demographischer Wandel, unternehmerische Standortentscheidungen und regionale Disparitäten der Standortentwicklung, und Zukunft der Regionalentwicklung in Deutschland – welche Auswirkungen haben langfristige sektorale, technologische und gesellschaftliche Veränderungen?, in: P. Gans, A. Schmitz-Veltin (Hrsg.), Demographische Trends in Deutschland: Folgen für Städte und Regionen. Akademie für Raumforschung und Landesplanung Forschungs- und Sitzungsberichte Nr. 226. Hannover 2006, S. 65-83.

Rosenfeld, Martin T. W.: Eine neue Städte-Ordnung für mehr wirtschaftliches Wachstum, in: H. Walcha (Hrsg.), Diskurs kommunal 2006 – Der Stadt Bestes finden: Wer rettet unsere Städte jetzt? Sankt Augustin 2006, S. 177-181.

Rosenfeld, Martin T. W.: Wie steht es um die regionale Konzentration ökonomischer Aktivitäten im Osten Deutschlands? – Ergebnisse einer Untersuchung zu den innovativen Kompetenzfeldern, Pro-

duktionsnetzwerken und Branchenschwerpunkten der ostdeutschen Wirtschaft, in: *Wo liegen die Entwicklungspotentiale des Ostens? – Konsequenzen aus Bevölkerungsentwicklung und Strukturwandel für den Arbeitsmarkt, die Regionen und die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland.* Berlin 2005, S. 58-68.

Rosenfeld, Martin T. W.: Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: Anforderungen und aktuelle Praxis, in: E. Holtmann (Hrsg.), *Landespolitik in Sachsen-Anhalt.* Magdeburg und Halle 2006, S. 202-220.

Rosenfeld, Martin T. W.: Zur Wirtschaftslandschaft in der Region Leipzig-Halle im Jahr 2030, in: Kulturbüro Halle (Hrsg.), *WandelHalle, Stadt als Ansichtssache.* Das Textbuch zur Ausstellung. Halle 2006, S. 93-94.

Rosenfeld, Martin T. W.; Kronthaler, Franz; Kawka, R.: Zukunft der Regionalentwicklung in Deutschland – welche Auswirkungen haben langfristige sektorale, technologische und gesellschaftliche Veränderungen?, in: P. Gans, A. Schmitz-Veltin (Hrsg.), *Demographische Trends in Deutschland: Folgen für Städte und Regionen.* Akademie für Raumforschung und Landesplanung Forschungs- und Sitzungsberichte Nr. 226. Hannover 2006, S. 17-33.

Schultz, Birgit: Korreferat „Betriebsräte und betriebliche Personalfuktuation“, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich 2006, in: H. S. Buscher, C. Dreger, U. Walwei (Hrsg.), *Institutionen und Arbeitsmarkt: Meßkonzepte, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich.* Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 304. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 2006, S. 213-218.

Stephan, Johannes; Holmes, P.; Lopez-Gonzales, J.; Stolberg, C.: Can EU Policy Intervention Help Productivity Catch-Up?, in: D. Dyker (ed.), *Closing the EU East-West Productivity Gap – Foreign Direct Investment, Competitiveness, and Public Policy.* Imperial College Press: London 2006, pp. 153-196.

Stephan Johannes; Hölscher, J.: Money and Credit Market Integration in an Enlarging Euro Zone: Methodological Issues, in: E. Hein, A. Heise, A. Truger (eds), *European Economic Policies – Alternatives to*

Orthodox Analysis and Policy Concepts. Metropolis: Marburg 2006, pp. 181-197.

Wagner, Kerstin; Bau, F.; Schmude, J.; Dowling, M.: Regional Differences in Entrepreneurship Education – Perceptions of University Target Groups, in: M. Fritsch, J. Schmude (eds), *Entrepreneurship in the Region*. Springer: New York 2006, pp. 245-264

Wagner, Kerstin; Schmude, J.: Neue Unternehmen sind Hoffnungsträger, in: *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Arbeit und Lebensstandard*, Band 7. München 2006, S. 72-73.

Wilde, Joachim: Institutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV, in: H. S. Buscher, C. Dreger, U. Walwei (Hrsg.), *Institutionen und Arbeitsmarkt: Meßkonzepte, Wirkungszusammenhänge und internationaler Vergleich*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 304. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 2006, S. 219-244.

Externe Working Papers

Knedlik, Tobias; Kronthaler, Franz: Kann ökonomische Freiheit durch Entwicklungshilfe forciert werden? Eine empirische Analyse. Berichte aus dem Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen, Nr. 102. 2006.

Rosenfeld, Martin T. W.; Aring, J.; Blotevogel, H. H.; Bräuer, M.; Danielzyk, R.; Gatzweiler, H.-P.; Hahne, U.; Mäding, H.; Schmidt, P. I.; Stegt, J.: Gleichwertige Lebensverhältnisse: Eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier aus der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 69, Hannover 2006.

Veröffentlichungen im Internet

Ludwig, Udo; Hall, J. B.: Economic Convergence Across German Regions in Light of Empirical Findings, in: Cambridge Journal of Economics, Oxford University Press, 2006, S. 941-953.

Ragnitz, Joachim: Wachstumsorientierte Neuausrichtung des Solidarpaktes II – Langfassung, 2006.

Ragnitz, Joachim: Gutachten zur Ermittlung Haushaltsrelevanter Kennziffern (Benchmark-Gutachten), 2006.

Lehrtätigkeit

Berneburg, Marian: „Finanzmärkte – Eine Einführung“. Vorlesung an der Hochschule Merseburg, Sommersemester 2006 (eine Semesterwochenstunde).

Blum, Ulrich: „Industrieökonomik“, Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Industrieökonomik“, Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Institutionenökonomik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Dietrich, Diemo: „Monetary Economics“, Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Principles of Economics“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

sität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Gabrisch, Hubert: „Macroeconomics of Transition and EU-Enlargement“. Vorlesung und Kolloquium am Collegium Polonicum der Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder und der Universität Posen. Sommersemester 2006 (16 Semesterstunden).

Günther, Jutta: „Multinationale Unternehmen in Transformationsökonomien“, Vorlesung an dem Fachbereich Politikwissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Economics of Knowledge and Innovation“, Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Krap, Niels: Übungen zur Vorlesung „Institutionenökonomik“ von Professor Blum an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Übungen zur Vorlesung „Industrieökonomik und Wettbewerb“ von Professor Blum an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Lehmann, Harald: „Erhebungstechniken“, Vorlesung und Übung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (drei Semesterwochenstunden).

Ludwig, Udo: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.“ Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Sommersemester 2006 (30 Semesterstunden).

Ragnitz, Joachim: „Konzepte empirischer Wirtschaftsforschung.“ Vorlesung an der Universität Leipzig (zusammen mit U. Heilemann), (zwei Semesterwochenstunden).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Finanzpolitik und Aufbau Ost – Möglichkeiten und Grenzen der Ausgleichspolitik in Deutschland“, Vorlesung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Öffentliche Finanzen im Dienste der interregionalen Ausgleichspolitik: Das Beispiel des ‚Aufbaus Ost‘“, Vorlesung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Regional- und Stadtentwicklungspolitik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Stephan, Johannes: „Theorie und Politik der Transformation“ Übung Sommersemester 2006; Vorlesung Wintersemester 2006/2007 an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg (zwei Semesterwochenstunden).

„Doctoral School in Economics in Nelijjärve Puhkekeskus“ in Estland vom 30. Juli bis 2. August 2006, Unterricht und Doktorandenbetreuung.

Titze; Mirko: „Nachfrage und Einkommen.“ Lehrauftrag an der Shandong Agricultural University Taian in der VR China, September bis Oktober 2006.

Wilde, Joachim: „Mehrgleichungsmodelle und multivariate Zeitreihenanalyse.“ Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2006 (zwei Semesterwochenstunden).

„Statistik 1“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Vorträge

Wissenschaftliche Tagungen, Workshops, Hochschulen

Brandenburg, Bianca: „Estimating the Rate of Return for East Germany Education.“ Vortrag auf dem 25th Arne Ryde Symposium The Economics of Higher Education and the Education of Economists, 2. bis 3. November 2006, Lund University, Lund.

Blum, Ulrich; Growitsch, Christian; Krap, Niels: „Network Investment and the Threat of Regulation – Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Construction?“ Vortrag auf dem 17th ITS (International Telecommunication Society) European Regional Conference. 22. bis 24. August 2006, Amsterdam.

Blum, Ulrich: „East Germany: an Economic Life in Vain.“ Vortrag an der Universität Montreal, Centre Interuniversitaire de Recherche en Économie Quantitative (CIREQ), Séminaire Marcel-Dagenais d'Économétrie et de Macroéconomie. 17. November 2006, Montreal.

Dietrich, Diemo: „Internal Capital Markets of Multinational Corporations: What Role for Multinationality?“ Vortrag im Rahmen des 2006 Annual Meeting, Swiss Society of Economics and Statistics. 9. und 10. März 2006, Lugano.

„Asset Tangibility and Capital Allocation within Multinational Corporations.“ Vortrag beim Volkswirtschaftlichen Forschungskolloquium der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 9. Mai 2006, Halle.

„Cross-Border Financial Services versus Multinational Banking: The Role of Bank Capital Regulation.“ Vortrag auf dem Workshop „Locations, Regions, and Global Competition“ der Christian-August-Gesellschaft e. V. 8. bis 10. Juni 2006, Sulzbach-Rosenberg.

Franz, Peter: „Aktuelle Muster der Einwohnerschrumpfung in bundesdeutschen Städten.“ Vortrag im Rahmen des 36. Kolloquiums „Schrumpfende Städte in historischer Perspektive“ des Instituts für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster. 27. bis 29. März 2006, Münster.

„The Cluster Concept: Interface of Different Proximity Dimensions? Interpreting the Results of an East German Cluster Study by Means of a Proximity Perspective.“ Vortrag im Rahmen des 5th Proximity Congress. 28. bis 30. Juni 2006, Bordeaux.

Gabrisch, Hubert: „Vertical Intra-Industry Trade, Technology and Income Distribution: A Panel Data Analysis of EU Trade with Accession Countries.“ Vortrag auf der Hauptkonferenz der European Association for Comparative Economics (EACES). 9. September 2006, in Brighton (UK).

Growitsch, Christian: „Quality of Service, Efficiency, and Scale in Network Industries: An Analysis of European Electricity Distribution.“ Vortrag im Rahmen des 2006 Annual Meeting, Swiss Society of Economics and Statistics. 9. und 10. März 2006, Lugano.

„Quality of Service, Efficiency, and Scale in Network Industries: An Analysis of European Electricity Distribution.“ Vortrag auf der International Industrial Organization Conference. 7. bis 9. April 2006, Boston, USA.

„Economies of Scope in European Railways: An Efficiency Analysis.“ Vortrag auf der 33rd Conference of the European Association for Research in Industrial Economics (EARIE). 25. bis 27. August 2006, Amsterdam.

Günther, Jutta: „Determinants of Innovation in Eastern Germany.“ Vortrag am NIFU STEP (Norwegian Institute for Studies in Research and Education/Centre for Innovation Research). 15. August 2006, Oslo.

„Determinants of Innovation – Does Foreign Ownership Matter?“ Vortrag auf der EACES-Konferenz. 8. September 2006, Brighton, UK.

„Science, Technology, and Innovation Policy in Europe.“ Gastvorlesung an der Universität Erfurt, Erfurt School of Public Policy. 27. November 2006, Erfurt.

Haug, Peter: „Local Public Utilities' Profits and Municipal Expenses in Germany: An Empirical Analysis.“ (Koautor Birger Nerré) Vortrag auf dem Annual Meeting of the European Public Choice So-

ciety. Leitung der Session „Local Governance.“ 20. bis 23. April 2006, Turku, Finnland.

„More Tax Autonomy for Norwegian Local Governments: Possible Implications for Efficiency and Service Provision.“ Kommentar zu Lars-Erik Borge auf dem Annual Meeting of the European Public Choice Society. 20. bis 23. April 2006, Turku, Finnland.

„Local Government Control and Efficiency of the Water Industry: An Empirical Analysis of Water Suppliers in East Germany.“ Vortrag im Rahmen des 46. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA) in Volos. 30. August bis 3. September 2006, Volos, Griechenland.

„Comment on Jorgensen and Schmidt ‚Marketization in Space: Local and Regional Effects on Marketization in Denmark‘.“ Korreferat im Rahmen des 46th Congress of the European Regional Science Association, 30. August bis 3. September 2006, Volos, Griechenland.

„Local Government Control and Efficiency of the Water Industry: An Empirical Analysis of Water Suppliers in East Germany.“ Vortrag im Rahmen der 8th International INFER Annual Conference in Cork. 22. bis 24. September 2006, Cork, Irland.

„Local Government Control and Efficiency of the Water Industry: An Empirical Analysis of Water Suppliers in East Germany.“ Vortrag im Rahmen der 5th Conference on Applied Infrastructure Research (INFRADAY). 6. bis 7. Oktober 2006, TU Berlin.

Heimpold, Gerhard: „Efficiency versus Equalisation? An Examination of Strategies for Regional Policy in the Czech Republic, Poland and Hungary after EU Accession.“ Vortrag auf der 12. Jahrestagung der „Portuguese Association for Regional Development“ (APDR), Escola Superior de Tecnologia de Viseu. 15. bis 17. September 2006, Viseu, Portugal.

„Do Regional Policies in the New EU Member States have a Special Focus on Agglomerated Spaces?“ Vortrag im Rahmen des Halle Forum on Urban Economic Growth, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 23. November 2006, Halle (Saale).

Jindra, Björn: „Ownership Structure, Strategic Controls and Exporting of Foreign-Invested Firms in Transition Economies“ (Co-Authors I. Filatotchev, King’s College London; J. Stephan, IWH). Vortrag an der 33rd Academy of International Business – UK Conference. 7. und 8. April 2006, Manchester.

„A Strategy View on Knowledge in the MNE – Integrating Subsidiary Roles and Knowledge Flows.“ Vortrag auf der SPRU 40th Anniversary Conference – The Future of Science, Technology and Innovation Policy. 11. bis 13. September 2006, University of Sussex, Brighton, UK.

„Ownership Structure, Strategic Controls and Exporting in Foreign-Invested Firms in Transition“ (Co-authors I. Filatotchev, King’s College London; J. Stephan, IWH). Vortrag anlässlich der EACES Conference: Development Strategies – A Comparative View. 8. September 2006, University of Brighton, Brighton.

Knedlik, Tobias: „Arguments on the Enactment of Competition Law: National Experience“ (basieren auf Forschung von Kronthaler, F.; Stephan, J.). Vortrag und Moderation eines Workshops auf einem Seminar der United Nations Conference for Trade and Development (UNCTAD). 2. und 3. Februar 2006, Bogotá, Kolumbien.

„Implementing an International Lender of Last Resort.“ Vortrag auf der 81. Jahrestagung der Western Economic Association International (WEAI). 3. Juli 2006, San Diego, Kalifornien.

„Forced to Freedom? – Empirical Relations between Aid and Economic Freedom.“ Vortrag auf der 11. Jahrestagung der African Econometric Society (AES). 7. Juli 2006, Vereinte Nationen (UNIDEP) Dakar, Senegal.

„Signaling Currency Crises in South Africa.“ Vortrag auf der 1st Macroeconomic Policy Challenges for South Africa Conference der South African Reserve Bank. 22. bis 24. Oktober 2006, Pretoria, Südafrika.

Krap, Niels: „Network Investment and the Threat of Regulation – Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Construction?“ Vortrag auf der 17th ITS (International Telecommunication Society) European Regional Conference, 22. bis 24. August, 2006, Amsterdam.

Kronthaler, Franz: „Forced to Freedom? Empirical Relations between Aid and Economic Freedom.“ Vortrag auf der Second Development Conference of the GRES. 23. und 24. November 2006, Bordeaux.

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes: „Proliferation of Competition Law: an Empirical Analysis.“ Vortrag auf der 33rd Conference of the European Association for Research in Industrial Economics (EARIE). 25. bis 27. August 2006, Amsterdam.

Lindner, Axel: „Original Sin – Analysing its Mechanics and a Proposed Remedy in a Simple Macroeconomic Model.“ Vortrag auf der Konferenz „4th INFINITI Conference on International Finance“. 12. und 13. Juni 2006, Trinity College Dublin.

Ludwig, Udo (zusammen mit *Loose, Brigitte*): „Can Manufacturing Companies from the Eastern Region of Germany Catch-up in Export Activities?“ Vortrag auf dem Workshop: Microeconomic Studies on International Activities of Firms an der Universität Lüneburg. 19. und 20. September 2006, Lüneburg.

Nerré, Birger: „Local Public Utilities’ Profits and Municipal Expenses in Germany: An Empirical Analysis.“ (Co-Author: Peter Haug) Vortrag auf der 48th Annual Conference, Western Social Science Association (WSSA), Public Finance & Budgeting Section. 19. bis 22. April 2006, Phoenix, Arizona, USA.

„Dynamic Federal Transfer Mechanism and Optimal Incentives for Local Modernization.“ Korreferat zu Martin Alemayer-Bartscher und Daniel Becker auf dem 62nd Congress of the International Institute of Public Finance (IIPF). 28. bis 31. August 2006, Paphos, Zypern.

„Local Public Utilities’ Profits and Municipal Expenses in Germany: An Empirical Analysis.“ Vortrag (Co-Author: Peter Haug),

„Tax Reform and Culture – Lessons for Tax Political Advice in Developing Countries.“ Vortrag (Co-Author: David Nguyen-Thanh, GTZ),

„Coveting Thy Neighbors’ Taxation: Property Tax Mimicking in Georgia Counties.“ Kommentar zu Zhirong Jerry Zhao,

„Tax Morale and the Shadow Economy.“ Kommentar zu Benno Torgler und Friedrich Schneider, sowie

„Recent Developments in German Tax Morale.“ Kommentar zu Lars Feld und Benno Torgler auf der National Tax Association Ninety-Ninth Annual Conference on Taxation 2006. 16. bis 18. November 2006, Boston, Massachusetts.

Nerré, Birger; Haug, Peter: „Local Public Utilities’ Profits and Municipal Expenses in Germany: An Empirical Analysis.“ Vortrag auf dem 62nd Congress of the International Institute of Public Finance (IIPF). 28. bis 31. August 2006, Paphos, Zypern.

Ragnitz Joachim: „Methodik der Schätzung des Produktionspotentials.“ Vortrag im Rahmen des Seminars „Empirische Wirtschaftsforschung“ an der Universität Leipzig. 17. Januar 2006, Leipzig.

„Finanzpolitische Konzepte der Politikberatung.“ Vortrag im Rahmen des Seminars „Empirische Wirtschaftsforschung“ an der Universität Leipzig. 24. Januar 2006, Leipzig.

„Wohin steuern Europa und Rußland? Demographische Entwicklung und deren politische und ökonomische Folgen.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Demographischer Wandel.“ 28. April 2006, Moskau.

„Beschäftigungsperspektiven des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich eines Workshops im DIW Berlin. 21. Juni 2006, Berlin.

„Wachstumspole – Leuchttürme – Cluster: Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich der Ringvorlesung „Regionale Clusterentwicklung“ an der Handelshochschule Leipzig. 15. November 2006, Leipzig.

Reinowski, Eva: „Microeconomic Evaluation of Selected ESF-funded ALMP-Measures.“ Vortrag auf der 18. Jahrestagung der European Association of Labour Economics (EALE). 21. bis 23. September 2006, Prag.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Neuausrichtung der interregionalen Ausgleichspolitik?“ Vortrag im Rahmen des vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) veranstalteten Expertenworkshops „Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde des Forschungsprojekts ‚Bundesstaatliche Ordnung und

Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung'.“
30. Januar 2006, Berlin.

„Wirtschafts-, Cluster' und ‚Clusterförderung' in Ostdeutschland – Bestandsaufnahme, Bewertung und Konsequenzen für die Raumentwicklungspolitik.“ Vortrag im Rahmen des Volkswirtschaftlichen Forschungskolloquiums an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 31. Januar 2006, Halle.

„How Government Cares for Urban Economic Growth: The Impact of Different Fiscal Grant Schemes in the German Federal States on the Development of Urban Areas.“ Vortrag im Rahmen des 46. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA) in Volos. 1. September 2006, Volos, Griechenland.

„Systeme des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) in Deutschland und die regionalwirtschaftliche Funktion von Städten.“ Vortrag im Rahmen der Jahrestagung 2006 des Ausschusses für Regionaltheorie und -politik des Vereins für Socialpolitik, 12. Oktober 2006, Kiel.

„Steuern auf Grundbesitz – Darstellung und Bewertung der Besteuerungspraxis in Kanada.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Optionen zur Stärkung der regionalen/kommunalen Steuerautonomie und Implikationen für die intragovernmentalen Transfers in Österreich“ des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, 14. November 2006, Wien.

„Demography and Financial Trends in Municipalities and Federal States – Comments.“ Korreferat zum Papier von Gerhard Kempkes und Dirk Freigang im Rahmen des „German-Polish Symposium on Demography: A Challenge for the Public Sector“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2. Dezember 2006, Halle.

Sauermann, Jan: „Do Temporary Workers Finance their Training? Empirical Evidence from Germany.“ Vortrag auf dem Second International German Socio-Economic Panel (SOEP) Young Scholars Symposium am Hanse-Wissenschaftskolleg. 2. bis 4. Februar 2006, Delmenhorst.

„Betriebliche Nachfrage nach (hoch)qualifizierten Arbeitskräften – Ein Ost-West-Vergleich.“ Vortrag auf dem IAB-Betriebspanel-

Forschungstreffen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg. 23. Mai 2006, Potsdam.

„Who Invests in Training if Contracts are Temporary? Empirical Evidence for Germany Using Selection Correction.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Work Pensions and Labour Economics Study Group (WPEG). 11. Juli 2006, University of Kent, Canterbury, UK.

„Who Invests in Training if Contracts are Temporary? Empirical Evidence for Germany Using Selection Correction.“ Vortrag auf der Konferenz der European Association of Labour Economists (EALE). 23. September 2006, Prag.

Schneider Lutz: „Ageing and Innovation Capacities – an Empirical Investigation of German Firms.“ Vortrag auf dem 2nd World Ageing & Generations Congress of the World Demographic Association (WDA). 27. bis 29. September 2006, St. Gallen.

„Zu alt für einen Wechsel? Zum Zusammenhang von Alter, Lohndifferentialen und betrieblicher Mobilität.“ Vortrag auf dem 3. IWH-IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik, 9. und 10. November 2006, Halle.

Stephan, Johannes: „Are Market Structures Different in Particular knowledge Intensive Industries? An Empirical Analysis of the Schumpeter Hypothesis turned on its Head.“ Vortrag beim Second Project Workshop U-Know: Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union. 8. bis 10. November 2006, Brighton, UK.

Wilde, Joachim: „Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe – Eine empirische Analyse des Unerwarteten.“ Vortrag beim wirtschaftswissenschaftlichen Brown-Bag-Seminar der Universität Erfurt. 29. Juni 2006, Erfurt.

„A Note on GMM Estimation of Probit Models with Endogenous Regressors.“ Vortrag bei der Statistischen Woche. 19. September 2006, Dresden.

Politikberatung, Wissenstransfer

Blum, Ulrich: „Standardization: a German and European Perspective.“ Vortrag beim Standards Council of Canada, Strategic Planning Session of Governing Council. 11. Mai 2006, Ottawa, Kanada.

„Die Wirtschaftsentwicklung des aktuellen und des kommenden Jahres.“ Vortrag beim Workshop „Locations, Regions, and Global Competition“ der Christian-August-Gesellschaft e. V. 8. Juni 2006, Sulzbach-Rosenberg.

„Deutschland im Standortwettbewerb innerhalb der erweiterten EU und zur Zukunft des Produktionsstandorts.“ Einleitendes Kurzreferat auf der Botschaftskonferenz zum Panel: „Standort Deutschland in der erweiterten EU“. Auswärtiges Amt. 4. September 2006, Berlin.

„Die Zukunft des mitteldeutschen Wirtschaftsraums.“ Vortrag anlässlich des gemeinsamen Jahresempfangs der Industrie- und Handelskammer Erfurt und der Handwerkskammer Erfurt. 27. September 2006, Erfurt.

„Standardization Research in Canada.“ Vortrag auf der Conference The empirical Value of Standards, Standards Council of Canada. 20. November 2006, Ottawa.

Dannenberg, Henry: „Forderungsausfälle – Eine hausgemachte Herausforderung?!“ Vortrag bei der Regionalveranstaltung Ost des Vereins für Credit Management e. V. 23. Mai 2006, Dresden.

Deuverden van, Kristina: „Der Koalitionsvertrag aus finanzpolitischer Sicht.“ Vortrag beim Wirtschaftsrat der CDU e. V., Landesverband Sachsen-Anhalt. 15. Februar 2006, Magdeburg.

Franz, Peter: „Allgemeine Rahmenbedingungen als Einflußfaktoren der Raumentwicklung.“ Vortrag im Rahmen des vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) veranstalteten Workshops „Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde“ des Forschungsprojekts ‚Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung.‘ 30. Januar 2006, Berlin.

„Aktuelle Muster der Einwohnerschrumpfung in bundesdeutschen Städten.“ Vortrag im Rahmen des 52. Arbeitskreises Bau- und Wohnungsprognostik. 5. Mai 2006, Halle.

„Unterstützung von Innovativen Kompetenzfeldern.“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Netzwerkstrategie“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit. 15. Juni 2006, Dresden.

„Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme und Entwicklungsstrategien ostdeutscher Städte.“ Impulsreferat im Rahmen des Besuchs einer Delegation des China Institute for Reform and Development (CIRD), Hainan, am IWH. 15. September 2006, Halle.

Gabrish Hubert: „Zentraleuropa und die Eurozone: Entwicklungsprogramm oder Zwangsjacke“. Vortrag auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Veranstaltung war insbesondere dem aktuellen wirtschaftspolitischen Programm der ungarischen Regierung gewidmet. 24. Oktober 2006, Budapest.

Günther, Jutta: „Wie kooperativ sind innovative deutsche Unternehmen? Ein europäischer Vergleich.“ Vortrag auf der net'swork 2006, Konferenz der Universität Bielefeld und Bertesmann Stiftung. 20. und 21. Januar 2006, Bad Salzungen.

Haug, Peter: „Problematik der Ausweitung kommunaler Wirtschaftstätigkeit am Beispiel der Stadtwerke Leipzig.“ Vortrag im Rahmen des Besuchs einer Seminargruppe des Fachbereichs Geographie der Universität Bonn am IWH. 30. März 2006, Halle.

„Privatisierung kommunaler Leistungsangebote.“ Impulsreferat im Rahmen des Besuchs einer Delegation des China Institutes for Reform and Development (CIRD), Hainan, am IWH. 15. September 2006, Halle.

Heimpold, Gerhard: „Wirtschaftswachstum der ‚Geber‘- und ‚Nehmer‘-Regionen im Bereich der Ausgleichspolitik.“ Vortrag im Rahmen des vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) veranstalteten Workshops „Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde des Forschungsprojekts ‚Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung.‘“ 30. Januar 2006, Berlin.

„Entwicklungspotentiale und -probleme in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte – das Beispiel des Kreises Uckermark.“ Vortrag im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung des Kreistags Uckermark. 3. April 2006, Prenzlau.

„Unterstützung von Branchenschwerpunkten“ und „Unterstützung der Vernetzung.“ Vorträge im Rahmen des Workshops des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zum Thema „Netzwerkstrategie.“ 16. Juni 2006, Dresden.

Knedlik, Tobias: „Kann ökonomische Freiheit durch Entwicklungshilfe forciert werden? Eine empirische Analyse.“ Vortrag im Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen. 18. Oktober 2006, Bremen.

„Forced to Freedom? Empirical Relations between Aid and Economic Freedom.“ Vortrag an der University of the Free State. 20. Oktober 2006, Bloemfontein, Südafrika.

„Signaling Currency Crises in South Africa.“ Vortrag auf der 1st Macroeconomic Policy Challenges for South Africa Conference der South African Reserve Bank. 22. bis 24. Oktober 2006, Pretoria, Südafrika.

„Signaling auf Kreditmärkten.“ Korreferat auf dem 27. „Hohenheimer Oberseminar“, 16. bis 18. November 2006, Münster.

Kubis, Alexander; Kreis, Constanze; Ragnitz, Joachim: „Zur formalen und effektiven Inzidenz von Bundesmitteln.“ Vortrag anlässlich eines Experten-Workshops des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). 22. August 2006, Bonn.

Ledebur von, Sidonia: „The Contract between a University and a Scientist on the Commercialisation of an Invention.“ Vortrag bei der European Summer School on Industrial Dynamics in Cargèse. 18. bis 22. September 2006, Korsika, Frankreich.

Lindner, Axel: Koreferat zu Andreas Röthig: „Hedging, Speculation, and Investment in Balance-Sheet Triggered Currency Crisis.“ Vortrag auf dem Workshop „Monetary and Financial Economics“. 29. und 30. Juni 2006, Halle.

Loose, Brigitte: „Die Lage der ostdeutschen Bauwirtschaft und ihre Perspektiven für die Jahre 2006/2007.“ Vortrag vor dem Arbeitskreis M&M der BetonMarketing Ost GmbH, 9. März 2006, Potsdam-Kleinmachnow.

„Ostdeutsches Baugewerbe in der Anpassung an eine geringere Nachfrage.“ Vortrag im Rahmen der am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) durchgeführten 52. Sitzung des Arbeitskreises Bau- und Wohnungsbauprognostik. 4. und 5. Mai 2006, Halle.

Ludwig, Udo: „Zum Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern.“ Vortrag anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung der LISA. 9. und 29. März 2006, Halle.

„Diagnose und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.“ Vortrag im Rahmen der am Institut für Wirtschaftsforschung Halle durchgeführten 52. Sitzung des Arbeitskreises Bau- und Wohnungsbauprognostik. 4. Mai 2006, Halle.

„Bedeutung der regionalen VGR (Länderrechnung) für die Konjunkturgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland.“ Vortrag auf 32. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“. 28. April 2006, Jena.

„Lohnhöhe, Produktivität und Beschäftigung: Die Sinn-These von der ‚Basar-Ökonomie‘ – Grundsätzliches und empirische Evidenz.“ Vortrag auf dem Heuß-Seminar 2006 – Lohnhöhe, Produktivität und Beschäftigung – grundsätzliche Überlegungen im Lichte der aktuellen Debatte über die „Basar-Ökonomie“ und den „Aufbau Ost“. 24. September 2006, Wittenberg.

„Die Konjunktur in Deutschland im Lichte der Herbstdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute.“ Vortrag auf dem Jahrestreffen der IHK-Konjunkturberichterstatte. 24. November 2006, Berlin.

Ragnitz, Joachim: „Raumordnung, demographischer Wandel und wirtschaftliche Entwicklung.“ Vortrag vor der Enquetekommission „Demographie“ des Sächsischen Landtags. 3. Februar 2006, Dresden.

„Perspektiven der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der SPD-Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder. 18. Februar 2006, Alexisbad.

„Wirtschafts- und Finanzpolitik in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der Landesvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen in den neuen Ländern. 21. Februar 2006, Halle.

„Finanzpolitik in Brandenburg.“ Ausführungen anlässlich einer Anhörung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Brandenburgischen Landtags. 1. März 2006, Potsdam.

„Wirtschafts- und Finanzpolitik für Thüringen.“ Vortrag und Podiumsdiskussion auf einer Veranstaltung des Thüringer Finanzministeriums. 8. März 2006, Erfurt.

„Wirtschaftliche Perspektiven für Sachsen-Anhalt.“ Vortrag anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung der LISA. 9. März 2006, Halle.

„Clusterpolitik als wirtschaftspolitisches Konzept für den Aufbau Ost?“ Vortrag vor der AG Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. 27. März 2006, Berlin.

„Wirtschaftsgeographische Implikationen des demographischen Wandels in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung der LISA. 29. März 2006, Halle.

„Die Zukunft der Industrie.“ Vortrag anlässlich der Fachtagung „Zukunft der Industrie und der Dienstleistungen in Deutschland“ an der Politischen Akademie Tutzing. 1. April 2006, Tutzing.

„Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft.“ Korreferat zu Ulrich Busch auf dem 3. Werkstattgespräch „Ostdeutschland – Fragmentierte Entwicklung“ des Forschungsverbunds Sozioökonomische Berichterstattung. 11. April 2006, Berlin.

„Wohin steuern Europa und Rußland? Demographische Entwicklung und deren politische und ökonomische Folgen.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Universität Jaroslawl. 29. April 2006, Jaroslawl.

„Aufbau Ost: Ist die Angleichung der Lebensverhältnisse noch realistisch?“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung des DGB Sachsen zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands. 3. Mai 2006, Dresden.

„Clusterprozesse in Mitteldeutschland: Effekte für die Unternehmen.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland. 3. Mai 2006, Leipzig.

„Die Wirksamkeit der Förderpolitik für Ostdeutschland – Diagnose und Handlungsempfehlungen.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der AG Aufbau Ost der SPD-Bundestagsfraktion zum Demographischen Wandel in Ostdeutschland. 8. Mai 2006, Berlin.

„Cluster, Leuchttürme, Wachstumspole – Welche Förderstrategie soll verfolgt werden?“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Neuorientierung der Wirtschaftsförderung in Mitteldeutschland. 9. Mai 2006, Leipzig.

„Vor- und Nachteile von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen.“ Vortrag vor der Bundesfachkommission „Sozialpolitik“ des Wirtschaftsrats Deutschland. 17. Mai 2006, Berlin.

„Demographischer Wandel – Schlußfolgerungen für die Raumordnungspolitik.“ Vortrag vor der Enquetekommission Demographischer Wandel des Sächsischen Landtags. 19. Mai 2006, Dresden.

„Neuorientierung der Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland.“ Vortrag vor der Programmkommission der Brandenburgischen CDU. 20. Mai 2006, Mahlsdorf.

„Wirtschaftliche Herausforderungen in Ostdeutschland – Antworten der Wissenschaft.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Jungen Union zum Aufbau Ost. 27. Mai 2006, Wendgräben.

„Finanzpolitische Herausforderungen in den neuen Ländern.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der CDU-Bundestagsfraktion. 28. Mai 2006, Rostock.

„Erfahrungen Deutschlands mit der Vereinigung – Schlußfolgerungen für Korea.“ Vortrag vor einer Delegation koreanischer Verwaltungsbeamter. 6. Juni 2006, Halle.

„Förderpolitik in Mecklenburg-Vorpommern.“ Vortrag vor Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern. 12. Juni 2006, Berlin.

„Fiskalische Einsparpotentiale einer Kreisgebietsreform in Thüringen.“ Vortrag anlässlich eines Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung. 15. Juni 2006, Erfurt.

„Verschwendung von Solidarpakt-Mitteln in Ostdeutschland?“ Vortrag auf der Mitgliederversammlung des IWH. 22. Juni 2006, Halle.

„Reform der EU-Strukturfondsförderung.“ Podiumsdiskussion anlässlich einer Veranstaltung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. 27. Juni 2006, Meißen.

„Förderpolitische Implikationen der demographischen Entwicklung in Deutschland.“ Vortrag auf der Förderfachtagung des Verbands Öffentlicher Banken. 8. September 2006, Düsseldorf.

„Mittelfristige Perspektiven der neuen Bundesländer.“ Vortrag im Institut der Deutschen Wirtschaft. 8. September 2006, Köln.

„Finanzpolitik in Thüringen im Kontext der finanzwissenschaftlichen Forschung.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung. 13. September 2006, Erfurt.

„Clusterbildung in Mitteldeutschland – Ergebnisse einer Betriebsbefragung.“ Vortrag vor dem Cluster Council der Wirtschaftsinstitutative Mitteldeutschland. 14. September 2006, Leipzig.

„Ökonomische Auswirkungen der demographischen Entwicklung – Herausforderungen für die Politikberatung.“ Vortrag anlässlich der 1. Sommerschule der 4R-Einrichtungen in der WGL und der TU Dresden. 18. September 2006, Dresden.

„Zur Zukunft der Ostdeutschlandforschung.“ Vortrag anlässlich einer Sitzung des Forum Ostdeutschland in der SPD. 21. September 2006, Berlin.

„Wachstumsorientierte Neuorientierung des Solidarpaktes II.“ Vortrag und Podiumsdiskussion auf der Tagung „Beton oder Köpfe“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 30. Oktober 2006, Berlin.

„Zur Problematik der Transferleistungen für die neuen Länder.“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 31. Oktober 2006, Berlin.

„Möglichkeiten zur Quantifizierung der Transferleistungen für die neuen Länder.“ Vortrag im Bundesministerium der Finanzen. 2. November 2006, Berlin.

„Strukturwandel in Ostdeutschland.“ Vortrag im Rahmen einer Vorlesungsreihe für Wirtschaftsjournalisten an der Universität Leipzig. 4. November 2006, Leipzig.

„Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für die neuen Länder.“
Vortrag im Rahmen eines Lehrerfortbildungsseminars der LISA
Sachsen-Anhalt. 14. November 2006, Halle.

„Benchmarking der kommunalen Finanzen in Sachsen-Anhalt.“
Vortrag im Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt. 17. No-
vember 2006, Magdeburg.

„Handlungsoptionen für die Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt.“
Vortrag anlässlich einer Kabinettsitzung der Landesregierung
Sachsen-Anhalt. 21. November 2006, Magdeburg.

„Demographischer Wandel in Ostdeutschland – Handlungsoption-
en für Land und Kommunen.“ Vortrag anlässlich einer Tagung
zum demographischen Wandel der Stadt Magdeburg. 27. Novem-
ber 2006, Magdeburg.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Wirtschaft in Sachsen-Anhalt: Stärken, Schwä-
chen und Perspektiven für die Wirtschaftspolitik.“ Vortrag im
Rahmen der Veranstaltung „Positionen und Perspektiven in Sach-
sen-Anhalt“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. 13. Januar 2006,
Wendgräben.

„Sachsen-Anhalt als Standort für Akademiker: Lohnt es sich, hier
zu arbeiten?“ Vortrag im Rahmen des Forums „Examen und Koffer
gepackt? – Sachsen-Anhalt als Durchgangsstation oder als Mag-
net für kluge Köpfe?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-
Anhalt. 8. Februar 2006, Magdeburg.

„Kann die Region Mitteldeutschland im internationalen Kräfte-
messen um Investoren mithalten?“ Vortrag im Rahmen des 4. Mit-
teldeutschen Immobilienkongresses zum Thema „Die wachsende
Bedeutung des Immobilienstandortes Mitteldeutschland – Dreh-
kreuz im neuen Europa.“ 20. Februar 2006, Leipzig.

„Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Netzwerke, Cluster
und Regionale Wertschöpfungsketten?“ Vortrag im Rahmen des
Workshops „Perspektiven sächsischer Wirtschafts- und Arbeits-
marktpolitik“ der Friedrich-Ebert Stiftung Sachsen. 25. Februar
2006, Meißen.

„Politik für ‚Cluster‘, Zentren und ‚Metropolregionen‘ statt ‚Gleich-
wertigkeit der Lebensverhältnisse‘ und interregionaler Ausgleichs-
politik?“ Vortrag im Rahmen der Osterklausurtagung der Baye-
rischen Staatskanzlei. 18. April 2006, St. Quirin am Tegernsee.

„Wirtschaftliche Perspektiven der Metropolregion Berlin-Brandenburg.“ Vortrag im Rahmen der Fachkonferenz „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg: Wissen, Wirtschaft und Infrastruktur“ der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg. 31. März 2006, Potsdam.

„Stärken und Schwächen der Wirtschaftsstruktur am Standort Leipzig.“ Vortrag im Rahmen des Besuchs einer Seminargruppe des Fachbereichs Geographie der Universität Bonn am IWH. 30. März 2006, Halle.

„Entwicklungsmöglichkeiten von Halle und Magdeburg als Oberzentren und Partner in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag im Rahmen des Kommunalpolitischen Seminars „Die beiden großen Städte Sachsen-Anhalts: Kooperationsformen und -felder zwischen Halle und Magdeburg“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. 28. April 2006, Halberstadt.

„Zukunftspotentiale der Wirtschaftsregion Halle.“ Vortrag im Rahmen des Seminars „1200 Jahre Halle an der Saale“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. 10. Mai 2006, Wendgräben.

„Das Konzept der Ökonomischen Entwicklungskerne (OEK) – Die IWH-Studie und ihre wirtschaftspolitischen Implikationen im Überblick.“ Vortrag im Rahmen des Workshops des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zum Thema „Netzwerkstrategie.“ 16. Juni 2006, Dresden.

„Regionale Inzidenzanalysen und Politikberatung – Ein Bericht aus der stadtökonomischen Forschungspraxis.“ Vortrag im Rahmen des Werkstattgesprächs „Politikberatung und Kosten-Nutzen-Analysen“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 6. Juli 2006, Wittenberg.

„Ausgleichspolitik im deutschen Föderalismus: Effekte ausgewählter Systeme“ und „Förderung der Stadtentwicklung durch Bund und Länder.“ Impulsreferate im Rahmen des Besuchs einer Delegation des China Institutes for Reform and Development (CIRD), Hainan, am IWH. 15. September 2006, Halle.

„Netzwerke und Cluster – was bringen sie für die regionale Wirtschaft, wo gibt es sie?“ Vortrag im Rahmen der 7. Unternehmerkontaktbörse für den Wirtschaftsraum zwischen Elbe und Elster. 22. September 2006, Finsterwalde.

„Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen des Landes Sachsen-Anhalt: Zuwanderung aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht.“ Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Zuwanderung gestalten – für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. 11. Oktober 2006, Wendgräben.

„Neue Wirtschaftsstrukturen in der Region Halle-Leipzig: Chancen für Unternehmen, Wachstum und Arbeitskräfte.“ Vortrag im Rahmen des 1. Halleschen Unternehmertreffens, Halle, 21. Oktober 2006.

„Standortfaktoren in der Region Mitteldeutschland: Neue Strukturen, Entwicklungschancen und Handlungsbedarfe.“ Vortrag im Rahmen des gemeinsamen Wirtschaftstags der Landkreise Leipziger Land und Altenburger Land, Altenburg, 27. Oktober 2006.

„Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt – das Beispiel Halle.“ Vortrag im Rahmen der Konferenz „Hochschulen in Sachsen-Anhalt: Rettungsanker für Demographie, Bildung und Wirtschaft? Zum Beispiel Halle an der Saale“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Halle, 11. November 2006.

„Katalysatoren regionaler Entwicklung.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Bevölkerungsmagneten für Ostdeutschland – Potentiale durch Rückkehrförderung und Hochschulentwicklung“. 2. November 2006, Leipzig.

„Anforderungen der Region an die Hochschule.“ Vortrag im Rahmen des „Tags der Forschung 2006“ der Hochschule Merseburg. 9. November 2006, Merseburg.

Weiß, Dominik: „Stadtumbau Ost – Urban Renewal in East Germany.“ Referat im Rahmen des Besuchs einer Delegation des China Institutes for Reform and Development (CIRD), Hainan, am IWH. 15. September 2006, Halle.

Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen

Im Berichtsjahr haben Wissenschaftler des Instituts wiederum in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen aktiv mitgewirkt. Eine Auswahl wird im folgenden dokumentiert.

Ausstellung „WandelHalle – Stadt als Ansichtssache“

Die Abteilung Stadtökonomik des IWH war mit einem Exponat „Vision zur Wirtschaftslandschaft in der Region Leipzig-Halle“ in der Ausstellung „WandelHalle – Stadt als Ansichtssache“ vertreten. Die Ausstellung fand in der Zeit vom 12. Juni bis zum 10. September 2006 im Rahmen der 1200-Jahr-Feier der Stadt Halle in der Großsiedehalle der ehemaligen Königlichen Saline zu Halle statt und hatte das Ziel, am Beispiel von bisherigen Entwicklungen und Entwicklungsszenarien für die Zukunft der Stadt Halle zur allgemeinen Diskussion über das Wachsen und Schrumpfen der europäischen Städte beizutragen. Insbesondere sollte der Besucher der Ausstellung über die allgemeine Herausforderung des Stadtbbaus informiert werden.

5. Lange Nacht der Wissenschaften

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstaltete am 14. Juli 2006 bereits die 5. Lange Nacht der Wissenschaften, an der sich das IWH wiederum beteiligte. Zeitgleich mit dem Sachsen-Anhalt-Tag, der anlässlich der 1200-Jahr-Feier in Halle stattfand, informierten die Universität und außeruniversitäre Einrichtungen über ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten. Das IWH informierte Interessierte in vier Vorträgen über folgende Themen:

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld: „Die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Halle und des Ballungsraumes Leipzig-Halle.“

Björn Jindra, M.A.: „Was verbindet die moderne Theorie multinationaler Unternehmen mit dem mittelalterlichen Orden der Zisterzienser?“

Dipl.-Kaufmann Henry Dannenberg, Dipl.-Volkswirt Olaf Neubert: „Bewertung und Auswirkungen der Risiken von Unternehmen.“

PD Dr. Joachim Wilde: „Hartz IV: zu wenig aus der Sozialhilfe gelernt?“

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

Das IWH war auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik vom 26. bis 29. September 2006 in Bayreuth mit folgenden Vorträgen vertreten:

Dr. Diemo Dietrich: „Asset Tangibility and Capital Allocation within Multinational Corporations.“

Dr. Christian Growitsch: „Quality of Service, Efficiency, and Scale in Network Industries: An Analysis of European Electricity Distribution.“

Dr. Axel Lindner: „Original Sin: Analysing its Mechanics and a Proposed Remedy in a Simple Macroeconomic Model.“

Dr. Joachim Ragnitz: „Humankapital und Produktivität in Ostdeutschland.“

Jan Sauermann: „Who Invests in Training if Contracts are Temporary? Empirical Evidence for Germany Using Selection Correction.“

Dr. Götz Zeddes: „Enhanced Cooperation in an Enlarged EU.“

Das IWH war zugleich mit einem Informationsstand vertreten.

Parlamentarischer Abend der Leibniz-Gemeinschaft zum Thema „Wasser“

Das IWH nahm am 30. Mai 2006 in Berlin am Parlamentarischen Abend der Leibniz-Gemeinschaft zum Thema „Wasser“ teil. Das Institut präsentierte zu diesem Anlaß Poster mit Forschungsergebnissen aus der Abteilung Stadtökonomik zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunale Wasserversorgung sowie zu den Effizienzvorteilen privatrechtlicher Organisationsformen im Bereich der kommunalen Wasserversorgung.

Professor Dr. rer. pol. habil. Ulrich Blum

Berufung in die Jury zur Verleihung des Innovationspreises des Freistaats Sachsen 2007.

Unter ihrem neuen Präsidenten Professor Dr. Ulrich Blum hat die August-Lösch-Gesellschaft Heidenheim e. V. erstmals den alle zwei Jahre zu ver-

gebenden August-Lösch-Preis in Höhe von 4 000 Euro für herausragende Arbeiten in der Regionalökonomie im Institut für Weltwirtschaft in Kiel – der letzten beruflichen Wirkungsstätte August Löschs – verliehen. Dies löst die bisherige Tradition ab, den Preis im Rahmen der August-Lösch-Tage in Heidenheim – der Heimatstadt von August Lösch – zu überreichen. Die neuen Preisträger wurden mit Hilfe einer international besetzten Auswahlkommission ermittelt. Im Rahmen einer Feier zum 100. Geburtstag von August Lösch am 14. Oktober wurde der August-Lösch-Preis 2006 Professor Gilles Duranton (University of Toronto) und Dr. Henry Overman (London School of Economics) für ihre gemeinsame Arbeit „Testing for Localization Using Micro-Geographic Data“ (Review of Economic Studies, Vol. 72, 2005) überreicht. Den Festvortrag zum Thema „The Evolution of Spatial Economics: From Thünen, Christaller and Lösch to the New Economic Geography“ hielt Professor Masahisa Fujita (University of Kyoto).

Kristina van Deuverden, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium für Finanzen.

Dr. Gerhard Heimpold, Abteilung Stadtökonomik

Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der ARL.

Dr. Hubert Gabrisch, Forschungsdirektor

ist auf der Generalversammlung der European Association for Comparative Economics (EACES) in Brighton (UK) am 7. September 2006 in den Vorstand der Gesellschaft gewählt worden und übt dort die Funktion des Sekretärs aus.

Dr. Jutta Günther, Abteilung Strukturökonomik

wurde von der Europäischen Kommission als Gutachterin im 6. Forschungsrahmenprogramm bestellt.

Außerdem Mitarbeit in einer Expertengruppe der OECD zum Peer Review der Innovations- und Technologiepolitik in Polen.

Dr. Ingmar Kumpmann, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium der Finanzen.

Dr. Brigitte Loose, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Bau- und Wohnungsbauprognostik.

Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Professor Dr. Ludwig vertritt das Institut im gemeinsamen Gesprächskreis der Mitgliederinstitute der ARGE und des Statistischen Bundesamts sowie im Arbeitskreis Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Außerdem führt er, zusammen mit Dr. Brigitte Loose, regelmäßig Konjunkturgespräche mit der Geschäftsleitung der IHK Halle-Dessau.

Die *Konjunkturforscher* aus der Abteilung Makroökonomik beteiligten sich unter Leitung von Professor Dr. Ludwig an der Gemeinschaftsdiagnose der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Einschätzung der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr und Herbst 2006.

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturökonomik

Dr. Joachim Ragnitz wurde als Experte in die Enquetekommission des Sächsischen Landtags „Demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“ berufen. Außerdem ist er ständiger Gast der Sächsischen Staatskommission „Demographischer Wandel“.

Er ist Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Thüringischen Landesregierung. Er berät zudem regelmäßig die Landtagsfraktion der CDU Sachsen in Fragen des demographischen Wandels sowie die Landtagsfraktion der SPD Sachsen-Anhalt im Hinblick auf die finanzpolitischen Perspektiven der neuen Länder sowie das Regionenmarketing Mitteldeutschland zu Strategien der Clusterentwicklung.

Darüber hinaus ist er als Mitglied des Projektbeirats „Perspektiven der ostdeutschen Textilindustrie“ berufen.

*Professor Dr. rer. pol. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung
Stadtökonomik*

Professor Dr. Rosenfeld ist Leiter eines Arbeitskreises zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Im Berichtsjahr arbeitete er in einem Ad-hoc-Arbeitskreis der ARL zum Thema „Die Zukunft des Leitbildes der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ mit.

Er übte auch im Berichtsjahr weiterhin seine Funktionen als Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), als Mitglied des Beirats für das Projekt der Hans-Böckler-Stiftung zur „Bedeutung von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen für die Regionalentwicklung“ sowie als Mitglied des Prüfungsausschusses für den Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aus. Professor Dr. Rosenfeld wurde im Herbst 2006 zum Ordentlichen Mitglied der ARL gewählt.

PD Dr. rer. pol. Joachim Wilde, Chefökonometriker und -statistiker

PD Dr. Joachim Wilde ist Mitglied des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES). Aufgabe des Ausschusses ist es, den Europäischen Rat und die EU-Kommission bei der Koordinierung der Zielsetzungen im Bereich der Politik der gemeinschaftlichen statistischen Informationen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Benutzer und der von den Informationsproduzenten zu tragenden Kosten zu unterstützen. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der EU-Kommission, den Leitern der nationalen statistischen Ämter der Mitgliedsstaaten sowie je zwei Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammen, die vom Europäischen Rat nach Konsultation mit der EU-Kommission bestimmt werden und bei denen es sich um repräsentative Persönlichkeiten der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen und der Wissenschaft handelt.

Simone Scharfe, Abteilung Strukturökonomik

Mitglied im Fachausschuß für Dienstleistungsstatistik des Statistischen Bundesamts.

Gutachtertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften

Prof. Dr. Ulrich Blum war Gutachter der Zeitschrift „Annals of Regional Science“.

Marian Berneburg, M. A. war Gutachter für das „Journal of Empirical Finance“.

Dr. Peter Franz war Gutachter für die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“.

Dr. Hubert Gabrisch war Gutachter für das „Journal of Comparative Economics“, „European Journal of Comparative Economic Studies“.

Dr. Christian Growitsch war Gutachter für das Journal „Applied Economics“ und „Resource and Energy Economics“.

Dr. Gerhard Heimpold war Gutachter für „Raumforschung und Raumordnung“.

Dr. Jutta Günther war Gutachterin für das „Journal of Comparative Economics“.

Eva Reinowski fertigte Gutachten für das „Journal of Labor Economics (JOLE)“.

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld war Gutachter für die „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“.

Birgit Schultz war Gutachterin für die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“.

Dr. Johannes Stephan referierte für die Nottingham University und für die Sussex University die Doktorandenbewerbung. Außerdem war er Gutachter für die „31st EIBA Annual Conference – Oslo“ sowie für die „acta oeconomica“ für die „Carl Beck Papers in Russian and East European Studies“, für „Research Policy“, für „East West Journal of Economics and Business“, für „Comparative Economic Studies“.

PD Dr. Joachim Wilde war Gutachter für die Zeitschrift „Statistical Papers“.

Sonstige Aktivitäten des IWH

Blum, Ulrich nahm an den Jahrestagungen der beiden europäischen Normungsorganisationen CEN und CENELEC vom 5. bis 8. Juni 2006 in Thessaloniki, Griechenland, teil. Als Convenior der Arbeitsgruppe „Future Landscape of European Standardization“, die die Aufgabe hat, künftige strategische Aufstellungen der europäischen Normungsorganisationen zu konzipieren, stellte er den Entwurf eines Grünbuchs vor, das im Rahmen der Veranstaltung ausgiebig diskutiert wurde.

Teilnahme an einem Symposium der Christian-August-Gesellschaft in Sulzbach-Rosenberg zum Thema: „Locations, Regions and Global Competition“. Dieses dritte Symposium wurde von Professor Dr. Ulrich Blum und Professor Dr. Alexander Karmann, TU Dresden, organisiert.

Brandenburg, Bianca nahm vom 20. bis 23. November 2006 am Workshop „Microeconomic Foundations of Economics of Education“ an der Universität Zürich teil. Der Workshop ist Teil eines PhD-Programms des Swiss Leading House on the „Economics of Education, Firm Behaviour and Training Policies“.

Dietrich, Diemo hat an einem Symposium der Christian-August-Gesellschaft in Sulzbach-Rosenberg zum Thema: „Locations, Regions and Global Competition“ teilgenommen. Dieses dritte Symposium wurde von Professor Dr. Ulrich Blum und Professor Dr. Alexander Karmann, TU Dresden, organisiert.

van Deuverden, Kristina nahm vom 6. bis 9. Juni 2006 als Consultant von deutscher Seite am Symposium on Taxation Revenue Prediction in Peking, organisiert von der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) gemeinsam mit der Budget Affairs Commission (BAC) des National People's Congress, China, teil. Sie hielt Vorträge zu den Themen: „German Institutions on Taxation Revenue Evaluation“ und „Evaluation of VAT in Germany“.

Franz, Peter war Diskutant bei der Podiumsdiskussion „Schrumpfung: Raumordnung oder Gesellschaftsordnung?“ im Rahmen des 3. Werk-

stattgesprächs des Forschungsverbunds Sozioökonomische Bericht-
erstattung am 12. April 2006 an der TU Berlin.

Er hat am 26. Oktober 2006 als Diskutant auf dem Podium des
Berlin-Brandenburger Zukunftsgesprächs „Zukunftsperspektiven
Brandenburger Regionen“ (organisiert durch das Institut für Zu-
kunftsstudien und Technologiebewertung Berlin und aufgezeich-
net durch das Inforadio rbb) in Berlin teilgenommen und eine Ein-
schätzung der neuen Wachstumskern-Förderpolitik des Landes
Brandenburg vorgetragen.

Günther, Jutta hat vom 14. bis 17. November 2006 als Mitglied einer
OECD-Expertengruppe am Peer Review zur Technologie- und
Innovationspolitik in Polen teilgenommen.

Haug, Peter leitete die Sitzungen zum Thema „Local Governance“ im
Rahmen des Annual Meeting of the European Public Choice So-
ciety in Turku, Finnland, 20. bis 23. April 2006, „Local and Re-
gional Public Finance, Fiscal Devolution and Development“ im
Rahmen des 46. Kongresses der European Regional Science As-
sociation (ERSA) in Volos, 31. August 2006, Griechenland, und
„Regulation and Public Goods“ im Rahmen der 8th INFER In-
ternational Annual Conference, 22. bis 24. September 2006, Cork,
Irland.

Heimpold, Gerhard nahm am 6. und 7. Juli 2006 in Brüssel an den Treffen
der Transnationalen Projektgruppe des EU-Projekts ESPON 3.2
„Spatial Scenarios in Relation to the ESDP and EU Cohesion Po-
licy“ teil. Das Projekt, an dem das IWH mit Expertenstatus mit-
wirkt, ist Teil des EU-Forschungsnetzwerks „European Spatial
Planning Observation Network“ (ESPON). Ziel des Projekts
ESPON 3.2 ist es, durch Entwicklung von Szenarien der künftigen
räumlichen Entwicklung in Europa Informations- und Entschei-
dungsgrundlagen für die weitere Ausgestaltung der europäischen
Regional- und Raumordnungspolitik bereitzustellen. Auf der
Website von ESPON ist inzwischen der dritte Zwischenbericht
des Projekts ESPON 3.2 verfügbar: [http://www.espon.eu/mmp/
online/website/content/projects/260/716/file_1256/3.ir_3.2-full.pdf](http://www.espon.eu/mmp/online/website/content/projects/260/716/file_1256/3.ir_3.2-full.pdf).

Er nahm am 5. und 6. Oktober 2006 in Brüssel am Treffen der
Transnationalen Projektgruppe des EU-Projekts ESPON 3.2

„Spatial Scenarios in Relation to the ESDP and EU Cohesion Policy“ teil. Das Projekt, an dem das IWH mit Expertenstatus mitwirkt, ist Teil des EU-Forschungsnetzwerks „European Spatial Planning Observation Network“ (ESPON). Ziel des Projekts ESPON 3.2 ist es, durch Entwicklung von Szenarien der künftigen räumlichen Entwicklung in Europa Informations- und Entscheidungsgrundlagen für die weitere Ausgestaltung der europäischen Regional- und Raumordnungspolitik bereitzustellen. Die Draft Version des Abschlußberichts des Projekts ist verfügbar in: http://www.espon.eu/mmp/online/website/content/projects/260/716/file_2424/Draft_fr-3.2_Dec.2006-full.pdf.

Lehmann, Harald hat am 29. November 2006 auf dem Expertenworkshop „Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bis 2050“ am Bundesministerium für Verkehr in Bonn teilgenommen.

Loose, Brigitte: Baukonjunktur in Deutschland, Beitrag auf der 53. Sitzung des Arbeitskreises Bau- und Wohnungsbauprognostik am 6. und 7. November 2006 beim Hauptverband der deutschen Bauindustrie in Berlin.

Ludwig, Udo hat Studenten von der Staatsuniversität für Management in Moskau in einer Vortragsveranstaltung am 9. November 2006 im IWH über die Kernprozesse des wirtschaftlichen Umbaus in Ostdeutschland unterrichtet.

Mobilität 2050 – Szenarien der Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung von Siedlungsstrukturen bis 2050.

Nerré, Birger hat am Difu-Workshop „Marktorientierte Direktvergabe und Ausschreibungen im ÖPNV“ am 25. bis 27. Januar 2006 in Berlin teilgenommen.

Er nahm am Arbeitskreis „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der ARL am 13. Januar 2006 in Leipzig teil.

Teilnahme an einem Workshop der ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaften in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Strukturwandel in den ostdeutschen Regionen“ am 23. und 24. März 2006 in Berlin.

Er war geladener Gast bei der Jahrestagung des Ausschusses für Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik am 2. und 3. Juni 2006, KfW, Berlin.

Außerdem war er geladener Vertreter und Diskutant des IWH bei der Jahresmitgliederversammlung des Instituts „Finanzen und Steuern“ mit dem Bundesminister für Finanzen Peer Steinbrück zum Thema „Haushaltskonsolidierung versus Unternehmensteuerreform“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 22. Juni 2006, Berlin.

Ausrichtung und Teilnahme an einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 19. und 20. Oktober 2006, Jena.

Ausrichtung und Teilnahme an der 20. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen im Regierungspräsidium Leipzig, 26. Oktober 2006, Leipzig.

Programm-Komitee für die National Tax Association Ninety-Ninth Annual Conference on Taxation 2006. Boston, Massachusetts, USA, 16. bis 18. November 2006, 2006.

Leitung der Sessions „Local Public Finance“ und „Tax Culture, Tax Morale, and Tax Compliance“.

Berufung in das Festkomitee für die 100. Jahrestagung der National Tax Association, die vom 15.-17. November 2007 in Columbus, Ohio, stattfinden wird.

Ragnitz, Joachim: Organisation einer Veranstaltung zusammen mit dem Kathedralforum Dresden und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 23. Oktober 2006 in Dresden mit dem Direktor des IW Köln, Herrn Prof. Dr. Michael Hüther, und dem Landesbischof Jochen Bohl zum Thema „Zu faul zum Arbeiten? – Armut heute“ in Dresden.

Präsentation der Studie „Gutachten zur Ermittlung finanzwirtschaftlicher Kennziffern für das Land Sachsen-Anhalt“ in Magdeburg, 20. Dezember 2006, zusammen mit Professor Helmut Seitz, TU Dresden, und Jens Bullerjahn, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt.

Reinowski, Eva; Sauermann, Jan: Befristete Beschäftigung, Weiterbildung und ihre Finanzierung. Postersession auf der 3. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten, 10. bis 12. Mai 2006, Wiesbaden.

Rosenfeld, Martin T. W. nahm an einer Expertenrunde des Fachbereichs Stadtentwicklung und -planung der Stadt Halle zum Thema „Zukünftige Wohnraumentwicklung in Halle“ am 16. Februar 2006 teil.

Er nahm weiterhin teil am „Expert Seminar on Housing of the Visegrád-4 Countries and the Free State of Saxony“ in Dresden am 28. Februar 2006 sowie am Seminar des „European Spatial Planning Observation Network“ („ESPON“) und an einem TPG-Meeting im Rahmen des Forschungsprojekts „ESPON 3.2 – Spatial Scenarios“ in Salzburg, Österreich, am 12. und 13. März 2006.

Er leitete einen Workshop der beiden ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaften in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Strukturwandel in den ostdeutschen Regionen“ am 23. und 24. März 2006 in Berlin.

Er leitete die 20. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Stadt-Umland-Beziehungen: Entwicklungen, aktueller Stand und Gestaltungsmöglichkeiten“ am 26. Oktober 2006 in Leipzig, zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) am 21. April 2006 und am 19. und 20. Oktober 2006 in Halle.

Weiterhin nahm er am 22. und 23. Juni 2006 an der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2006 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Wasser als Element der Raumplanung“ in Rostock-Warnemünde, an der 12. Thüringer Regionalplanertagung zum Thema „Regionale Entwicklung in Grenzregionen (entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs)“ am 8. Juni 2006 in Meiningen und an einer Experten-Diskussionsrunde „Innovationsfaktor Kooperation“ zum Zwischenbericht des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zur Zusammenarbeit von Unternehmen und Wissenschaft am 21. November 2006 in Berlin teil.

Professor Dr. Rosenfeld moderierte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck – Eine

Chance für die Entwicklung des mitteldeutschen Raumes?“ im Rahmen des „Forums WandelHalle“ in Verbindung mit der Ausstellung „WandelHalle – Stadt als Ansichtssache“, 10. Juli 2006, Halle, leitete eine Sitzung zum Thema „Local and Regional Public Finance, Fiscal Devolution and Development“ im Rahmen des 46. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA) in Volos, Griechenland, 1. September 2006, sowie das „1st Halle Forum on Urban Economic Growth“ am IWH, 23. November 2006, Halle.

Professor Dr. Rosenfeld war im Berichtsjahr auch als Gutachter für die Alexander-von-Humboldt-Stiftung tätig.

Scharfe, Simone: Konferenz „Unternehmen und Arbeitsmarkt in Bewegung – was gewinnt die Forschung durch amtliche Statistik“ am 31. August und 1. September 2006 in Berlin (Forschungsdatenzentrum).

Nutzerkonferenz „Reform der Unternehmensstatistik“, Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen, 24. Januar 2006 in Dresden.

Konferenz „Wer ist das Volk? Neue Daten braucht das Land“ Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft Berlin, 20. Juni 2006.

Steinat, Nicole hat am 30. November und 1. Dezember 2006 an der 4th Annual Conference der Association of Competition Economics (ACE) in Mannheim teilgenommen, die vom ZEW organisiert wurde.

Weiß, Dominik hat am Internationalen Kongreß „Stadt und Erbe: Geschichte als Zukunft der Stadt“ der IBA Stadtumbau 2010 in Halle am 8. September 2006 und an der 20. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema „Stadt-Umland-Beziehungen: Entwicklungen, aktueller Stand und Gestaltungsmöglichkeiten“ am 26. Oktober in Leipzig teilgenommen.

Wilde, Joachim hat am 21. Juni 2006 an der Sitzung des Statistischen Beirats des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden teilgenommen, dem er als Gastmitglied angehört.

Teilnahme an der jährlichen Plenarsitzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) am 17. November 2006 in Luxemburg.

Wagner, Kerstin nahm am ESPON-Seminar (European Spatial Planning Observation Network) in Salzburg, Österreich, am 12. und 13. März 2006 teil.

Auszeichnungen

Dannenberg, Henry wurde von der RiskManagement Association e. V. mit dem RMA-Risikomanagementpreis 2006 für die beste Diplomarbeit ausgezeichnet.

Jindra, Björn erhielt den Runner-up Best Paper Prize for „A Strategy View on Knowledge in the MNE – Integrating Subsidiary Roles and Knowledge Flows“, SPRU 40th Anniversary Conference – The Future of Science, Technology and Innovation Policy.

Organisation des IWH

Organisationsstruktur des IWH



Mitglieder des Vereins

Dr. Rainer J. Abbenseth
Esso Deutschland GmbH

Dr. Christoph Bergner
Mitglied des Deutschen Bundestags

Rudolf Bohn

Dr. Manfred Caspari

Hans-Dietrich Genscher

Hans Günter Goedecke

Dr. Jens-Holger Göttner

Hans-R. Günther
Institut für Marktforschung Leipzig

Dr. Werner Hannemann
Datenverarbeitungszentrum Halle

Eddy Henning
Deutsche Bank AG

Rudolf D. Keller
Bayerische Vereinsbank AG

Dr. Wilfried Knaebel

Norbert Labuschke
Baugruppe Köhler

Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Lukas
Technologie-und Gründerzentrum
Halle GmbH

Manfred Maas
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt
Vorsitzender der
Mitgliederversammlung

Professor Dr. Dr. h.c.
Rüdiger Pohl
Präsident des IWH von 1994-2004
Ehrenmitglied

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister der Stadt Halle a. D.

Ernst-Helmut Rost
Unternehmensberater, Personaltrainer

Professor Dr. Norbert Simon
Duncker & Humblot GmbH

Dietrich von Stein-Lausnitz
Rechtsanwalt

Dr. Jürgen Weißbach

Heinrich Weitz
Hauptverband der deutschen
Bauindustrie

Professor Dr. sc.
Konrad Wetzker

DEBRIV
Gerd Rückert

Deutsche Bank AG
Stephan Peetzen seit 22.06.2006

Dow Olefinverbund GmbH
Dr. Evelyn Meerbote

Druckhaus Schütze GmbH
Peter Schütze

*envia Mitteldeutsche
Energie AG*
Karl-Heinz Dittrich

GP Günter Papenburg AG
Klaus Papenburg

IHK Halle-Dessau
Professor Dr. Peter Heimann

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Norbert Irsch

*Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG*
Heinz Kiegeland

Norddeutsche Landesbank
Professor Dr. Sonning Bredemeier

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KgaA
Norbert Braems

Siemens AG
Dr. Harald Braun

Stadt Halle
Ingrid Häußler

*Verband der Chemischen
Industrie*
Rolf Siegert

Vorstandsrat

Dr. Reiner Haseloff

Minister für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Sachsen-Anhalt,
seit 22.6.2006

Dr. Matthias Schürgers

Stellvertreter des Vorsitzenden
des Vorstandsrats bis 20.09.2006
Ministerialdirektor
im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Willi Koll

Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft
und Arbeit,
seit 21.09.2006

Professor Dr.

Gunter Steinmann

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wachstum und
Konjunktur an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Professor Dr.

Heinz Peter Galler

Vorsitzender des Wissenschaftlichen
Beirats, seit 22.6.2006

Rudolf Bohn

Marion Fischer

Dr. Thomas Gerhardt

Bundesministerium der Finanzen

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle

Professor Dr.

Peter Heimann

Hauptgeschäftsführer der IHK
Halle-Dessau

Manfred Maas

Vorsitzender des Vorstandsrats
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Gabriele Meloch

bis 21.6.2006

Stephan Peetzen

Direktor der Deutschen Bank AG,
seit 22.6.2006

Dr. Klaus Peter Rauen

Oberbürgermeister
der Stadt Halle a. D.

Wolfgang Roth

Dr. Manfred Wegner

Gründungspräsident des IWH,
bis 22.6.2006

Dr. Joachim Ragnitz

Sprecher des Kollegiums des IWH

Martina Kämpfe

Vorsitzende des Betriebsrats
des IWH

Wissenschaftlicher Beirat

*Professor Dr.
Heinz Peter Galler*
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirats
des IWH
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

*Professor Dr.
Michael C. Burda*
Humboldt-Universität zu Berlin

*Professor Dr.
Juergen B. Donges*
Universität zu Köln

*Professor Dr.
Jan Oosterhaven*
Universität Groningen, NL

*Professor Dr.
Karl-Heinz Paqué*
Fraktionsvorsitzender der FDP des
Landes Sachsen-Anhalt

*Professor Dr.
Horst M. Schellhaaß*
Universität zu Köln

Vorstand

Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident

Frowin Gensch
Geschäftsführer